„Zëri i Popullit“ zu den Ereignissen im Kosovo Seite 10

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!



ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 16 vom 17. April 1981 | 15. Jahrgang | 1 DM



Polizeischüsse bei Demonstration. In Frankfurt demonstrierten am Samstag mehrere Hundert türkische und deutsche Antifaschisten (darunter auch Genossen unserer Partei) gegen eine Veranstaltung der Grauen Wölfe. Polizisten knüppelten mit äußerster Brutalität auf die Demonstranten ein und jagten Gruppen von ihnen durch das Bahnhofsviertel. Sie riefen dabei auf türkisch (!): „Halt, oder wir schießen!“ Tatsächlich wurde auch mehrere Male in die Luft gefeuert.

Betriebsratswahlen 1981

Große Erfolge für oppositionelle Listen

RGO kann ihre Positionen festigen und ausbauen

DORTMUND. — Die Betriebsratswahlen, die am 1. März dieses Jahres begannen, werden Ende Mai im wesentlichen abgeschlossen sein. Zieht man jetzt eine Zwischenbilanz, so zeichnet sich als hauptsächliche Tendenz ein bemerkenswertes Erstarken der klassenkämpferischen Strömung in der Arbeiterbewegung ab. Davon zeugt das erfolgreiche Abschneiden vieler oppositioneller Listen. Vor allem die RGO kann inzwischen auf eine Reihe ausgezeichneter Ergebnisse hinweisen.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit nennen wir im folgenden eine Reihe von prägnanten Beispielen für die erfolgreiche Teilnahme linksoppositioneller und klassenkämpferischer Kandidatenlisten bei den diesjährigen Betriebsratswahlen.

- **Farbwerke Hoechst in Frankfurt**: in Opposition zu den reaktionären IG-Chemie-Bonzen in der Betriebsratsspitze bildet sich die Liste „Kollegen für einen durchschaubaren Betriebsrat“. Sie erhält 16 Prozent der Arbeiterstimmen und kann sieben Kandidaten in den Betriebsrat entsenden.
- **Freudenberg in Weinheim**: In dem rund 10 000 Beschäftigte starken Großbetrieb der Lederindustrie erhält die klassenkämpferische Liste „Frischer Wind“ 34,6 Prozent der Arbeiterstimmen und kann damit sieben Kandidaten in den Betriebsrat entsenden.
- **Gillette in Westberlin**: Die klassenkämpferische „Liste der Vertrauensleute“, die in Opposition zur offiziellen IGM-Liste kandidiert, erhält 40 Prozent der Stimmen und kann sechs Kandidaten in den Betriebsrat schicken.
- **BMW in Westberlin**: Vier Listen kandidierten in der Motorradfabrik von BMW. Eine klassenkämpferische oppositionelle Liste erhält 23 Prozent der Stimmen und besetzt damit drei Sitze im Betriebsrat. Auf der offiziellen IGM-Liste kandidieren ebenfalls hauptsächlich klassenkämpferische Kollegen. Diese Liste erhält mit 38 Prozent den größten Stimmenanteil und erringt fünf Sitze im Betriebsrat. Insgesamt kandidierten im Arbeiterbereich vier Listen.
- **Hoesch-Union in Dortmund**: Die RGO-Liste im Werk Union der Hoesch-Hüttenwerke erhält bei nur zwei Kandidaten 31,7 Prozent der Stimmen im Arbeiterbereich. Damit könnte die RGO sieben Sitze im Betriebsrat einnehmen.
- **HDW in Kiel**: Die Liste der RGO erhält 20,5 Prozent der Arbeiterstimmen auf den Kieler HDW-Werftbetrieben und kann damit alle fünf aufgestellten Kandidaten in den Betriebsrat schicken.
- **Siemens-Bosch Hausgeräte-Werk in Westberlin**: Die RGO-Liste erhält mit 51,5 Prozent die Mehrheit der Stimmen im Arbeiterbereich und überflügelt damit die Liste der IG Metall. Sie könnte acht Betriebsratssitze einnehmen, hat jedoch nur sieben Kandidaten.

Schon diese unvollständige Aufzählung wiederlegt die vom IGM-Vorsitzenden Loderer kürzlich verbreitete Behauptung, die oppositionellen Listen im Bereich der IG Metall seien auf dem Rückzug. Dies mag in bestimmten Einzelfällen zutreffen. Im übrigen ist zu berücksichtigen, daß in vielen Großbetrieben gerade durch den größeren Einfluß der oppositionellen Kräfte diesmal Persönlichkeitswahl durchgesetzt werden bzw. oppositionelle Kollegen auf den Gewerkschaftslisten kandidieren konnten.

Lohnrunde '81

IGM-Führung mauschelt hinter den Kulissen

„Denkmodell“ von 4,9 Prozent stieß auf heftigen Protest

FRANKFURT. — Während die Forderung nach Urabstimmung unter den Metallern immer breiter erhoben wird, versucht der IGM-Vorstand sich hinter den Kulissen mit den Unternehmern zu arrangieren. Der erste Versuch, zu einem Übereinkommen mit den Unternehmern auf der Basis eines Reallohnabbaus zu gelangen, scheiterte allerdings am Protest der Basis.

Ein sogenanntes „Denkmodell“, das einen Kompromißvorschlag von 4,9 Prozent beinhaltete, legte die Verhandlungskommission der IG Metall bei den Tarifverhandlungen in Nordrhein-Westfalen auf den Tisch. Die Unternehmerseite zeigte allerdings zunächst einmal die kalte Schulter. Das muß nicht heißen, daß sie nicht eventuell doch noch angebissen hätten.

Die Gewerkschaftsbasis jedoch reagierte mit Empörung und Protesten auf diesen Versuch eines Lohnraubabschlusses seitens der Bonzen. Viele betrieblichen Funktionäre der IGM forderten sogar die Absetzung der Verhandlungskommission. Die Große Tarifkommission sah sich unter diesem Druck gezwungen, den faulen Kompromiß mehrheitlich zurückzuziehen.

Inzwischen hat die IGM-Führung allerdings angekündigt, am Montag dieser Woche eine neue Kompromißlösung ins Spiel zu bringen, über die bereits Geheimgespräche mit Gesamtmetall geführt worden seien. Diese Intrigenpolitik hinter dem Rücken der Gewerkschaftsmitglieder ist skandalös.

Von der IGM-Führung scheint ein Lohnraubabschluß bereits vorbereitet zu sein. Deshalb gilt es den Druck an der Basis jetzt zu verstärken. Urabstimmung und Flächenstreik ist jetzt die einzige Alternative zu einem empfindlichen Reallohnabbau.

Polen

Parlament beschließt Streikverbot

Jaruzelski drohte mit Rücktritt

WARSCHAU. — In Generalsuniform erschien der polnische Regierungschef Jaruzelski am Freitag im Parlament, um seine Regierungserklärung vorzutragen. Er kündigte dabei seinen Rücktritt für den Fall an, daß ihm das Parlament weitreichende Vollmachten zur Eindämmung der Streikbewegung verweigern würde.

Jaruzelski erinnerte daran, daß er bei seinem Amtsantritt vor zwei Monaten um eine „Ruhepause“ von drei Monaten in den Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und der Gewerkschaft „Solidarität“ gebeten habe. Nach wie vor sieht er es als wichtigste Aufgabe der Regierung an, „der Streikbewegung Einhalt zu gebieten“. Das soll aber nicht mehr mit Bitten geschehen, sondern durch staatliche Zwangsmaßnahmen.

Das Parlament beschloß unter dem Eindruck der Rücktrittsdrohungen des Regierungschefs eine zweimonatige „Streikpause“, was nichts anderes ist als ein (vorläufig) befristetes Streikverbot. Auch wenn sich Regierung und Parlament dabei auf die mit der „Solidarität“ geschlossenen Abkommen berufen, ist das ein massiver Eingriff in das von der polnischen Arbeiterklasse im letzten Sommer erkämpfte Streikrecht. Zudem forderte Jaruzelski die Arbeiter auch noch dazu auf, keine neuen Lohnforderungen zu stellen und stattdessen die Zusammenarbeit mit der Regierung zu suchen.

Über 300 Tote und Verletzte

Massaker der Belgrader Truppen im Kosovo

SVR Albanien verurteilt „beispiellose Gewalttätigkeit“

BELGRAD. — Auch am Wochenende war der Ausnahmezustand in der von Albanern bewohnten „autonomen Provinz“ Kosovo im südlichen Jugoslawien noch nicht aufgehoben. Westlichen Journalisten, die trotz eines generellen Einreiseverbots in den Kosovo gelangen konnten, bot sich „ein Bild der Verwüstung“.

Inzwischen haben die jugoslawischen Führer selbst zugegeben, daß die Sicherheitskräfte in mehreren Städten des Kosovo das Feuer gegen demonstrierende Studenten und Arbeiter eröffnet haben. Nach offiziellen Angaben sollen dabei elf Menschen getötet worden sein. Tatsächlich aber liegt die Zahl der Ermordeten und Verletzten über 300. Die Belgrader Führer rechtfertigen nach wie vor die überaus brutale Niederschlagung der Demonstrationen mit Panzern, Polizei- und Armee-Einheiten und das Blutbad, das sie unter der Bevölkerung des Kosovo angerichtet haben. Sie drohen sogar mit weiteren Massakern, wenn sie erklären, jede künftige Störung der Ordnung würde auf „allerdrastischste Weise“ bestraft.

„Zëri i Popullit“, das Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, hat in einem längeren Kommentar die „beispiellose Gewalttätigkeit“ im Kosovo scharf verurteilt und zugleich Unterstellungen zurückgewiesen, Albanien mische sich in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens ein. Den Kommentar, der auch eine Analyse der Situation im Kosovo beinhaltet, drucken wir auf den Seiten 10 und 11 in diesem RM ab.



Jugoslawische Panzer (hier ein Manöverbild)

Kommentar der Woche

„Das Beste zum X. Parteitag! Alles zum Wohle des Volkes!" Unter dieser Parole wurde in der DDR monatelang die Propagandatrommel für den Parteitag der SED gerührt. Das „Beste", das da verlangt wurde, waren unbezahlte Sonderschichten und andere Verpflichtungen der Werktätigen — natürlich ausschließlich zum Wohle des Volkes. Aber wie sollte es anders sein: Das Volk selbst hatte mal wieder kein Verständnis für die guten Absichten seiner Oberen und machte sich seinen eigenen Reim auf die offizielle SED-Parole: „Zum Parteitag nur das Beste — für das Volk die Reste".

Fünf Stunden lang ließ sich auf dem Parteitag Erich Honecker über die Lage der DDR die wirtschaftlichen und politischen Perspektiven aus. Im Gegensatz zu Breschnew, der auf dem jüngsten Moskauer Parteitag einige Erscheinungen der kapitalistischen Krise in der Sowjetunion offen angesprochen hatte, malte Honecker das Bild seines Landes vorwiegend in rosa Farben aus. Sicher ist die DDR das wirtschaftlich stabilste Land innerhalb des RGW — im Vergleich mit der polnischen Katastrophe sogar ein wahrer Hort des Wohlstands.

X. Parteitag der SED

Aber auch hier — und darüber hat Honecker nicht gesprochen — machen sich in der letzten Zeit jene Krisensymptome verstärkt bemerkbar, die im Nachbarland zum Zusammenbruch der Wirtschaft geführt haben. Das zeigt sich zum Beispiel auf dem Sektor der Energie- und Rohstoffversorgung, wo auch die DDR in hohem Maße von der Sowjetunion abhängig — und das bedeutet konkret: der ständig verschärften Ausplünderung durch Moskau ausgeliefert — ist. Man kann sich ein Bild davon machen, wenn man bedenkt, daß die DDR heute viermal soviele Maschinen wie noch vor zehn Jahren zum Austausch für eine bestimmte Menge an sowjetischem Rohöl produzieren und exportieren muß.

Ebenso wie in Polen wächst auch in der DDR die Westverschuldung ständig an. Neben Polen und Ungarn war die DDR das einzige RGW-Land, das in der letzten Zeit einen neuen Kredit im Westen aufgenommen hat, und zwar über 250 Millionen Dollar bei der Bank of Tokyo. Und stärker als in den meisten anderen Ländern des Moskauer Machtbereichs wird in der DDR unter dem Druck der sowjetischen Sozialimperialisten die Militarisierung vorangetrieben. Das betrifft nicht nur die Aufrüstung im engeren Sinne, sondern auch die zunehmende finanzielle und militärische Beteiligung an der neokolonialistischen Politik Moskaus in Asien und Afrika.

Über all diese Dinge sprach Honecker — wie gesagt — nicht. Und er malte auch die Zukunftsperspektiven durchweg rosig aus, indem er kräftige Wachstumsraten im Rahmen des neuen Fünfjahrplans ankündigte. Wie sich das auf die Lebenslage der Werktätigen auswirken soll, das sagte er allerdings nicht. Weder wurde ein Sozialprogramm angekündigt wie nach dem letzten Parteitag, noch wurden Erhöhungen der Löhne und der Renten in Aussicht gestellt, was wegen der kräftigen Preissteigerungen in einigen Bereichen schon lange überfällig ist. Auch von der 40-Stunden-Woche — vor fünf Jahren noch ausgiebig diskutiert — ist inzwischen nicht mehr die Rede.

In einem Punkt jedoch ist Honecker sehr konkret geworden. Und der betrifft die Produktivität der Arbeit. Die immer wiederkehrende Aufforderung an die Werktätigen, besser, schneller, mehr zu arbeiten, zog sich durch große Teile seiner Rede. Schon vor dem Parteitag hatte beispielsweise der Berliner SED-Chef Naumann erkennen lassen, wohin der Hase läuft: „Wir haben zur Zeit eine Maschinenauslastung von 13,6 Stunden. Als Ziel besteht 15 Stunden." Erreicht werden soll das unter anderem durch vermehrte Schichtarbeit. Honecker kündigte zudem umfassende Rationalisierungsprogramme in der Wirtschaft der DDR an, wobei er vor allem ein Hohelied auf die Mikroelektronik sang.

So hat der X. Parteitag den Werktätigen in der DDR letztlich nichts anderes zu bieten als die Aussicht, noch härter für die Profite der neuen Bourgeoisie zu schuften. Hier wie im Westen ist „Rationalisierung" das Zauberwort, mit dem sich die Herrschenden vom Druck der kapitalistischen Krise befreien und die Lasten dieser Krise auf die Werktätigen abwälzen wollen. Wie sagte doch der Volksmund? „Dem Parteitag nur das Beste — für das Volk die Reste."

Detlef Schneider

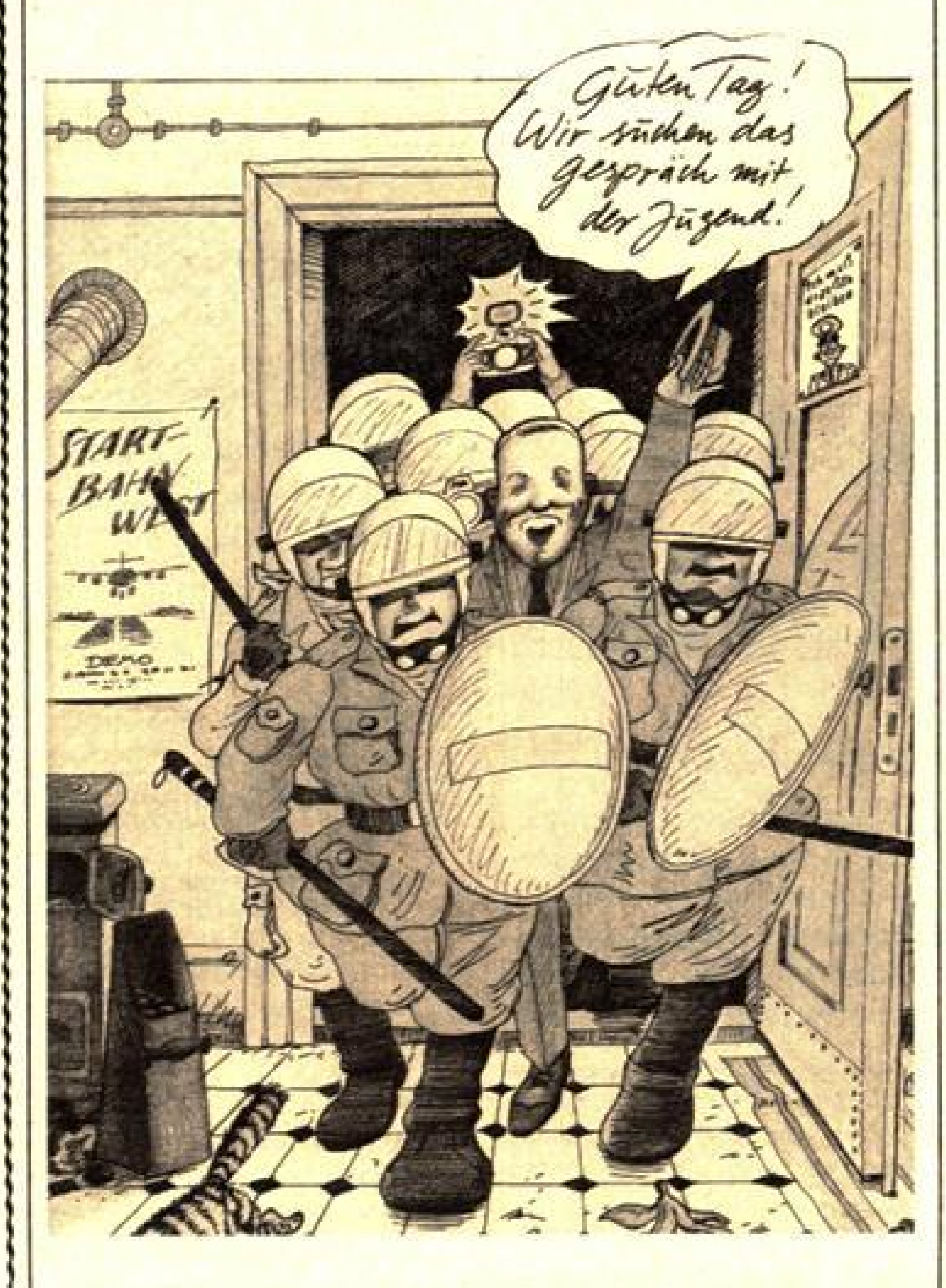
Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bundestagsdebatte über Jugendprotest

Dummes Geschwätz — jugendfeindliche Politik

BONN. — Nach einer Debatte über die zunehmende Protestaktionen der Jugend beschloß der Bundestag vergangene Woche einstimmig die Einsetzung einer Kommission, die untersuchen soll, „ob der Protest junger Menschen neue gesellschaftliche und politische Zielsetzungen verlangt."



Die Antwort auf diese Fragestellung kann man sich nach dem Verlauf der Debatte schon heute ausrechnen. Und den Vorsitz der Kommission soll zudem noch ausgerechnet Matthias Wissmann übernehmen, Vorsitzender der Jungen Union und fanatischer Gefolgsmann von F.J. Strauß. Spätestens seit Nürnberg weiß man ja, wie Strauß und seine Anhänger die „Jugendfrage" lösen wollen — mit Knast und Polizeiknüppeln.

Die Bundestagsdebatte wurde zu einer Blütenlese all der leeren und dummen Phrasen, mit denen die Bonner Politiker seit Monaten auf die anhaltenden Jugendproteste reagieren. Den Anfang machte der SPD-Abgeordnete Hauck, der die „Duckmäuser"-Variante vorbrachte. Und das sah dann so aus: Hauck stritt einfach rundweg ab, daß es eine „rebellische Einstellung" bei der heutigen Jugend gebe. Sie trage vielmehr „tendentiell konservative und resignative Züge". Von dieser „Analyse" ausgehend konnte er dann den Besorgten spielen. Am meisten beunruhigte ihn, „daß eine sich schweigend anpassende, zum Duckmäusertum neigende Jugend in unsere Gesellschaft hineinwächst".

Herr Hauck stellt also die Dinge ganz einfach auf den Kopf: Nicht eine rebellische Jugend protestiert gegen die reaktionäre Bonner Politik. Sondern umgekehrt müssen sich die progressiven SPD-Politiker in ihrem unbändigen Drang nach gesellschaftlicher Erneuerung mit einer konservativen, duckmäuserischen Jugend herumschlagen. Natürlich ging der Abgeordnete Hauck bei seinen Ausführungen nicht auf die vielfältigen Versuche der Regierungen Brandt und Schmidt ein, mit Radikalenerlaß und Überwachungsstaat die Jugend einzuschüchtern und — allerdings vergeblich — in breitem Umfang Duckmäusertum zu erzeugen. Das hätte ja auch schlecht in seine „Analyse" gepaßt.

Die Sprecher der CDU/CSU trugen in der Debatte als Variante im Katalog der jugendfeindlichen Phrasen die bekannte Parole „Die SPD hat an allem Schuld" vor. So hätten die Sozialdemokraten bei der Jugend ein gefährliches „Anspruchsdenken" geweckt. Dem müsse nun dadurch begegnet werden, daß den Jugendlichen auch mal „unbequeme Wahrheiten" gesagt würden. Also etwa so: Schreibt eure Ansprüche gefälligst in den Wind! Und wenn ihr immer noch aufmuckt, kommt Modell Nürnberg zur Anwendung.

Frau Huber, als Ministerin unter anderem auch für den Jugendbereich verantwortlich, ritt dagegen auf der Masche von der Gefühlskälte herum: „Ein zunehmender Teil der Jugend hat offenbar die von uns gebaute Welt satt. Er fühlt sich eingemauert in zuviel Beton und Paragraphen." Weitere Erkenntnisse der Frau Huber: Die Jugend lehne die hochtechnisierte Welt ab und suche vor allem „menschliche Wärme". Damit wären dann die Probleme dieser Jugend nicht mehr Sache der Regierungspolitik. Denn für weniger Beton und mehr menschliche Wärme ist ja das Ministerium der Frau Huber nun wirklich nicht zuständig.

In diesem Stil verlief dann die gesamte Debatte. Weitere Redner brachten noch andere interessante Gesichtspunkte ein. Etwa, daß sich die Politiker in Frage stellen müßten (Egert, SPD) oder daß man mit der Jugend auch streiten müßte (Eimer, FDP). Aber alles schön unverbindlich, versteht sich. Einzig der SPD-Abgeordnete Schröder, früher Juso-Chef, sprach ein konkretes politisches Problem an, indem er darauf hinwies, daß die Jugend kein Verständnis dafür haben, daß unter Abrüstungsparolen nur ständig aufgerüstet würde.

Während im Bundestag in verschiedenen Variationen Phrasen produziert wurden, wurde anderswo konkrete Jugendpolitik gemacht. Und was für welche! Bildungsminister Schmude legte dem Kanzleramt und den übrigen Ministerien einen Maßnahmekatalog vor, mit dem weitere 350 Millionen Mark pro Jahr im Ausbildungsbereich gekürzt werden sollen. Wichtigster Punkt: Die gesetzlich vorgeschriebene Anhebung der Bafög-Sätze soll um ein halbes Jahr auf den 1. April 1982 verschoben werden. Eine Berufsbildungsabgabe der Unternehmen soll es auch nach dem Willen der Schmidt-Regierung nun endgültig nicht mehr geben. Und daß in einer Situation, wo es — nach Bonner Angaben — 200 000 Jugendliche zwischen 16 und 19 Jahren gibt, die keine Ausbildung bekommen.

Weinberger fordert:

Aufrüstung statt Sozialausgaben

Zum Abschluß der Bonner NATO-Tagung

BONN. — Deutliche Worte sprach US-Kriegsminister Caspar Weinberger auf der Tagung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO, die vom 7. bis 9. April in Bonn stattfand. Er verlangte eine Erhöhung der Rüstungsausgaben der europäischen NATO-Länder, die durch Streichungen in den Sozialprogrammen finanziert werden sollen.

Er forderte dazu auf, dem Beispiel der Reagan-Regierung zu folgen, die der Bevölkerung der USA eine drastische Verschlechterung der Sozialleistungen aufgebürdet hat. Für 1982 kündigte er eine erneute Steigerung des US-Rüstungshaushaltes um 15 Prozent an.

Weinberger bekräftigte den harten Konfrontationskurs seiner Regierung gegenüber dem Ostblock. Eine Zustimmung zu dem von Carter unterzeichneten SALT-II-Abkommen bezeichnete er als „unannehmbar". Auch von den europäischen Staaten forderte er unmißverständlich eine Änderung ihrer Ostpolitik: die „Entspannungspolitik" müsse gestoppt werden. Nach Weinbergers Darstellung habe gerade diese Politik die UdSSR zur Aufrüstung verleitet; in den Zeiten des „kalten Krieges" seien die sowjetischen Rüstungsausgaben nur sehr unwesentlich gestiegen.

Obwohl es gerade an diesem Punkt durchaus Widerspruch aus dem europäischen Lager gibt, fanden die Standpunkte der USA in allen wesentlichen Punkten Eingang in das Abschlußkommuniqué. „Besonders zufrieden" war Weinberger nach eigenen Worten darüber, daß die Minister darin „bestätigen, daß die NATO planmäßig die Modernisierung ihrer Atomwaffen in Europa weiterführen wird". Daß es gleich anschließend im Kommuniqué auch noch heißt: „... während gleichzeitig die Bemühungen um (...) Rüstungskontrollmaßnahmen zur Begrenzung solcher Kräfte fortgesetzt werden", erwähnte er in seiner Stellungnahme nicht. Das sind für ihn ganz offensichtlich nur Lippenbekenntnisse. Und daß es sich damit wirklich so verhält, beweisen die Taten der USA ebenso wie etwa die ihres wichtigsten Verbündeten, der Bundesrepublik.

Zwar gibt es die angesprochenen Differenzen zum knallharten Konfrontationskurs der USA auch in der Bundesrepublik. Schließlich ziehen gewichtige Kreise des westdeutschen Finanzkapitals große Profite aus dem Ostgeschäft, das Reagan am liebsten ganz stoppen möchte. Diese Differenzen konnte man auch aus dem am Tage nach Beendigung der NPG-Tagung von Kanzler Schmidt abgegebenen „Bericht zur Lage der Nation" heraushören, in dem dieser u.a. sagte: „Wer jetzt sagt, die Entspannungspolitik (...) habe erst die sowjetische Hochrüstung gefördert, der muß sich die Frage gefallen lassen, wie die sowjetische Rüstung wohl unter Bedingungen des „kalten Krieges" ausgefallen wäre". Aber auch Schmidt warnte gleich im nächsten Satz vor „gefährlichen Illusionen" und betonte, die „hohe östliche Überlegenheit" könne nicht hingenommen werden.

Schmidt ist nach wie vor entschlossen, Reagan zu folgen. Und wie schon des öfteren in den vergangenen Wochen drückt sich das auch in Erklärungen aus, die mit zuvor von US-Beauftragten abgegebenen Statements fast wörtlich übereinstimmen. Es war sicherlich nicht umsonst, daß Weinberger und Schmidt am Abend des 7. April zu einem gesonderten Treffen zusammentraten.

Zur Streichung von Sozialleistungen etwa wußte Schmidt folgendes zu sagen:

„Die Bürger (...) müssen lernen, ihre Lebenschancen zu nutzen, die doch im Kern etwas wesentlich anderes darstellen als bloß die Chance zur fortlaufenden Steigerung des Lebensstandards. Ich möchte die Bürger ermutigen, zum Beispiel den Konsumzwang abzuschütteln, den sie sich selbst auferlegt oder dem sie sich unterworfen haben..."

Vielleicht folgt Schmidt ja auch der Überlegung des Reagan-Beraters Middendorf, der am 7.4. äußerte: „Ich meine, die höchste Form von sozialer Sicherheit ist immer noch ein starkes Militär". Und wie lange mag es noch dauern, bis Schmidt auch der Ansicht Middendorfs folgt, die Bundeswehr müsse endlich auch im Indischen Ozean „Flagge zeigen"?

Die Kriegsgegner werden jedenfalls nicht der „Ermutigung" Schmidts zur freiwilligen Finanzierung ihres eigenen Untergangs folgen. Sie lassen sich ermutigen von der Demonstration der 15 000, mit der die NPG in Bonn empfangen wurde. Und sie werden ihre (Über-)Lebenschance nutzen, die in der entschlossenen Abwehr der NATO-Kriegspläne besteht!

Unterschriftenlisten für Urabstimmung übergeben

Gewerkschafter machten Verhandlungskommission Dampf

ARBEITERKORRESPONDENZ (Hamburg). — Als bekannt wurde, daß am 11.4. im Hamburger Nobelhotel „Atlantik" die sechste Verhandlungsrunde für die Metallindustrie im Nordverbund stattfinden sollte, entstand unter aktiven Metallern, Vertrauensleuten und Vertrauensleuteleitungen die Idee, bei der Verhandlung unseren Unmut auszudrücken und Urabstimmung zu fordern.

Gegen 10.30 Uhr zogen dann am Sonnabend eine Reihe Kollegen zum „Atlantik". „Keine Abstriche von 7,7 Prozent" war eine Parole, eine andere: **4,1 Prozent — eine Provokation! Wir fordern Urabstimmung für mehr Lohn!".** Ein Kind trug das Schild: **„Statt Bomben und Raketen — Vati braucht Moneten!".** Die IGM-Verhandlungskommission war über unser Erscheinen keineswegs begeistert.

Einen größeren Kollegenkreis hatten sie nicht mobilisiert, aber angeblich sollte dort ein Flugzeug langfliegen mit einem Transparent: „Stopp Lohnabbau — IG Metall". Kommentar von Kollegen: „Das Geld wäre zur Organisierung von Kampfaktionen sicherlich besser angelegt gewesen!".

Das Flugzeug hat in Hamburg keiner gesehen, aber es soll in anderen Städten schon geflogen sein.

Inzwischen waren 40 bis 50 Kollegen versammelt. Sie kamen aus fünf Hamburger Betrieben und aus anderen Orten. Wir wollten hineingehen und den Unternehmern mal die Meinung sagen. Doch Frank Teichmüller von der Bezirksleitung sagte: „Die Unternehmer sind noch nicht da, aber ihr könnt ins Zimmer der IG Metall kommen, aber nur fünf Kollegen als Delegation" — weil die Hotelleitung nicht mehr genehmigt hätte. Doch was sollten wir da — wir wollten uns ja nicht aufspalten lassen. Nach einiger Zeit kam er wieder. Nun sagte er: „Die Unternehmer sind schon längst dagewesen, jetzt laufen bereits die Verhandlungen." Wir waren natürlich sauer, und er hat dann gesagt: „Ich möchte Euch ernsthaft bitten, die Verhandlungen nicht zu stören". Er hatte unheimlich Bammel davor, daß wir da alle reingehen. Deshalb hatte er uns hinters Licht geführt.

Nach einer kurzen Beratung unter den Kollegen sind wir ins Hotel gegangen. Nach einigem Hin und Her und nachdem die Hotelleitung uns schon mit der Polizei gedroht hatte, konnten die 15 Kollegen zum IGM-Zimmer gehen. Dort erklärten wir den Mitgliedern der Verhandlungsdelegation, die nicht in der Verhandlung waren, was wir wollten. Hans Janßen vom Vorstand wachte erst auf, als er etwas von „Urabstimmung" hörte. „Das geht doch nicht! Die Unternehmer wollen doch nur, daß wir streiken!". Außerdem hätte die IGM gar nicht genug Geld!

Als die Unternehmerdelegation in der Verhandlungspause gleich in ihrem Raum verschwinden wollte, liefen wir schnell mit unseren Transparenten hin. Einige Kollegen sind in den Raum gegangen, und eine Kollegin übergab dem Unternehmern eine Hose mit nach außen gekrempelten leeren Taschen, damit sie mal ein bißchen klarer sehen, was wir wollen. In ihrer Verstörung haben die diese Hose erstmal entgegengenommen.

Wir sind dann wieder rüber ins IGM-Zimmer. Die Leute da waren sehr genervt, weil sie wieder ihr Gespräch unterbrechen mußten. Ein Lübecker Kollege übergab ihnen eine Mappe mit Unterschriften von 450 Kollegen aus Lübecker Betrieben, die alle eine Urabstimmung fordern. Zum Teil stand auf den Listen auch drauf: „Kein Abschluß ohne Urabstimmung!".

Ein Kollege aus Bremen übergab dem Bezirksleiter Otto vom Steeg eine selbstgebaute Urne mit der Aufschrift: „Stimmt für Streik!". Nachdem vom Steeg sich dann auch noch für unsere Aktion bedankt hatte, sind wir wieder rausgegangen, haben kurz mit den Kollegen draußen gesprochen, unter dem Fenster des Unternehmerzimmers ein paar Parolen gerufen und sind dann abgezogen.

Das war eine ganz gute und erfolgreiche Aktion. Die oppositionellen Metaller haben enger zusammengefunden. Im Fernsehen haben wir dann gehört, daß die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen wurden.

Für die 15 Kollegen war das wohl eine einzigartige Gelegenheit, ins Nobelhotel „Atlantik" zu kommen. Beim nächsten Mal werden wir sicher mehr sein!



„8 Prozent müssen her, sonst bauen wir keine Autos mehr". Genau so und nicht anders muß die IG Metall jetzt endlich handeln. Das ist der einzige Weg, um einen Reallohnabbau in diesem Jahr und damit den Durchbruch zur lohnpolitischen Wende in Richtung Lohnsenkungen in der Zukunft verhindern. Unser Foto zeigt den Warnstreik der Opel-Arbeiter in Bochum vom 2. April. In der vergangenen Woche streikten auch die Automobilarbeiter bei BMW in München.



Die Werftarbeiter von HDW in Kiel forderten schon vor Wochen konsequente Kampfmaßnahmen durch die Gewerkschaftsführung. In der vergangenen Woche wurde auf einer Belegschaftsversammlung in zahlreichen Beiträgen die Warnstreiktaktik der IGM-Führung kritisiert und sofortige Urabstimmung gefordert.

Klare Absage für 4,9 Prozent

Auf große Empörung unter den Metallern stieß das Verhalten der Verhandlungskommission der IG Metall in Nordrhein-Westfalen. Diese hatte den Unternehmern ein Angebot von 4,9 Prozent gemacht und wollte damit ihren Mitgliedern Reallohnverluste zumuten.

Dieser Protest drückt sich auch in der folgenden Resolution aus, die 54 Kolleginnen und Kollegen — alles Jugendvertreter, Vertrauensleute und/oder Betriebsräte — auf einem IGM-Bildungsseminar verabschiedeten und an den IGM-Vorstand zur Weiterleitung an die Große Tarifkommission für die metallverarbeitende Industrie NRW schickten.

Es heißt darin:

„Die hier unterzeichnenden Kolleginnen und Kollegen, Teilnehmer an den Seminaren TII, FIII und WPI in der IG-Metall-Bildungsstätte Lohr, verurteilen aufs schärfste das Denkmodell der Tarifverhandlungskommission in NRW von 4,9 bzw. 5,2 Prozent.

Wir meinen, daß solch ein Denkmodell unsolidarisch ist. Da die Vertrauensleute in den Betrieben damit leben müssen, fordern wir uneingeschränkte Aufklärung und gegebenenfalls die Ablösung der Verhandlungsführer der Tarifverhandlungskommission."

Die Kapitalisten hatten sogar dieses ungerechtfertigte Niedrigangebot als „zu hoch" abgelehnt. Am 10.4. wies die Große Tarifkommission mit 145 zu 20 Stimmen das Vorgehen der Verhandlungskommission zurück.

Warnstreiks bei der Post und bei der Lufthansa

Mehrere tausend Arbeiter und Angestellte verliehen in den letzten Tagen bei der Post und bei der Lufthansa ihren Tarifforderungen mit Warnstreiks Nachdruck. Die Postgewerkschaft fordert 7 Prozent mehr Lohn. Bei der Lufthansa geht es vor allem um eine Verlängerung der Urlaubszeit für das Bodenpersonal auf sechs Wochen und kürzere Arbeitszeiten für Schichtgänger.

In Frankfurt wiesen am 7.4. über 1500 Postler das unverschämte 3-Prozent-Angebot zurück. Im Rahmen einer Demonstration bekundeten sie auch ihre Solidarität mit den für 8 Prozent mehr Lohn kämpfenden Metallern. Einen Abschluß vor Metall, bei dem die Postbediensteten mit weniger Lohn abgespeist werden und negative Zeichen gesetzt werden sollen, lehnten sie entschieden ab. Sie erklärten auch die Bereitschaft, sich nach Möglichkeit an Aktionen der Metaller zu beteiligen. Daraufhin erhöhten die Unternehmer ihr Angebot auf 3,5 Prozent — das ist gar keine Verhandlungsgrundlage!

Sechs verschiedene Flughäfen waren seit dem 7.4. von mehrstündigen Arbeitsniederlegungen an mehreren Tagen durch Lufthansa-Personal betroffen. „Rechtswidrig und unverantwortlich" nannte die Unternehmensleitung diese Aktionen. Damit konnte sie niemanden beeindrucken. Mit Rücksicht auf die Osterurlauber, so erklärte die ÖTV, würden die Warnstreiks vorerst abgebrochen. Am 13.4. soll wieder verhandelt werden. Die Kollegen jedenfalls haben ihre Kampfbereitschaft gezeigt.



Metallerdemonstration gegen die Provokationen der Unternehmer und für die Lohnforderungen der IG Metall in dem Harzstädtchen Osterode. 1500 Kollegen ziehen durch die engen Straßen. Keiner der Beteiligten kann sich erinnern, daß es so etwas in Osterode schon einmal gegeben hat.

Kapitalistenführer in Südwürttemberg:

Mit der Pistole zur Tarifverhandlung

Mit einer Pistole bewaffnet erschien der Vorsitzende der südwürttembergischen Metallindustriellenverbände, Wilhelm Härter, zu den letzten Tarifverhandlungen. Die Polizei war darüber informiert, fand das aber wohl durchaus in Ordnung.

Dieses Verhalten kann nur als offene Provokation der Gewerkschafter in der IGM-Verhandlungskommission gewertet werden!

Die brutal um die Profitsicherung kämpfenden Kapitalisten werden sehr empfindlich, wenn man ihr wahres Wesen bloßstellt. Ein Mitglied der Verhandlungskommission der IGM für Südwürttemberg/Hohenzollern, Betriebsratsvorsitzender Gert Bauer, wies das unverschämte 4,1-Prozent-Angebot zurück und wandte sich an die Unternehmer mit den Worten: „Die Arbeiter und Angestellten haben Wirtschaft und Gesellschaft nach 1945 aufgebaut, während Sie oder ihre Väter noch in Entnazifizierungsverfahren steckten."

So ist es! Die Kapitalisten aber waren beleidigt und verliessen den Sitzungssaal.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18.

4630 **BOCHUM**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mi-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/83 23 28, geöffnet: Mo., Mi., Fr., 17 - 19 Uhr.

4100 **DUISBURG** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/44 30 14.

4000 **DÜSSELDORF** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Fr. 17 - 19 Uhr, Sa. 10 - 12 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30-19.30 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/84 84 08.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18 Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di. und Fr 17-18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621/52 39 66

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi. - Fr. 16 - 18 Uhr, Sa. 11 - 13 Uhr.

4500 **OSNABRÜCK**, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstraße 5

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mi 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr



8500 Stahlwerker streikten und demonstrierten

„Rohwedder, wir kommen..."

Stahlarbeiter besetzten Hoesch-Zentrale Vorstand holt Polizei

„Detlev, wir kommen, versteck Dich nicht, wir finden Dich!", riefen Tausende streikender Stahlarbeiter, als sie am Donnerstag vergangener Woche zum Verwaltungsgebäude des Hoesch-Vorstandes marschierten. Gemeint war Detlev Rohwedder, Vorstandsvorsitzender der Hoesch-Werke AG in Dortmund. Auf allen drei Hüttenwerken legten die Hoesch-Belegschaften die Arbeit für mehrere Stunden nieder. Mit den Forderungen „Stahlwerk jetzt!" und „Keine Entlassungen!" demonstrierten sie gegen das neue „Sanierungskonzept" der Hoesch-Bosse. Dabei kam es zu einer mehrstündigen Besetzungsaktion im Verwaltungsgebäude beim Werk Union.

Anlaß für die machtvolle Protestaktion: Für Donnerstag vormittag hatte Rohwedder wieder einmal eine Aufsichtsratssitzung der Hoesch-Hüttenwerke einberufen, auf der er den zweiten Versuch machen wollte, die Zustimmung der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat für seinen „Sanierungsplan" zu erhalten. Diese Vorstandsvorlage war schon am 23. März unter dem



Druck der Belegschaftsproteste von den Arbeitnehmervertretern im paritätisch besetzten Aufsichtsrat abgelehnt worden. Damals waren Stahlarbeiter mit einem Sarg in die Aufsichtsratssitzung einmarschiert mit der Forderung, daß der Vorstandsplan „begraben" werden solle, weil er auf die Vernichtung der Stahlbasis und die etappenweise Demontage der Hoesch-Hüttenwerke abzielt.

Wer der Mitbestimmung traut...

Die Arbeitnehmervertreter im paritätisch besetzten Aufsichtsrat bei Hoesch sind aber keineswegs grundsätzlich gegen die Konzernsanierung auf dem Rücken der Belegschaften. Unter bestimmten Voraussetzungen sind sie bereit, die Massenentlassungen und den Abbau der Rohstahlkapazität bei Hoesch zu unterstützen und der „Konzentration auf einen Standort", das heißt der Stillegung der Werke Union und Phönix zuzustimmen. Die Forderung „Stahlwerk jetzt!", die den sofortigen Bau eines neuen Stahlwerks als Ersatz für die teilweise bereits stillgelegten Siemens-Martin-Öfen beinhaltet, haben sie stillschweigend fallengelassen.

Für die Belegschaften aber ist es unverzichtbar, an der Forderung „Stahlwerk jetzt!" konsequent festzuhalten, alle Entlassungen kompromißlos abzulehnen und für den Erhalt aller drei Hüttenwerke und gegen jede ersatzlose Stillegung zu kämpfen.

Wenn die IGM-Bonzen und die Betriebsratsspitzen von Hoesch gegenwärtig wenigstens nach außen hin den von der Deutschen Bank betriebenen Abbau der Dortmunder Stahlbasis und damit die schrittweise Demontage der Hoesch-Hüttenwerke ablehnen, dann nur, weil der Kampf der Belegschaften für die Verteidigung der Arbeitsplätze bis jetzt nicht abgewürgt werden konnte und inzwischen auch zunehmend radikalere Tendenzen zeigt. Wurde dies schon bei der „Sarg-Aktion" vom 23.3. erkennbar, so haben die Aktionen vom letzten Donnerstag diese Radikalisierung noch deutlicher gemacht.

„Wir wollen keine Sprüche mehr, jetzt muß ein neues Stahlwerk her"

Ca. um 8.00 Uhr morgens legten die Belegschaften von Union und Westfalenhütte die Arbeit nieder. Im Werk Phönix begann der Proteststreik etwa eine Stunde später. Die Kollegen von Union marschierten in einem Demonstrationszug vor das beim Werk gelegenen Verwaltungsgebäude an der Rheinischen Straße, wo die Aufsichtsratssitzung stattfinden sollte. Sie trugen ein Transparent mit den Forderungen **„Stahlwerk jetzt! Keine Entlassungen!"**. Etwa 1000 Mann stark blockierten sie die Rheinische Straße und brachten dort den Verkehr zum Erliegen.

Währenddessen marschierten ca. 6000 Kollegen von dem größeren Werk Westfalenhütte aus in einem machtvollen Demonstrationszug zum Stadtzentrum und von dort aus zum Werk Union. Unterwegs brachten sie mehrfach durch Sitzstreiks auf zentralen Straßenkreuzungen den Verkehr zum Erliegen. Vom Werk Phönix aus zogen etwa 1 500 Kollegen in einem Demonstrationsmarsch durch Dortmund-Hörde. Auch sie blockierten durch Sitzstreiks den Verkehr.

Unter anderem wurden folgende Parolen gerufen bzw. mitgeführt: **„Wenn wir das Stahlwerk nicht bekommen, wird uns die Existenz genommen"**; **„Estel macht uns alle, jeder Sozialplan ist eine Falle"**; **„Holland-Bosse und Deutsche Bank bringen uns zum Arbeitsamt"**; **„Wir wollen keine Sprüche mehr, jetzt muß ein neues Stahlwerk her"**. An der Spitze des Demonstrationszuges der Kollegen von der Westfalenhütte wurde ein Transparent getragen mit der Aufschrift: **„Hoesch instandbesetzen ist besser als durch Estel kaputtmachen"**.

Durchmarsch in die Chefetage

Es war ein unerhört kämpferisches Bild, als der Demonstrationszug der Kollegen von Westfalenhütte auf der Rheinischen Straße in Richtung Verwaltungsgebäude anmarschiert kam. Von Hauswand zu Hauswand schob sich die dichte Menschenmasse unter donnernden Sprechchören über die ganze Reihe der Straßenschlucht voran.

Und als die Spitze des Demonstrationszuges auf die Versammlung der Union-Arbeiter vor dem Portal des Verwaltungsgebäudes traf, wurde gar nicht Halt gemacht. Ohne auch nur eine Sekunde zu zögern wälzte sich der Zug die Auffahrt zu den großen gläsernen Flügeltüren des Portals hinauf, über dem in Stein gemeißelt der Spruch steht: „Es lobt den Mann die Arbeit und die Tat".

Durchmarsch! Schnurstracks drängten sich die Stahlarbeitermassen durch das Treppenhaus über die dicken Teppiche in den Sitzungssaal des Aufsichtsrats. Ohrenbetäubend klang es melodisch im Chor: **„Detlev, wir kommen, versteck Dich nicht, wir finden Dich"**.

„Detlev" aber und seine Kumpanen verschwanden sehr schnell und unauffällig nach unten, wo sie im Kreise der höheren IGM-Funktionäre und der Betriebsratsspitze Schutz suchten.

Die Stahlarbeiter in der Chefetage aber besetzten den vor dem Sitzungssaal gelegenen Balkon zur Rheinischen Straße und hängten dort Transparente auf. Nachrückende Lehrlinge ließen sich in den breiten Aufsichtsratsesseln um den schweren Verhandlungstisch aus Eiche nieder und sorgten dafür, daß der für die zunächst vereitelte Sitzung bereitstehende Kaffee nicht kalt wurde. Auch die Vorstands-Zigaretten wurden nicht verschmäht.

Hätten nicht die auch bei dieser Aktion mitmischenden berufsmäßigen Abwiegler es erreicht, daß die große Masse der Kollegen dann doch noch Halt machte und sich unten auf der Straße staute, so wäre vermutlich das ganze Gebäude besetzt worden.

„Rohwedder weg, es hat keinen Zweck!"

Vor dem Verwaltungsgebäude wurde dann eine Kundgebung abgehalten. Nachdem Rohwedder sich wieder gefaßt hatte, begann auch er mit einer Ansprache. Aber er konnte kaum einen Satz zu Ende bringen. Seine Worte gingen immer wieder in einem Pfeifkonzert und in Protestrufen unter. **„Stahlwerk jetzt!"** dröhnte es ihm immer wieder entgegen und: **„Rohwedder weg, es hat keinen Zweck!"**. Der Hoesch-Boss war gezwungen, seine Rede abzubrechen.

Später ergriff auch der Betriebsratsvorsitzende Schrade das Wort. Seine Rede mündete in die Aufforderung an die Kollegen, die Aktion zu beenden und an die Arbeit zurückzukehren. Es gab Versuche kämpferischer Kollegen, dieses Abwiegelungsmanöver zu durchkreuzen. **„Wir bleiben hier"**, wurde gerufen.

Schrade war es jedoch gelungen, Verwirrung und Ratlosigkeit hervorzurufen. Ein Schwanken ging durch die tausendköpfige Menge. Dann begannen die ersten abzuwandern und nach und nach wurden es immer mehr.

Unter dem entschlossensten Teil der Stahlarbeiter verbreitete sich Wut und Erbitterung über das Vorgehen von Schrade. Im besetzten Sitzungssaal wurde heftig diskutiert. Während die Auflösung der Kundgebung auf der Straße schon voll im Gange war, erschienen im Sitzungssaal die ersten Aufsichtsratsmitglieder der „Arbeitnehmerseite", um ihre Mitbestimmungssessel wieder in Beschlag zu nehmen.

„Wir bleiben hier!"

Aber es waren noch nicht alle Arbeiter aus dem Saal gezogen. In diesem Moment griff Hans Riegas ein Betriebsrat auf der Westfalenhütte, SPD-Mitglied, bekannt als aktiver Streikorganisator während des Kampfes um die 35-Stunden-Woche: **„Ich bleibe hier"** erklärte er verbittert. Und zu den „Kollegen" vom Aufsichtsrat gewandt: **„Freiwillig gehe ich nicht, Ihr könnt mich nur gewaltsam hier rausschaffen. So geht das einfach nicht mehr weiter. Ich will endlich Klarheit über meine Zukunft und meinen Arbeitsplatz haben und über die Arbeitsplätze meiner Kollegen. Was soll ich denn meiner Familie erzählen, wie unsere Zukunft aussieht?!"**.

Sofort solidarisierten sich alle noch verbliebenen Kollegen mit Hans Riegas. Es waren noch ca. 100 Stahlwerker da, unter ihnen auch die RGO-Betriebsräte vom Werk Union. **„Was die Hausbesetzer können, das können wir auch!"** rief ein Kollege und heftiger Beifall antwortete ihm.



Auch die Hoesch-Fraueninitiative unterstützte die Aktion der Belegschaften. Stets dabei ist die unermüdliche Sängerin Fasia Jansen.

Vergeblich versuchten die erschrockenen „Arbeitnehmervertreter", die Arbeiter umzustimmen. Diese stellten jetzt folgendes Ultimatum: Der Aufsichtsrat ändert sofort die vorgesehen Tagesordnung und nimmt telefonisch Kontakt mit der Bundesregierung und der Landesregierung auf, mit dem Ziel, eine Sonderkommission einzuberufen, bestehend aus Vertretern der Bundes- und Landesregierung, der Stadt Dortmund, der Deutschen Bank, des Konzernvorstands, der IG Metall und der Belegschaftsvertreter. Diese Kommission soll bereits am Montag zusammentreten und ein Alternativkonzept zum Vernichtungsplan des Hoesch-Vorstands erstellen, das Entlassungen ausschließt, die Sicherung der Stahlbasis garantiert und finanziell durch die Regierung abgesichert wird. Der Aufsichtsrat erhält eine Stunde Zeit, um sich zu entscheiden. So lange ziehen sich die Arbeiter in die Eingangshalle des Vorstandsgebäudes zurück.

Polizei rückt an

Als nach dem Ablauf des Ultimatums klar wurde, daß der Aufsichtsrat sich auf diese Forderung nicht einließ, marschierten die Kollegen erneut zum Sitzungssaal. Der Aufsichtsrat aber hatte sich in einen anderen Saal verzogen und sich dort eingeschlossen. Wutentbrannt hämmerten Stahlarbeiter gegen die schweren Eichentüren.

Rohwedders Reaktion: Er forderte Polizei an, um das Gebäude räumen zu lassen. Mannschaftswagen der Bereitschaftspolizei fuhren vor dem Portal des Verwaltungsgebäudes auf.

Der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende Hans Preiss, Mitglied des geschäftsführenden IG-Metall-Vorstandes, versuchte die Lage zu entschärfen. Auf seine Initiative hin wurde die Polizei wieder abgezogen.

Preiss vermittelte dann ein Gespräch zwischen einer Delegation der Arbeiter und den Aufsichtsräten der „Arbeitnehmerseite". Der Delegation gehörten auch die RGO-Betriebsräte Norbert Bömer und Hartmut Siemon an.

Nach längerer Verhandlung kam die Delegation mit einem Kompromißangebot zurück: Es wird schnellstens ein Arbeitskreis einberufen, bestehend aus Vertretern der Bundes- und Landesregierung, der Stadt Dortmund, der IG Metall und der Belegschaften. Dieser Arbeitskreis soll ein Alternativkonzept zu dem Vorstandsplan ausarbeiten, das die genannten Bedingungen (Sicherung der Stahlbasis, keine Entlassungen) erfüllt. Außerdem wird zugesichert, daß keinerlei Maßnahmen gegen die Teilnehmer an der Besetzungsaktion erfolgen werden.

Mit diesem Teilerfolg beendeten die Kollegen ihre Aktion. Später wurde bekannt, daß die Aufsichtsratsmehrheit (Arbeitnehmervertreter und „neutraler Mann") die Vorstandsvorlage erneut abgelehnt hat.



Etwa 1 000 Stahlarbeiter aus dem Werk Union versammelten sich vor dem Verwaltungsgebäude und blockierten den Verkehr. Der Transparentträger links ist Hartmut Siemon, RGO-Betriebsrat bei Union.



Die Hoesch-Lehrlinge kannten keine Ehrfurcht vor den breiten Aufsichtsrats-Sesseln. Den Kaffee ließen sie auch nicht kalt werden.

HDW /Kiel

Fünf RGO-Kollegen ziehen in den Betriebsrat ein

Liste der RGO erhielt 20,5 Prozent der Stimmen

KIEL. — Auch diesmal kandidierte die RGO bei Howaldtswerke - Deutsche Werft (HDW) in Kiel mit einer eigenen Liste zur Betriebsratswahl. Die RGO erhielt die Stimmen von 608 Werftarbeitern. Das sind 20,5 Prozent der gültigen Stimmen. Damit sind alle fünf Kandidaten der RGO-Liste in den Betriebsrat gewählt.

Schon im Sommer vergangenen Jahres hatten sich die drei RGO-Betriebsräte bei HDW in Kiel mit einem offenen Brief an die Ortsverwaltung der IG Metall, an die Vertrauenskörperleitung und die Mitglieder des Vertrauensleutekörpers der IGM gewandt und eine Persönlichkeitswahl mit offener Liste in alphabetischer Reihenfolge vorgeschlagen.

Die verantwortlichen Funktionäre der IGM jedoch sperrten sich gegen diesen Vorschlag, obwohl er dem Willen der breiten Mehrheit der Werftarbeiter entsprach. Als Vorwand dienten ihnen so arrogante Sprüche wie: „Wir gehen nicht mit Chaoten auf eine Liste".

Der wirkliche Grund des Verhaltens der Bonzen wurde dann schnell deutlich: Die alteingesessene Clique im Betriebsrat wollte ihre Pöstchen absichern und dazu war ihr eine echte Persönlichkeitswahl zu demokratisch.

So wurde die IGM-Liste von einem 18-köpfigen-Gremium, bestehend aus Vertrauenskörperleitung und neun weiteren Vertrauensleuten, selbstherrlich aufgestellt. Die SPD-Betriebsgruppe hatte schon vorher die Reihenfolge für die 45 Kandidatenvorschläge hinter verschlossenen Türen festgelegt. Ergebnis: Bis auf einen Neuling waren nur die alten Betriebsräte auf den sicheren Plätzen vertreten.

Die DKP-Betriebsgruppe tat sich bei diesem schäbigen Spiel unrühmlich hervor, indem sie das ganze als demokratisch anpries. Ihre Hoffnung, durch diese Liebesdienerei mit einigen guten Listenplätzen belohnt zu werden, erfüllte sich allerdings nicht. Für sie blieben am Ende nur hintere Plätze.

Mit einer Serie von Hetzflugblättern, in denen die RGO als Fälscher, Spalter und dergleichen mehr beschimpft wurde, versuchten die IGM-Bonzen zu verhindern, daß die RGO-Liste genügend Stützunterschriften erhielt. Aber vergebens.

Auch bei der letzten Betriebsratswahl vor drei Jahren hatte sich die RGO schon mit einer eigenen Liste beworben. Damals konnte die RGO drei Kandidaten aufstellen und sie wurden alle gewählt. 17,5 Prozent der Stimmen erhielt damals die RGO-Liste.

Das jetzige Ergebnis für die RGO-Liste ist ein Ausdruck dafür, daß die Betriebsgruppe der RGO durch ihren konsequenten Kampf ihre Position im Betrieb festigen und ihren Einfluß unter den Werftarbeitern vergrößern konnte.

Siemens-Bosch Hausgeräte-Werk in Westberlin

Die Mehrheit wählte RGO!

RGO-Liste erhielt 51,5 Prozent

WESTBERLIN. — Kurz vor Redaktionsschluß erreichte uns die Nachricht über das Ergebnis der Betriebsratswahl beim Hausgeräte-Werk von Siemens-Bosch in Westberlin. Die RGO-Liste überflügelte die Liste der IG Metall und erhielt mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen.



Bei getrennter Wahl standen sich im Arbeiterbereich zwei Listen gegenüber, nachdem die IGM-Bonzen auch hier eine Persönlichkeitswahl verhindert hatten: Die Liste der IG Metall und die Liste der RGO.

Die RGO-Liste erhielt 763 Stimmen, das sind 51,48 Prozent. Damit hätten sie eigentlich acht Betriebsratssitze zu beanspruchen. Sieben Kandidaten waren jedoch nur aufgestellt. Von diesen sieben Kandidaten sind zwei Kollegen momentan keine Belegschaftsmitglieder, da sie von den Bossen mit Unterstützung der IGM-Bonzen fristlos entlassen wurden. Beide klagen vor dem Arbeitsgericht auf Wiedereinstellung.

Die IGM-Liste bekam 719 Stimmen, das sind 48,42 Prozent. Auch die IGM-Liste hat mit diesem Ergebnis acht Sitze zu beanspruchen. Aus den oben genannten Umständen kann sie jedoch gegenwärtig elf Betriebsratssitze übernehmen gegenüber momentan nur fünf der RGO. Die beiden entlassenen RGO-Kandidaten werden jedoch um ihre Rückkehr in den Betrieb kämpfen.

Bei der letzten Betriebsratswahl hatte die der RGO nahestehende Liste „Wehrt Euch" bei Siemens-Bosch 30 Prozent der Stimmen erhalten.

Im nächsten „Roten Morgen" werden wir noch einmal auf die Betriebsratswahl bei Siemens-Bosch zurückkommen.

BMW /Westberlin

Viele kämpferische Gewerkschafter gewählt

Auch auf IGM-Liste klassenkämpferische Kollegen

WESTBERLIN. — In der Motorradfabrik von BMW in Westberlin kam es zu einer Listenwahl mit vier Listen. Eine oppositionelle Liste mit konsequentem Kampfprogramm erhielt 23 Prozent der Stimmen. Aber auch auf der Liste der IG Metall kandidierten klassenkämpferische Kollegen.

Die oppositionelle Liste, die unter dem Kennwort „Metaller für eine demokratische Betriebsratsarbeit" kandidierte, wurde von 23 Prozent der Kollegen im Arbeiterbereich gewählt. Sie konnte damit drei ihrer vier Kandidaten in den Betriebsrat entsenden.

Die offizielle Liste der IG Metall wurde vom Vertrauensleutevorsitzenden der IGM bei BMW angeführt, der als klassenkämpferischer Gewerkschafter bekannt ist. Die Liste erhielt mit 38 Prozent die größte Stimmenzahl und konnte fünf ihrer Kandidaten in den Betriebsrat entsenden. Die meisten von ihnen sind kämpferische Kollegen.

Desweiteren kandidierte eine reaktionäre Liste von Vorarbeitern, die bezeichnenderweise von den IGM-Bonzen inoffiziell unterstützt wurde. Diese Liste erhielt ebenfalls 23 Prozent der Stimmen und erhielt — wie die oppositionelle Liste — drei Betriebsratssitze.

Ferner gab es noch eine vierte Liste, die von einem jugoslawischen Kollegen aufgestellt wurde. Diese Liste erhielt 15 Prozent der Stimmen und entsendet einen Kandidaten in den Betriebsrat.

Im Angestelltenbereich gab es Persönlichkeitswahl. Die Angestellten entsenden drei Vertreter in den Betriebsrat.

Insgesamt läßt sich sagen, daß die klassenkämpferischen Kräfte in dem 15köpfigen Betriebsrat nun sehr starke Positionen haben.

Allerdings gelang es den reaktionären Kräften durch die Herstellung einer „Einheitsfront" gegen die klassenkämpferischen Gewerkschafter, dem Listenführer der IGM-Liste den Betriebsratsvorsitz streitig zu machen. Obwohl der IGM-Liste, die den größten Stimmenanteil hatte, diese Position normalerweise hätte zukommen müssen.

Gegen dieses Manöver der Rechten hatte es unter den Arbeitern starken Widerstand gegeben. So wurden in kurzer Zeit 250 Unterschriften in der Produktionshalle für den IGM-Listenführer gesammelt. Außerdem gaben die IGM-Liste, die oppositionelle Liste und die Mehrheit der Vertrauensleutekörperleitung Protesterklärungen gegen den „Putsch" der Rechten ab.

Die Rechten favorisierten einen der drei Angestelltenvertreter für den Betriebsratsvorsitz. Es kam schließlich zu einer Kampfabstimmung im Betriebsrat, bei der mit sieben gegen sieben Stimmen eine Pattsituation entstand. Daraufhin verzichtete der IGM-Listenführer freiwillig. Er nimmt nun die Position des stellvertretenden Vorsitzenden ein.

Den dritten der drei freigestellten Betriebsratsplätze erhielt der Listenführer der oppositionellen Liste. Auch in den für die weitere Betriebsratsarbeit so wichtigen Ausschüssen dominieren klar die klassenkämpferischen Kollegen. Für die BMW-Arbeiter bestehen also relativ gute Aussichten dafür, daß in dem neuen Betriebsrat ihre Interessen konsequent vertreten werden. Für die Bosse ist dieser Betriebsrat der unbequemste von allen, mit denen sie bisher leben mußten.

Freudenberg /Weinheim

Steife Brise weht den Bonzen ins Gesicht

Klassenkämpferische Liste errang sieben Sitze

WEINHEIM. — Großer Erfolg für die oppositionelle Liste „Frischer Wind" im Großbetrieb der Lederindustrie Freudenberg in Weinheim. 34,6 Prozent der gültigen Stimmen entfielen auf diese mit einem klassenkämpferischen Programm angetretenen Liste. Damit sind von den neun aufgestellten Kandidaten sieben in den Betriebsrat gewählt.

In dem rund 10000 Beschäftigte großen Betrieb hatte es in diesem Jahr neben der offiziellen Liste der Gewerkschaft Leder zum ersten Mal eine zweite Liste gegeben. Dies war unumgänglich geworden, weil die Bonzen der Gewerkschaft Leder den Beschluß durchsetzten, daß auf der Gewerkschafts-Liste lediglich Betriebsräte und Vertrauensleute mit mindestens dreijähriger Amtstätigkeit kandidieren durften.

Gegen dieses undemokratische Diktat der Bonzen hatte sich eine Kollegengruppe „Aktive Gewerkschafter" gebildet, die unter anderem mit einer Unterschriftensammlung für eine echte Persönlichkeitswahl kämpfte. Die Bonzen ließen sich jedoch nicht von ihrem spalterischen Vorgehen abbringen. Daraufhin stellte die Gruppe „Aktive Gewerkschafter" ihre Liste „Frischer Wind" auf, mit neun Arbeitern als Kandidaten, die allesamt Mitglied der Gewerkschaft Leder sind.

Unterstützt wurde „Frischer Wind" von der Betriebszeitung der KPD, dem „**Roten Freudenberger**". Offenbar rochen die Bonzen in diesem Umstand eine Chance, die oppositionelle Liste als „kommunistisch" abzustempeln und sie unter den Arbeitern zu diskreditieren. Eine falsche Einschätzung, wie das Wahlergebnis beweist.

Kurz vor der Wahl erschien ein Flugblatt der Gewerkschaft Leder bei Freudenberg, das die bezeichnende Überschrift trug „Woher weht der ,Frische Wind'?". Nachstehend einige Auszüge aus diesem Flugblatt:

„Der ,Frische Wind' scheint eine Tarnorganisation zu sein. (...) Noch deutlicher ist zu spüren aus welcher Richtung der ,Frische Wind' bläst, führt man sich einmal die KPD-Postille ,Der Rote Freudenberger' zu Gemüte. Da wird die Wahl der Liste ,Frischer Wind' gepriesen als ein ,weiterer Schritt für die KLASSENKÄMPFERISCHE Einheit der Arbeiter und Angestellten'. (...) Da ist von ,Gewerkschaftsbonzen', ,Funktionärsdiktatur' und ,Klassenkampf' die Rede; da sei ,Verleumdungen' gegen den ,Frischen Wind' gelaufen." (...).

*„Versuchen jetzt kleine Grüppchen die Einheitsgewerkschaft in zwei Lager zu spalten, dann lachen sich die Unternehmer ins Fäustchen und der ,Frische Wind' wird umschlagen: Er wird dann als Sturm zurückkommen, der ins Gesicht **aller** Arbeitnehmer bläst!"*

Zu Letzterem sei den Bonzen der Gewerkschaft Leder gesagt: Seid doch nicht so scheinheilig! Gespalten habt doch Ihr! Ihr habt doch versucht klassenkämpferische Gewerkschaftsmitglieder von der Kandidatur für den Betriebsrat auszuschließen!

Für ihre arbeiterfeindliche Politik haben die Bonzen die Quittung erhalten. Mehr als ein Drittel der Arbeiter wählte das „kleine Grüppchen". Den Bossen und Bonzen bläst jetzt aus der Belegschaft eine steife Brise ins Gesicht. Dieser Erfolg der klassenkämpferischen Kräfte stärkt die kämpferische Einheit der Freudenberg-Arbeiter.

Gillette/Westberlin: Klassenkämpferische Gruppe erringt sechs Sitze

40 Prozent für oppositionelle Liste

WESTBERLIN. — In der Vergangenheit verhinderten die IGM-Bonzen mit ihren Tricks, daß kämpferische Gewerkschafter zum Betriebsrat kandidieren konnten. Wir berichteten im letzten „Roten Morgen", wie es die oppositionellen Kollegen bei Gillette diesesmal anstellten und schrieben optimistisch: „In diesem Jahr scheint nun endlich der Durchbruch zu gelingen". Und wie er gelungen ist!

Drei Listen standen im Arbeiterbereich bei Gillette zur Wahl: Die offizielle List der IG Metall, auf der sich die Clique von altgedienten Handlangern der Bosse breit gemacht hatte: die „Liste der Vertrauensleute", auf der neun kämpferische IGM-Vertrauensleute mit einem klassenkämpferischen Programm kandidierten; und schließlich eine reine Strohmann-Liste der Geschäftsleitung, deren Rolle nur darin bestand, die Persönlichkeitswahl kaputtzumachen, um den alten Betriebsratsfürsten wieder in den Sattel zu helfen.

Und so sieht nun das Wahlergebnis aus:

IGM-Metall-Liste: 55 Prozent bzw. neun Sitze; Liste der Vertrauensleute: 40 Prozent bzw. sechs Sitze; Strohmann-Liste: ca. 5 Prozent bzw. kein Sitz. Die Wahlbeteiligung lag bei 80 Prozent.

Bei der Liste der Vertrauensleute arbeiten auch RGO-Kollegen mit. Einer von ihnen schickte uns nach der Wahl folgenden Bericht zu:

„Am 7.4.81, einen Tag vor der Wahl bei Gillette, wurde noch eine Betriebsversammlung abgehalten. Sie sollte dazu dienen, unsere Liste 3 bei den Kollegen noch einmal ins schiefe Licht zu rücken, weil man sich nicht sicher war, ob die schmutzigen persönlichen Angriffe auf die Kandidaten der Liste 3 bei den Kollegen auch angekommen waren.

Im Laufe der Versammlung stellte sich aber heraus, daß dieser Schuß nach hinten losging. Durch den guten, kompromißlosen Redebeitrag eines Vertrauensmannes wurde die Liste 1, (die Liste der Geschäftsleitung), entlarvt. Sie wurden gezwungen, zuzugeben, daß sie die Listenwahl erzwungen haben, um die alten Betriebsräte wieder in ihre Sessel zu hieven.

Durch das konsequente und kämpferische Auftreten der Kollegen von Liste 3 sowie eines türkischen Kollegen, der seine Landsleute aufrief, geschlossen Liste 3 zu wählen, wurde diese Betriebsversammlung zu einem vollen Erfolg für uns.

Zwei Tage später nach Auszählung der Stimmen zeigte sich, daß sich die Mühe und der Wahlkampf gegen die Gillette-Bonzen gelohnt haben. 429 Kollegen, das sind 40 Prozent aller abgegebenen Stimmen, gaben der Liste 3 ihr Vertrauen. Somit ziehen sechs Kandidaten der Liste 3 für die Kollegen in den Betriebsrat ein.

Als das Ergebnis in den Abteilungen bekannt wurde, sah man lange Gesichter bei den Bonzen bzw. ihren Handlangern. Großer Jubel dagegen bei den Kollegen, die in großen Gruppen kamen, um den Kollegen der Liste 3 persönlich zu gratulieren."

Ford/Köln

Ein Sitz für „Arbeitereinheit"

KÖLN. — Die Liste „Arbeitereinheit für sichere und bessere Arbeitsplätze" bei den Kölner Ford-Werken, die mit einem klassenkämpferischen Programm antrat, konnte mit 533 Stimmen einen Betriebsratssitz erringen.

Bei Ford in Köln hatten zwei reaktionäre Listen, die vom Vertrauensleutekörper beschlossene Persönlichkeitswahl boykottiert. Dadurch entstand eine chaotische Situation: Sieben Listen standen schließlich zur Wahl. Die einzige Liste mit einem konsequenten Programm für die Arbeiterinteressen war die Liste „Arbeitereinheit". Sie stellte fünf Kandidaten auf, von denen der Listenführer in den Betriebsrat einzieht.

Die Liste der IG Metall erhielt 7388 Stimmen und gewann die meisten Sitze. Eine weitere Liste, die als „linke Alternative" auftrat, jedoch ohne klares Konzept, erhielt 2469 Stimmen. Auf ihr kandidiert unter anderem ein ehemaliger Betriebsratsvorsitzender von Ford.



Läßt man die RAF-Gefangenen sterben?

Isolationshaft ist Folter!

Die humanitären Forderungen der Gefangenen müssen erfüllt werden!

Die hungerstreikenden Mitglieder der RAF und der Bewegung 2. Juni im Westberliner Gefängnis Moabit, stehen kurz vor dem Tode. Wir können nicht voraussehen, ob bei Erscheinen dieser Zeitung nicht Gabriele Rollnik, Andreas Vogel, Monika Berberich, Gudrun Stürmer, Angelika Goder oder Regina Nicolai schon tot sind, weil ihnen der Berliner Senat die Einführung menschlicher Haftbedingungen verweigert. Bisher ist die einzige Antwort auf die Forderungen, von kleineren Zugeständnissen abgesehen, die Androhung der Zwangsernährung. Im Bundesgebiet werden Hungerstreikende bereits zwangsernährt.

Die wesentlichen Forderungen der Gefangenen sind:

- **Weg mit den Hochsicherheitstrakten**
- **Schluß mit der Isolationshaft**

„Hochsicherheitstrakte" — das ist ein „Knast im Knast" ein „Mausoleum", wie selbst bürgerliche Zeitungen schreiben. In diesen Trakten werden die Gefangenen vollständig von der Außenwelt abgeschottet. Das Leben dort spielt sich ab zwischen Beton und Panzerglas, mit Fenstern, durch die man nicht hindurchsehen kann, die mit ihren Luftschlitzen nicht einmal die nötige Luft zum freien Durchatmen geben. Den ganzen Tag brennt grelles Neonlicht — nicht zuletzt, um jederzeit scharfe Film- und Fotoaufnahmen zu gewährleisten, denn überall sind Kameras installiert. Und Gegensprechanlagen im Gemeinschaftsraum Mikrophone, über die bei Bedarf alle Gespräche der Häftlinge aufgenommen werden können. Von außen dringt nicht das geringste Geräusch in den Spezialtrakt.

Im Bundesgebiet, etwa in Celle, ist die Isolation noch weiter perfektioniert, dort gibt es auch die berüchtigte „camera silens", in denen ein Gefangener von allen akustischen Wahrnehmungen abgeschlossen ist. Das kann zum Wahnsinn führen.

Obwohl es in Berlin etwas anders ist, stellt die Vereinigung Berliner Strafverteidiger in einem Brief an Justizsenator Meyer fest: „...unbestreitbar sind (...) sowohl die Sinneswahrnehmungen als auch die Informationseindrücke und sozialen Kontakte im Hochsicherheitsbereich erheblich reduziert. Der Aufenthalt in zwar nicht schalltoten, aber doch gut schallisolierten Räumen und Abteilungen und die Reduzierung der Information und Kontakte auf Gefangenengruppen von zwei, vier oder sieben Gefangenen kann nach allen bisherigen Erfahrungen auch dann, wenn die Möglichkeit besteht, fernzusehen, Radio zu hören und zu lesen, bei längerem Aufenthalt dieselben Auswirkungen haben, die bei perfekter sensorischer und perzeptueller Deprivation (Entzug von Sinnesreizen — Red.) bereits nach Tagen auftreten können. Der Hochsicherheitstrakt ignoriert diese Erkenntnisse. Er ignoriert damit zugleich das grundrechtlich verbürgte Recht jedes Gefangenen auf körperliche Unversehrtheit."

Das alles beweist, daß die Forderungen nach Abschaffung der Hochsicherheitstrakte, nach Zusammenlegung der Gefangenen in Großgruppen berechtigt sind. Man braucht kein „Bluts- und Gesinnungsverwandter der Häftlinge" zu sein, wie der „Spiegel" hetzerisch schreibt, um die Isolationshaft als „Mord auf Raten" zu bezeichnen. Jeder demokratisch und humanistisch denkende Mensch, der über die wahren Bedingungen der Haft Bescheid weiß, wird diese Forderungen unterstützen.

Daß es sich hier um Folter handelt, hat selbst „amnesty international", eine in bezug auf die Bundesrepublik eher zurückhaltende Organisation, bestätigt. Hier wird ein System der Vernichtungshaft geprobt und angewandt, das durchaus nicht auf alle Zeiten allein für Angehörige der RAF und ähnlicher Organisationen bereitstehen wird. Es darf aber für niemanden bestehen bleiben!

Es ist ein grenzenloser Zynismus, wenn angesichts dieser Tatsachen den Gefangenen „Selbstzerstörung" vorgeworfen wird. Und man muß den Satz des Justizministers Schmude vom 9. April — noch gibt es keine Toten — schon zweimal lesen, in dem er sagt „Nicht Opfer **kommen zu Tode**, sondern sehr tatkräftig Handelnde" (zit. nach „Süddeutsche Zeitung" vom 10.4., Seite 9). Er hat die Hungerstreikenden offensichtlich schon abgeschrieben.

Neue Taktik soll Widerstand schwächen

„Entbeamtung" ist keine Lösung

Berufsverbote müssen vollständig fallen

BONN. — Mit Wirkung vom 1. April wechseln sechs DKP-Mitglieder, die als Beamte im Dienst der Bundesbahn vom Berufsverbot bedroht waren, ins Angestelltenverhältnis über. Damit werden die gegen sie laufenden Verfahren eingestellt, sie sind nicht mehr unmittelbar von Arbeitslosigkeit bedroht. Dennoch ist dieses Angebot, das Verkehrsminister Hauff nach Abstimmung mit Innenminister Baum und Justizminister Schmude den Betroffenen machte, ein zweischneidiges Zugeständnis, das die Berufsverbotspraxis nicht beendet, sondern in gewisser Weise sogar zementieren soll.

Der hier getroffenen Maßnahme wird ein „Versuchscharakter" beigemessen. Man will prüfen, ob sie auch in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes — etwa bei der Bundespost — zur Anwendung kommen kann. Wobei die besonders offen reaktionäre Einstellung von Postminister Gscheidle bekannt ist. Hauff jedenfalls fand lobende Worte für sein eigenes Verhalten: "Das ist ein erster und wichtiger Schritt in die richtige Richtung."

Die richtige Richtung?

Mitnichten. Wenn hier die Richtung angegeben werden soll, in der zukünftig mit demokratischen und kommunistischen Menschen verfahren werden soll, wird die Berufsverbotspraxis und die Diskriminierung der von ihr Betroffenen festgeschrieben. Die Willkür des Staates wird neue Blüten treiben.

Schon dadurch, daß diese Maßnahme — jedenfalls bisher nur auf Angebot durch den „Dienstherrn" zum Tragen kommt, wird diese Willkürlichkeit deutlich, aus der sich auch ein zusätzliches Mittel zur Erpressung im Einzelfall ergibt.

Auch Angestellte sind bedroht

Man soll auch nicht denken, daß man als Angestellter im öffentlichen Dienst alle Freiheiten hätte.

Das Bundesverfassungsgericht entschied am 22.5.1975: „Auch sie dürfen nicht den Staat, in dessen Dienst sie stehen, und seine Verfassungsordnung angreifen. Auch sie können wegen grober Verletzung dieser Dienstpflichten fristlos entlassen werden."

Zwar befand das Bundesarbeitsgericht in verschiedenen Urteilen, daß die „besondere Pflichtenbindung" bei Arbeitern und Angestellten nicht so stark sei wie bei Beamten. Bei Lehrern allerdings ist das schon wieder anders, und Lehrer sind ja besonders häufig von Berufsverboten betroffen. Aus Anlaß der Einstellung von Lehrern im befristeten Angestelltenverhältnis befand das BArbG unter anderem am 6.2.1980, in diesen Fällen könne wegen der „besonderen Aufgabe" die Verfassungstreuepflicht nicht geringer sein als bei Beamten. In diesen Fällen würde es also nicht einmal zu einem Angebot im Hauff'schen Sinne kommen.

Zweierlei Recht

Aber auch unabhängig davon stimmt die Richtung nicht. Denn hier wird zweierlei Recht geschaffen. Die „Entbeamteten" werden diskriminiert. Die Berufsverbote bleiben. Wenn der Staat nicht will, erfolgt im Einzelfall nicht einmal das genannte Angebot, oder der Betreffende fliegt. So ist mit einiger Sicherheit zu erwarten, daß für Menschen, die links von der DKP stehen, ein solches Angebot nicht gemacht wird. Eine erneute Spaltung also.

Und dieses neue Konzept soll auch alle, wenn auch zarten, Liberalisierungsversuche stoppen, zu denen sich einige Politiker gezwungen sahen und die zum Teil schon positive Konsequenzen hatten, wie etwa bei der Einstellung der acht Lehrerinnen und Lehrer in Hamburg. Dieser Erfolg, alle Zugeständnisse in dieser Hinsicht sind ein Erfolg jahrelangen Kampfes, breitester Solidarität. **Diese Entwicklung soll mit der neuen Maßnahme in Wahrheit rückgängig gemacht werden.**



Der Diskriminierung durch ihre „Entbeamtung" sind sich die DKP-Eisenbahner auch bewußt, wenn sie auch ihre unmittelbar drohende Entlassung damit abwenden und die materielle Lage ihrer Familien erst einmal sichern konnten, wie sie in einer gemeinsamen Erklärung schreiben.

Kompromißloser Kampf gegen Berufsverbote

„Wir werden deshalb unverändert — auch in unseren ‚Fällen' — die Forderung nach einer Beschäftigung im Beamtenverhältnis — frei von jeder politischen Diskriminierung und Verfolgung — stellen. Wir bitten die Bewegung gegen Berufsverbote um weitere Unterstützung in dieser Sache."

Und so bleibt die Forderung nach der vollständigen Abschaffung der Berufsverbote bestehen. Sie muß den Politikern angesichts ihrer neuen Manöver, angesichts des Versuchs, durch ein Zugeständnis mit Bumerang-Wirkung der Solidaritätsbewegung den Schwung nehmen, mit allem Nachdruck entgegengehalten werden.

Zwangsverpflichtung zur Zwangsernährung?

In Westberlin haben sich die Ärzte geweigert, an den hungerstreikenden Gefangenen eine Zwangsernährung vorzunehmen. Auch Bestechungsversuche mit Traumhonoraren fruchteten nichts. Da die Behörden nicht bereit sind, die minimalen Forderungen der Gefangenen zu erfüllen, heißt ihr neuer Weg: Dienstverpflichtung der Ärzte unter Strafandrohung bei fortgesetzter Weigerung zur Durchführung der Zwangsernährung.

In einer Erklärung von 24 Ärzten der Spandauer Nervenklinik heißt es unter anderem:

„Mit Befremden haben wir zur Kenntnis genommen, daß bei einer eventuellen Zusage unsererseits die Festsetzung der Honorarhöhe uns überlassen geblieben wäre... Wir sind als Psychiater zwar mit Zwangsernährung vertraut, dieses sind aber im vorliegenden Fall nach unserer Meinung nicht anwendbar. Bei den Inhaftierten handelt es sich nicht um psychisch Kranke, sondern um Häftlinge, die aus ihrer freien Willensentscheidung heraus zu dem Mittel des Hungerstreiks gegriffen haben, um Verbesserungen ihrer Haftbedingungen durchzusetzen.

Wir sehen darin ein politisches Problem, das sich nicht psychiatrisieren läßt und mit medizinischen Mitteln nicht zu lösen ist.

Eine Lösung sehen wir darin, auf die Forderungen der Häftlinge nach humaneren Haftbedingungen einzugehen, da nach unserer Überzeugung und fachlichen Kenntnis eine Isolationshaft zerstörerisch ist."

In der Ergebnisniederschrift einer Sitzung beim Senator für Gesundheit und Umweltschutz vom 2. April, der den Bezirksämtern, dem Präsidenten der Freien Universität, dem Senator für Justiz und dem Wissenschaftssenator zugestellt wurde, wurde daraufhin festgehalten:

„... sofern kommunale Krankenhäuser eine freiwillige Bereitschaft nicht erklären, können sie angewiesen werden, das erforderliche Personal abzuordnen." Der hinzugezogene Arzt muß sich bei Ausübung seines Dienstes „an seinem Berufsrecht und an Strafrecht orientieren."

Dem Schreiben angeschlossen ist ein detaillierter „Schichtplan für die Rufbereitschaft zur Versorgung hungerstreikender Häftlinge im Krankenhaus der Berliner Vollzugsanstalten", vorgesehen für alle Tage bis einschließlich 1.5.81.

Statt den Gefangenen menschliche Haftbedingungen einzuräumen, wollen die Politiker ihr bisheriges Vorgehen durch neues Unrecht ergänzen.

Selbst die Eltern werden kriminalisiert

Wer heutzutage auf den Straßen der Bundesrepublik humanitäre Haftbedingungen für die Gefangenen der RAF und der Bewegung 2. Juni fordert, läuft Gefahr, als "Unterstützer einer terroristischen Vereinigung" verhaftet und bestraft zu werden. Solche Verhaftungen gab es bereits in mehreren westdeutschen Städten. Diese Einschüchterungsmaßnahmen machen auch vor den Angehörigen der vom Tode bedrohten Hungerstreikenden nicht Halt.

Vor allem die Mütter der Gefangenen haben mehrere aufsehenerregende Aktionen durchgeführt, wie etwa die Besetzung von Räumen der „Spiegel"-Redaktion. In Bonn demonstrierten Angehörige der Gefangenen auf dem Marktplatz für bessere Haftbedingungen für ihre Kinder und Geschwister. Das war den Herren in Bonn zuviel: Generalbundesanwalt Rebmann (für den bekanntlich auch demonstrierende Jugendliche manchmal eine „terroristische Vereinigung" darstellen) bezeichnete die Aktion als „Werben für eine terroristische Vereinigung" und leitete ein Ermittlungsverfahren ein!

Dieses Verfahren muß niedergeschlagen werden!



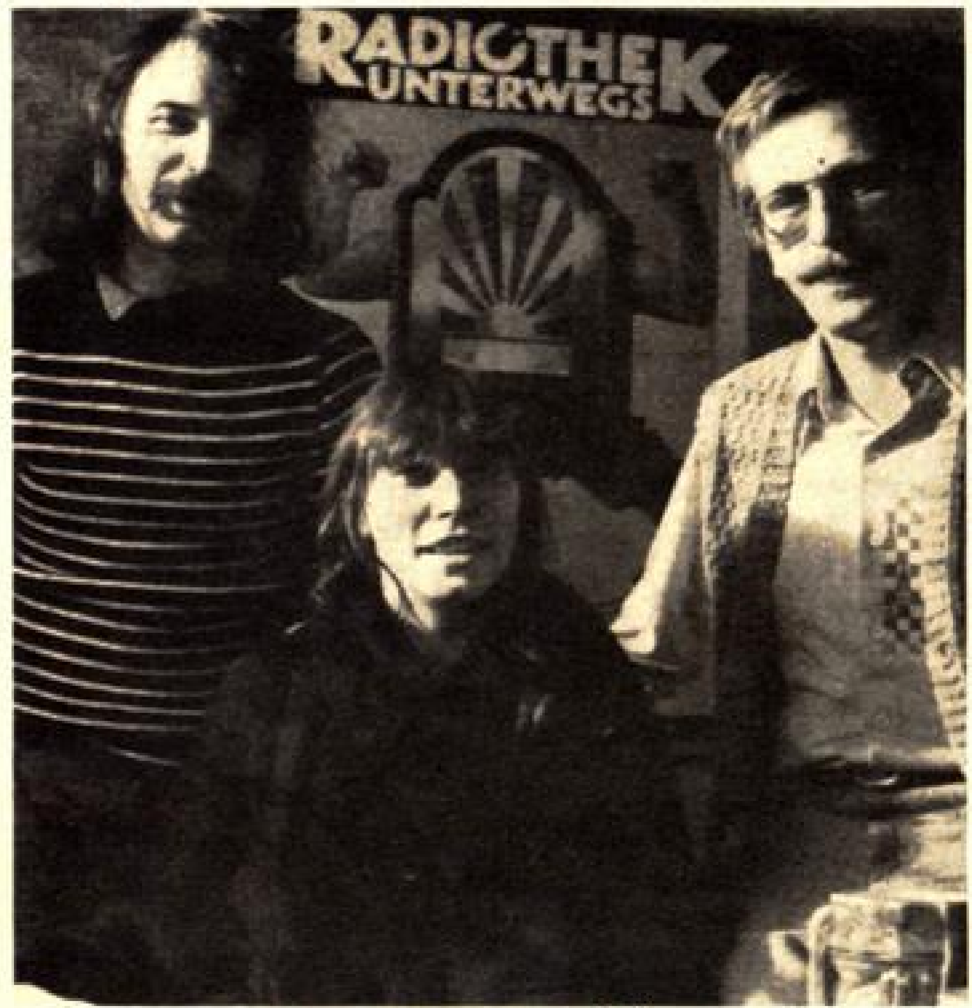
Ein Bild von der Bonner Demonstration der Mütter und Geschwister von RAF-Häftlingen.

Jugendliche schließen sich zusammen

Uli Lux wieder einstellen — Radiothek wieder einführen!

Wie im letzten „Roten Morgen" bereits kurz berichtet, fand am 3.4. in Köln-Mülheim eine Veranstaltung statt, auf der 2000 Menschen gegen die Einstellung der kritischen Jugendsendung Radiothek protestierten und die Wiedereinstellung des entlassenen Radiothek-Redakteurs Uli Lux forderten. Dieser erreichte inzwischen eine Gerichtsentscheidung zu seinen Gunsten, die den WDR zu seiner Wiedereinstellung verpflichtet. Es ist allerdings anzunehmen, daß die Rundfunkanstalt in Berufung gehen wird, dennoch ist dies ein Erfolg, der zur weiteren Solidarität nur anspornen kann.

Mittlerweile erhielten wir einen Bildbericht von der Veranstaltung, den wir hier auszugsweise wiedergeben.



Ulli Lux (links) mit Kollegen

Ein Sprecher des Jugendzentrums Südring in Moers wies in seinem Redebeitrag auf der Kölner Veranstaltung darauf hin, daß sich im Rundfunk- und Fernsehbereich eine große Koalition von CDU bis zur SPD gebildet hat, die lieber einen „Todfunk" als einen „Rotfunk" haben will. „Sie sind sich einig gegen die Interessen der Jugend!". Er fuhr fort:

„Warum lag den Herren die Radiothek eigentlich im Magen?

CDU-Mann Biedenkopf sagt es deutlich. Er griff die Sendung an, weil dort ‚Arbeitnehmer als ausgebeutete, Betriebsräte als nützliche Idioten, Unternehmer als Ausbeuter und Lehrer als staatliche Aufpasser' dargestellt würden. Daher weht also der Wind!

Jede Kritik an diesem Staat, der uns Lehrstellenmangel, Arbeitslosigkeit und dergleichen mehr eingebrockt hat, soll ausgeschaltet werden. Keine Live-Sendungen mehr, in denen wir mal unkontrolliert ins Mikro sagen können, was uns stinkt und wie wenig toll wir hier den ganzen Laden finden (...). Aber mit einem haben die Herren im Verwaltungsrat nicht gerechnet: nämlich, daß wir um die Weitersendung der Radiothek kämpfen und keinen Zentimeter nachgeben werden! (...)".

„Dialog mit der Jugend"? „Was von dem vielgepriesenen Dialog mit der Jugend zu halten ist, das hat man ja gesehen. Da wurden zum Beispiel in Nürnberg 141 Jugendliche mittels Haftbefehl zum Dialog mit F.J. Strauß gezwungen. In Witten wurden 200 Jugendliche, als sie ins Rathaus gehen und mit den Politikern reden wollten, von der Polizei rausgeknüppelt. In Herne rief der SPD-Unterbezirksparteitag die Polizei zu Hilfe, als Jugendliche mit den Delegierten über die Rotstiftpolitik der Stadtverwaltung diskutieren wollten. Und bei uns in Moers verbarrikadierte sich der Stadtrat im Rathaus, als seine Mitglieder beschlossen, den Sozialarbeiter Klaus Kühl nicht einzustellen. Gleichzeitig wurden vier Hundertschaften Polizei zu dem am selben Abend stattfindenden Radiothek-Veranstaltung abgeordnet!

Da sieht man doch, daß, wenn die Jugend den Dialog sucht, der Staat und die Politiker gar nicht darauf eingehen, sondern im Gegenteil mit ihrer Polizeimacht voll zuschlagen! Aber da kommt es jetzt eben darauf an, daß wir der organisierten Staatsmacht etwas entgegensetzen können.

Darum rufen wir vom Jugendzentrum Südring alle Jugendzentren und Jugendorganisationen, alle Jugendlichen und alle, die sich mit der Jugend verbunden fühlen, dazu auf, sich zusammenzuschließen (...). Denn wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!".

Fortgesetzte Rechtsbrüche in Nürnberg

Gefangene Hausbesetzer im Hungerstreik

NÜRNBERG. — Justiz, Polizei und reaktionären Politikern in Nürnberg ist jedes Mittel recht, um die im Jugendzentrum KOMM verhafteten jungen Menschen fertigzumachen und die Bewegung gegen Wohnraumvernichtung und Spekulationsverbrechen zu zerschlagen. Dafür liefern sie täglich neue Beweise.

Die Unrechtmäßigkeit der Massenverhaftung liegt klar auf der Hand. Die Justiz will aber unbedingt belastendes Material zu Tage fördern, um die Ermittlungen weiterlaufen lassen zu können und eine Aburteilung zu erzwingen. Dazu setzt sie die vorübergehend Festgenommenen massiv unter Druck und versucht sie gegeneinander auszuspielen. Sie bedient sich dabei eines juristischen Tricks: weil Beschuldigte in einem Strafverfahren nicht zugleich Zeugen in der eigenen Sache sein können, machte man aus der ursprünglichen Ermittlungsbegründung, die jeden einzelnen der Festgenommenen des gemeinschaftlichen schweren Landfriedensbruchs bezichtigte, eine „Strafsache gegen Unbekannt u.a.".

Juristische Tricks

Viele der Betroffenen wurden inzwischen als Zeugen vernommen. Ein Zeugnisverweigerungsrecht steht ihnen nicht mehr zu; wer nicht aussagen will, um einen anderen nicht zu belasten, hat mit Zwangsmaßnahmen zu rechnen. Natürlich besteht auch immer die Gefahr, daß man sich selbst belastet. Dazu sagte uns ein Mitglied des Nürnberger Ermittlungsausschusses, der die staatlichen Maßnahmen unter die Lupe nimmt und die verfolgten jungen Leute unterstützt: „Wenn es gelingt, zu begründen, daß du dich selbst belasten würdest, kommst du um die Aussage herum. Das ist aber zum Beispiel schwierig, wenn du schon zugegeben hast, an der Demonstration teilgenommen zu haben. Es ist schwer, dann zu begründen, warum du nicht aussagen willst, ob du der und der dabei war. Das ist ein richtiger Teufelskreis."

Der Münchener Rechtsanwalt Jürgen Arnold nannte das Vorgehen der Justizbehörden einen „mindestens ebenso grossen Skandal wie die Massenverhaftungen."

Ein Großteil der Richter in Nürnberg ist allerdings nicht bereit, diese Zeugenvernehmungen durchzuführen. Es sind nur wenige, die sich dazu hergeben.

Mehrere Anwälte haben beim Bundesverfassungsgericht Verfassungsbeschwerde eingelegt und auch bei der zuständigen Kammer in Nürnberg protestiert. Daraufhin fanden bisher keine neuen Vernehmungen mehr statt. 40 Leute, die noch vorgeladen waren, wurden nicht mehr befragt. Die bisher wegen Aussageverweigerung in Beugehaft genommenen Personen sind inzwischen wieder frei, übrigens ohne eine Aussage gemacht zu haben.

Aber ein Mädchen sitzt zur Zeit noch in Haft! Ihr wird Falschaussage vorgeworfen: die Kripo präsentiert Aussagen, wonach angeblich zwei von ihr entlastete Menschen bei der Demonstration gesehen wurden. Diese Aussagen liegen nur schriftlich vor. Hier waren offensichtlich V-Leute der Polizei am Werke, die sich an der Demonstration beteiligt haben! Ein erneuter Beweis dafür, daß die Polizeiaktion von langer Hand vorbereitet war, daß es sich um eine gezielte Provokation handelte.

Das gefangene Mädchen wird jetzt zusätzlich wegen Meineid und Vereitelung der Straftatsverfolgung verfolgt.

Neue Verhaftungen, neuer Terror

Inzwischen gab es erneute Verhaftungen, gibt es neue Gefangene in Nürnberg. Im Anschluß an die Räumung eines besetzten Hauses wurden mehrere Personen festgenommen: die 28 Besetzer und etwa 15 Demonstranten vor dem besetzten Haus. **15 der Besetzer sind noch in Haft. Gegen sie läuft ein Verfahren wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung"!**

Dieser ungeheuerliche Vorwurf wird mit dem Fund von Bundeswehr-Nebeltöpfen in dem Haus begründet. Damit hätten man wohl den Polizisten das Eindringen in die Räume erschweren können. Sie sind allerdings gar nicht eingesetzt worden.

Darüberhinaus wird den Besetzern auch noch ein „Tötungsversuch" zur Last gelegt. Warum? — Weil sie Abfälle aus dem Fenster gekippt haben, als die Polizei anrückte!

Gegen die Demonstranten vor dem Haus, die alle wieder frei sind, läuft ein Verfahren wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung".

Ein Mitglied des Ermittlungsausschusses bemerkte ganz richtig: „Die versuchen, eine neue Qualität in der juristischen Verfolgung der Hausbesetzer- und Sympathisantenszene einzuführen." Sind Hausbesetzer nämlich eine „kriminelle Vereinigung", so kann jeder, der sich auch nur gegen irgendeine brutale Polizeiaktion ausspricht, wegen "Unterstützung" verfolgt werden.

Von den 15 Gefangenen sind elf in einen Hungerstreik getreten, der bei Redaktionsschluß andauerte. Sie fordern die Aufhebung der Isolierung, die ihnen in der Haft aufgezwungen wird. Ihre Verhaftung und Untersuchungshaft ist überhaupt eine klare Rechtsbeugung. Auch hier hieß es: „Fehlende soziale Bindung", was Fluchtgefahr bedeute. Das trifft in keinem einzigen Fall zu. Eine Betroffene erhielt den Haftbefehl, als ihre Mutter daneben stand... Mit ihrem Hungerstreik wollen die Gefangenen auch einen möglichst raschen Haftprüfungstermin durchsetzen. Ein Richter sah sich veranlaßt, schon jetzt Zwangsernährung für den Fall anzudrohen, daß die Sache sich länger hinzieht!

Über die Terrormethoden der Polizei erfuhren wir aus Nürnberg unter anderem folgendes: An zwei Gymnasien laufen seit Wochen Zivilpolizisten hinter einigen der 141 vorübergehend Festgenommenen her und stellen ihnen pausenlos nach. Sie tauchen an der Schule und in der Wohnung auf. In die Wohnung kommen sie auch in Uniformierte. Sie versuchen, die Jugendlichen „weichzukochen". Leider spielen die Schuldirektoren dabei meist mit.

Große Solidarität

„Am 10.4. war eine große Solidaritätsveranstaltung in der Meistersinger-Halle. 4000 bis 5000 Leute waren da. Es gibt wirklich eine große Solidarität in Nürnberg.

Die verschiedenen Fälle gehen hier nahtlos ineinander über, die 141, die 15 jetzt usw. Die Rechtsanwälte wissen kaum noch, wo sie zuerst arbeiten sollen. Das kostet auch alles ein unheimliches Geld, und die meisten haben keins! Das ist auch so ein Ziel, das mit den Verfolgungen erreicht werden soll." (Ein Veranstaltungsteilnehmer.)

Informationssperre

In den Zeitungen gibt es kaum noch Berichte über die im KOMM Verhafteten. Anfangs sah das anders aus, die große Empörung in der Bevölkerung spiegelte sich auch in der Presse wider. Das scheint gewissen Leuten zu weit gegangen zu sein.

Die 141 sind jetzt frei. Zwar haben sie alle Anklagen am Hals, aber die Verfahren sind ja nicht mehr so öffentlich. Die 15 Gefangenen versucht man zu kriminalisieren und als „Terroristen" von der Bevölkerung abzuspalten. Genossen aus Nürnberg haben mit Redakteuren gesprochen. Sie erfuhren, daß jeder, der jetzt noch darüber schreiben will, Druck von oben bekommt. Offiziell hieß es: Wenn wieder Leute in Beugehaft genommen werden, dürft ihr wieder schreiben. Da das aber wenigstens solange nicht passieren wird, wie sich die Justiz selbst nicht über das weitere Verfahren einig ist, kommt diese Begründung einem Informationsstopp gleich.

Das Bayrische Fernsehen hatte für das 3. Programm eine einstündige Sendung gemacht, die am 10.4. gesendet werden sollte — sie wurde nicht gesendet. Der Ermittlungsausschuß erhielt auf Anfrage nicht einmal das Manuskript, was sonst durchaus üblich ist.

Nach dem Polizeiterror nun auch die Gleichschaltung der Presse. Aber der Widerstand wächst. Strauß und Co. werden die gewünschte Friedhofsruhe nicht herstellen können!

Rote Hilfe legt Finanzbericht für 1980 vor

Über 60000 DM an Unterstützung ausbezahlt

Dem Mitteilungsblatt der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) Nr. 4/81 entnehmen wir die folgenden Auszüge, die die großartigen Anstrengungen dieser Organisation zur Unterstützung politisch Verfolgter deutlich machen.

„Vor kurzem prüfte die Zentrale Revisionskommission die Abrechnung des Zentralvorstandes für 1980. Sie fand Abrechnung, Bücher und Kasse in Ordnung.

Die Summe der Beiträge, die die Ortsgruppen überwiesen, betrug 34000 DM, die der Spenden 21300 DM. Das ist gegenüber 1979 (45000 DM Beiträge, 32500 DM Spenden) wiederum ein empfindlicher Rückgang.

Aber auch die Zahl der Unterstützungsanträge, die an den Zentralvorstand gerichtet wurden, war niedriger als im Vorjahr, sodaß wir allen Antragsstellern weitgehend helfen konnten, auch dank der restlichen Rücklagen, die wir noch hatten. 62600 DM zahlte der Zentralvorstand an Unterstützung aus.

Die Verwaltungskosten erreichten mit 7800 DM einen wohl kaum noch weiter zu drückenden Tiefstand, sind doch hierin auch die Kosten für unsere Zeitung enthalten.

Nun zur Verwendung der Gelder im Einzelnen:

Unterstützungsgrund	Höhe
Verurteilte Demonstranten	23413,55 DM
Routhier-Prozesse	14971,60 DM
Sonstige Presseprozesse	5919,22 DM
Strauß-Prozesse	4977,58 DM
Antifaschisten	1682,70 DM
Polit. Gefangene (Vogelmann, Pittam)	3724,50 DM
Pol. Entlassungen, Berufsverbote	2690,00 DM
Andreas Müller-Wille (bis 31.12.)	3545,02 DM
Sonstige	1711,10 DM

Darüber hinaus leisteten auch die Ortsgruppen Unterstützung. Soweit bisher Abrechnungen vorliegen (leider noch nicht alle!) beträgt die Summe der von den Ortsgruppen ausgezahlten Hilfe 8470,00 DM.

Die Verwaltungsausgaben der RHD setzen sich wie folgt zusammen:

Druckkosten (incl. RHZ)	2088,57 DM
Büromaterial	381,26 DM
Fahrtkosen	1327,00 DM
Porti	2197,40 DM
Jahresetats der OGs	915,30 DM
Sonstiges	892,79 DM

Das waren die „nackten Zahlen". Wie soll man sie nun beurteilen? Ganz klar ist es schlecht, daß unsere Einnahmen im letzten Jahr wieder so deutlich gesunken sind. Wir haben heute keinerlei Rücklagen mehr — bis auf eine „eiserne Reserve" für Notfälle. Jeder von uns weiß aber, daß in diesem und den nächsten Jahren sehr große Aufgaben auf uns zukommen, auch große finanzielle Aufgaben. Denken wir nur an die vielen Prozesse gegen Strauß-Gegner, gegen Hausbesetzer, Kernkraftgegner, Antifaschisten. Es ist unbedingt notwendig, daß 1981 der „Trend" in unseren Kassen umgedreht wird und unsere Einnahmen wieder steigen, damit wir im nötigen Umfang helfen können, wie wir es bisher konnten.

Daß das möglich ist, haben schon im letzten Jahr eine Reihe von Ortsgruppen bewiesen, die ihre Einnahmen steigern konnten.

Wie die RHD an die praktische Hilfeleistung herangeht, mag eins von vielen Beispielen verdeutlichen. Wir zitieren aus einem Bericht über die Polizeiaktionen in Nürnberg aus derselben Ausgabe der „Roten Hilfe":

„Ein Mitglied des Zentralvorstandes der RHD ist nach Nürnberg gefahren, um mit dem Ermittlungsausschuß über eine Unterstützung durch die RHD zu beraten. Am dringendsten wird Geld für die Rechtsanwälte benötigt, die die Jugendlichen verteidigen und die Klage gegen die fünf Ermittlungsrichter wegen Freiheitsberaubung u.a. vertreten werden. Der Zentralvorstand ruft daher alle Mitglieder und Freunde der RHD zu Spenden auf, PSK der RHD, 19 11 00 - 462, Dortmund, Stichwort Nürnberg. Die Gelder werden vollständig ohne Abzug an die Betroffenen in Nürnberg weitergeleitet. Eventuell nicht benötigtes Geld kommt Strauß-Verfolgten zugute."

Die Arbeit der RHD verdient die Unterstützung jedes Demokraten. Den Lesern des „Roten Morgens", die noch nicht Mitglieder der Roten Hilfe sind, empfehlen wir, sich der RHD anzuschließen und mit einem Monatsbeitrag von mindestens 2 (zwei!) Mark zur Sicherstellung der Hilfeleistung für politisch Verfolgte auch in Zukunft beizutragen!

O Ich will Informationsmaterial
O Ich will Mitglied werden

Name: ....
Straße: ....
PLZ/Ort: ....

Ausschneiden und an die nebenstehende Adresse schicken.

RÖTE HILFE
Herausgegeben vom Zentralen Vorstand der Roten Hilfe Deutschlands e.V. Verantwortliche Redakteurin: E. Hemmer. Eigendruck im Selbstverlag. Für Mitglieder kostenlos, sonst gegen Erstattung der Portokosten.

ROTE HILFE
DEUTSCHLANDS e.V.
Zentralvorstand: Rote Hilfe Deutschlands e.V., Postfach 215, 4600 Dortmund 1. Telefon: 0234 / 864427 (J. Janz). Konto: 191100-462 PSchA Dortmund.

Jugendfunk /Radio Bremen:

Hände weg vom Popkarton!

Volkskorrespondenz aus Bremen

Nach der Radiothek soll jetzt der Popkarton, wohl die beliebteste und kritischste Jugendsendung bei Radio Bremen, entschärft werden. Die Stärke des Popkarton liegt darin, daß wir Jugendlichen selber zu Wort kommen und ausführlich über unsere Probleme berichten können, seien es Schul- oder Lehrlingsprobleme, seien es Instandbesetzungen oder unser Kampf gegen AKWs. Auch die Musik ist aktuell und steht oft im Zusammenhang mit den Wortbeiträgen.

Grund genug für die Reaktion, um gegen den Popkarton zu wettern. Anlaß war der Große Popkarton vom 6. Mai, in dem Jugendliche ausführlich schildern konnten, warum sie gegen die Massenvereidigung gegen Bundeswehr und NATO, warum sie gegen Krieg sind!

Ein weiterer Anlaß war eine Sendung zum Papstbesuch, in der das ganze Brimbamborium satirisch aufgearbeitet wurde. Aber was die „Titanic" darf, darf der Popkarton noch lange nicht. Auch Wolf Biermanns „Heil Hitler, lieber Wandersfreund" unterliegt der Zensur und darf ein zweites Mal nicht mehr gesendet werden.

Die Jugendfunker wurden bis jetzt schon damit traktiert, daß sie sämtliche Wort- und Musikbeiträge dem Chefredakteur Peter Wien vorlegen mußten, daß Manfred Schlichting abgemahnt wurde, was heißt: noch eine brisante Sendung und er kann fliegen.

Inzwischen hat sich die Situation nach der letzten Rundfunkratssitzung Ende Februar/Anfang März verschärft. Der Programmdirektor Schäfer kündigte an, daß das Konzept geändert werde und, daß die Jugendfunkredakteure einen Redaktionsleiter, sprich Oberzensor, vorgesetzt bekommen sollen.

Die Taktik, den Popkarton zu zerschlagen, besteht eigentlich aus einem Etikettenschwindel. Der Name soll beibehalten, die Sendezeit wohl verkürzt und der Große Popkarton soll wohl ganz gestrichen werden. Daß das keine Vermutungen sind, beweist ein Probetonband, das sich Peter Wien von einem Blödel-Freak anfertigen ließ. Aus dem Band geht eindeutig hervor, daß der Popkarton zu einem flauen Musikprogramm werden soll.

Lange konnten sich die Vor- und Nachzensoren des Bandes nicht erfreuen, weil ihnen nämlich das Band geklaut worden und dem „Bremer Blatt" zugespielt worden ist. Als Peter Wien davon erfuhr, muß er wohl ausgeflippt sein. Programmdirektor Schäfer, der die Frechheit besaß, die Redaktion mit Faschisten zu vergleichen, wollte sich bis zur Vollendung der geplanten Maßnahmen nicht äußern. Maßgeblich für ihn sind die Furze des Kapitals, die Radio Bremen 3,5 Millionen Mark weniger an Werbung verdienen ließen. Maßgeblich die Töne des Erzreaktionärs Bernd Neumann (CDU), der die Diskussion um den Popkarton richtig angeheizt hat.

Seit einiger Zeit besteht ein Freundeskreis, der allerlei Aktivitäten entfalten will, um den Popkarton zu retten: Unterschriftensammlung, Aufkleber und Plakate, Ton-Diaserie fürs Kommunalkino, Jugendverbände und Schulen, Diskussionsveranstaltung, Soli-Fete und vielleicht 'ne Demo. Auch Genossen der Roten Garde arbeiten in diesem Kreis mit, damit es den Reaktionären nicht gelingt, den Popkarton zu zerschlagen!

Friedensinitiative auch in Bremen

Volkskorrespondenz

Liebe Genossen!

Vom 27. bis zum 29. März führte die „Abrüstungsinitiative Bremer Evangelischer Kirchengemeinden" in Zusammenarbeit mit dem Landesjugendring im Rahmen von „Friedenstagen" mehrere Podiumsdiskussionen durch.

Da alle interessierten Jugendverbände eingeladen waren, an den Vorbereitungen teilzunehmen, waren wir natürlich auch auf der Platte. So kam es, daß bei der Diskussion, bei der Vertreter der Jugenverbände den Parteivertretern Fragen zur Friedenspolitik stellten, auch die Rote Garde auf dem Podium vertreten war. (Außerdem noch SDAJ, DFG/VK, ein Vertreter der Initiative.)

Aus diesem Anlaß hatte die RG auch ein Flugblatt herausgebracht, das gut verteilt wurde, und selbstverständlich hatten wir auch den „Roten Rebell" verkauft.

Die Diskussionsthemen behandelten die Geschichte der Friedensbewegungen, den Kampf gegen Wiederaufrüstung und atomare Bewaffnung, die Stationierung von Atomwaffen in Europa und die Frage, wie wir einen neuen Krieg verhindern können. Dabei war natürlich die „Fragestunde" mit den Jugendverbänden das Interessanteste. Leider trat hier, wie auch an den anderen Tagen, die „Marxistische Gruppe" auf den Plan und störte die Veranstaltungen mit massiven Parolenaufrufen und Entrollen eines Transparentes, wodurch sie es beinahe schafften, alles zu sprengen. Besonders ältere Leute verließen verwirrt den Saal. Was soll man auch von Schwachsinnsparolen wie: „Hört doch mit dem Frieden auf, kommt doch nur Krieg raus!" halten? Zudem wurden einzelne Teilnehmer aufs übelste angepöbelt und provoziert. (Diese provokanten Typen brauchen wirklich „handfeste" Argumente.)

So konnten die Möglichkeiten einer solchen „Fragestunde" leider kaum genutzt werden.

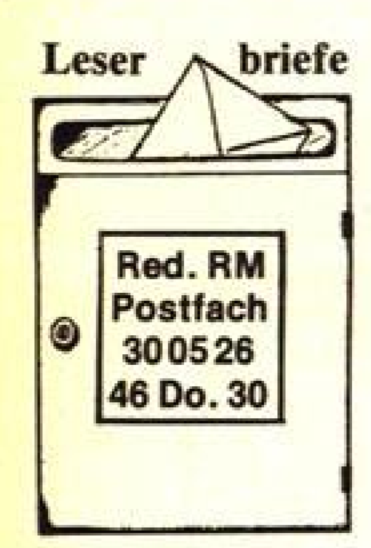
Wir wollen uns aber bemühen, mit den beteiligten Kräften in Verbindung zu bleiben und haben dazu schon konkrete Überlegungen angestellt.

Am Rande sei noch die bemerkenswerte Feststellung des CDU-Vertreters am Vortage (sinngemäß) wiedergegeben: Wir sind ja alle, wie wir hier sind, gegen den Krieg ... bla, bla, bla ... Es geht ja nicht nur um atomare Waffen, normale sind auch schon schlimm ... bla, bla, bla, ... aber Kriege könnten durchaus auch eine positive Wirkung haben, nämlich die der Befreiung (Unruhe im Saal), wie man am 8. Mai 1945 ja gesehen hätte. Damals waren Zigtausende Menschen im Dritten Reich froh, die bei einem Sieg Hitlers die Aussicht gehabt hätten, zu Seife verarbeitet zu werden. (Buh-Rufe, „Aufhören!!") Und heute leben die Menschen im Ostblock ja auch in Unfreiheit unter diktatorischen Regimes ... (Der Saal tobte, dem Redner wird schließlich das Mikro weggenommen.)

— Soweit in aller Schnelle der Bericht.

P.S.: Wir haben vor einigen Tagen die RG-Gruppe Bremerhaven/Nordenham gegründet ... Die Aussichten sind gut!

Betr.: Brokdorf-Berichte



Liebe Genossen!

Leider sind die Artikel im „Roten Morgen" 10/81 die einzigen zur Demonstration in Brokdorf geblieben. Bedauerlich deswegen, weil in diesen Artikeln einige sachliche Fehler sind, aber vor allem deshalb, weil Fragen und Probleme, die im Anschluß an diese Demo innerhalb der AKW-Bewegung diskutiert werden, nicht aufgegriffen, gesehen oder gar beantwortet werden. Meines Erachtens wird eine Frage in den Artikeln sogar falsch beantwortet.

Zur Sache: Ihr schreibt richtig, daß sich in Wilster ein Zug von 20000 Demonstranten bildete, der zum Bauplatz marschierte. Dann heißt es auf Seite 1: „Im Laufe des Tages schwoll dieser Zug ... an. Und schließlich war es eine unübersehbare Menge, die **unmittelbar am ... Bauplatz** demonstrierte."

Schön wär's gewesen. Nach übereinstimmender Einschätzung aller Anti-AKW-Publikationen (ich selber habe es nicht bis dorthin geschafft) waren nie mehr als 6000 Demonstranten gleichzeitig **am Zaun**. Dies lag an der Polizeitaktik sowie an der Spaltertätigkeit der BUU-Führung.

Auf Seite 9 wird von der Sperre bei Dammfleth gesprochen und zwar durch Sandcontainer. Hier war es wieder der BUU-Sprecher Leinen, der die Demonstranten beschwor, sich filzen zu lassen. Anstatt sich energisch für die Durchbrechung einzusetzen, arbeitete er der Polizeitaktik in die Hände.

Zur Einschätzung: Die große Masse der Demo-Teilnehmer erreichte den Bauplatz nicht. Aber nicht dies war es hauptsächlich, was neben dem Gefühl der Zufriedenheit über die massenhafte Durchbrechung des Verbots eine Enttäuschung, ja, das Gefühl einer Sinnlosigkeit aufkommen ließ: Das war das Durcheinander, die Uninformiertheit und die Ratlosigkeit darüber, was zu tun sei, was am Bauplatz lief und noch laufen sollte.

Im nachhinein ist die Frage „Sieg oder Niederlage" gestellt worden. Natürlich ist die Beteiligung der Hunderttausend ein Sieg. Aber diese Frage ist schon falsch. Denn ein Sieg im Sinne der Besetzung des Bauplatzes kann es gegenwärtig nicht geben, der Bau des AKWs ist nur politisch zu verhindern. Aber um diesen politischen Druck zu erreichen, sollten wir besser da demonstrieren, wo wir stark sind — in den Städten. Eine Demo in der Wilstermarsch wird zwangsläufig zu demselben Frust, zur selben Ratlosigkeit führen wie diese. Deshalb ist es falsch, wenn ihr als Perspektive der Bewegung schreibt, daß dies sicher nicht die letzte Demo in Brokdorf gewesen ist. — Was nicht heißt, daß man dort keinerlei Aktionen durchführen soll — aber nicht eine Demo dieser Größenordnung.

Die Artikel hinterlassen den Eindruck einer einheitlichen Bewegung, wo alle guten Willens sind und einem Ziel zustreben. Nun gibt es ja innerhalb der Anti-AKW-Bewegung jede Menge unterschiedlicher Ansichten und Strömungen, was angesichts der Massenhaftigkeit der Bewegung zunächst kein Wunder ist. Aber eben auch berufsmäßige Spalter, in erster Linie die BBU-Führung, namentlich Josef Leinen. Und darüber verliert ihr kein Wort.

Man braucht gar nicht darüber zu reden, wie sich dieser feine Sozialdemokrat bei allen Interviews und Pressekonferenzen in den Vordergrund schob und den Eindruck zu erwecken versuchte, als könne er im Namen der gesamten Anti-AKW-Bewegung Erklärungen abgeben. Daß die gleichgeschaltete bürgerliche Presse diesen Eindruck unterstützte und förderte, ist klar. In Wirklichkeit ist der BBU nur **ein** Teil der Bewegung, der zudem von den meisten örtlichen BIs nicht anerkannt wird, es sei denn als sozialdemokratischer Spalterverband. Im Vorbereitungsausschuß hatte die BBU auch nur einen Sprecher unter vielen. Josef Leinen hielt sich in vielen Fällen nicht an die Absprachen des Vorbereitungskomitees, ja, er sabotierte sie sogar.

- Er kündigte eine Kundgebung am 28.2. in Wilster an, obwohl der Koordinierungsausschuß dies nicht beschloß.
- Er führte am 27.2. eine Pressekonferenz in Hamburg durch, obwohl der Vorbereitungsausschuß zum selben Zeitpunkt eine lange vorher angekündigte Pressekonferenz durchführte — ebenfalls in Hamburg.
- Owohl der Koordinierungsausschuß eine Demoroute zum AKW festgelegt hatte, teilte er den Demonstranten in Wilster nichts darüber mit. Im Gegenteil! Er lenkte den Demozug zur erwähnten Sperre in Dammfleth, obwohl diese Sperre bekannt war, und obwohl bekannt war — den Führern, aber nicht der Masse — daß die geplante Demoroute frei und auch schlecht absperrbar war.

Mit solidarischem Gruß
Harro S., Duisburg

Anmerkung der Redaktion:

Diese Kritik ist in vielen Punkten richtig. „Unmittelbar am Bauzaun" waren „nur" einige Tausend, da vermittelt der RM-Bericht ein etwas falsches Bild.

Für die Bewegung gegen Atomkraftwerke war diese Demonstration schon ein Erfolg, auch wenn die Differenzen zwischen einzelnen Gruppen und Einzelpersonen gegeben sind und auch weiter bestehen. Und die Frustration, von der du schreibst, ist sicher nicht so allgemein, wie wie hier dargestellt wird.

Man sollte sich in der Wahl zukünftiger Demonstrationsorte nicht in der Weise festlegen, wie es hier geschieht, auch nicht auf eine Limitierung der Größe solcher Demonstrationen. Richtig ist sicher, sich nicht auf den Bauplatz festzulegen und die Arbeit in den Städten zu verstärken. Mit der Beurteilung Jo Leinens stimmen wir überein. Das soll uns jedoch nicht daran hindern, den Versuch der Justiz, ihn stellvertretend für die Anti-AKW-Bewegung zu bestrafen, solidarisch abzuwehren.

Betr. RM vom 3.4.81, Artikel:

Frauen kämpfen für den Frieden

Liebe Freunde,

es hat mich ja sehr gefreut, mal was über unsere Kieler Frauengruppe zu lesen, die Freude ist mir aber schnell vergangen, da sich doch eine Reihe von Unwahrheiten in den Artikel eingeschlichen haben. Entweder habt Ihr nun was ins falsche Halsloch bekommen, oder irgendeine Frau sieht was falsch bei uns. Das werde ich aber in der Gruppe klären.

Wir haben keine Mitglieder bei Hagenuk und Siemens. Dies ist sicherlich noch ein typischer Mangel von Frauengruppen, daß sie so wenig Kontakt zu den Fabrikarbeiterinnen haben. Ebenso kann ich persönlich nur bedauern, daß sowenig Frauen in der Gewerkschaft sind und sich dafür interessieren. Typisch auch da unsere Gruppe.

Die IGM hat nicht *stattdessen* eine Veranstaltung gemacht, sondern am nächsten Tag. Ich kann diese Initiative nur begrüßen. Viele Ortsfrauenausschüsse haben dagegen diesen Tag noch verschlafen. Von den Frauengruppen erfolgte dazu zu Recht Kritik, aber zu der Veranstaltung ist dann kaum eine Frau gekommen. Schade, sie hätten dann durch das gute Referat der Kollegin Detlefs einiges über ihre Kolleginnen in den Fabriken erfahren. Hervorragend waren besonders die Gedichtvorträge einer Kollegin vom Schauspielhaus. Der Diavortrag war keine Schande, sondern ein Überblick über die Arbeiterbewegung. Wenn wir Frauen uns nicht als ein Teil dieser Bewegung sehen, werden wir scheitern. Natürlich kann man sehr wohl über verschiedene Thesen des Vortrags anderer Meinung sein. Anlaß, um in der Gewerkschaft die Diskussion zu beginnen.

Klar muß auch sein, daß nicht die IGM die Demo boykottiert hat, sondern der DGB-Beschluß für die mangelnden Aktivitäten unserer Gewerkschaftsfrauen verantwortlich war.

Sollten diese Fehler durch Veränderungen des Berichts in Eurer Redaktion entstanden sein, bitte ich eine Stellungnahme an uns zu schicken.

G. Peleikis,
Mitglied der Frauengruppe Kiel

Anmerkung der Redaktion:
An dem Bericht haben wir nichts geändert. Es war jedoch auf jeden Fall falsch, die **Einschätzung** der IGM-Frauen-Aktionen kommentarlos im „Roten Morgen" zu übernehmen, weil sie politisch nicht richtig ist und ein solches Herangehen die Zusammenarbeit mit den IGM-Frauen erschwert. Wir wünschen den Frauen in Kiel viel Erfolg bei ihrer weiteren Arbeit!

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:
Straße:
Plz/Ort:
Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

„Neue Jugendbewegung"

Krawalle gegen Konsum und Karriere?

Seitdem in Zürich, Freiburg und Westberlin die ersten Scheiben klirrten, seitdem die Welle der militanten Demonstrationen und Hausbesetzungen bis in die ostfriesische oder bayerische Provinz schwappte, ist die Jugend zum bevorzugten Objekt der Medien in der Bundesrepublik geworden. Politiker und Journalisten, Pfaffen und Psychologen treten reihum an, um ihre Spekulationen über dieses merkwürdige Phänomen „Neue Jugendbewegung" auf den Markt zu werfen.



Zehntausende von Jugendlichen haben in den letzten Monaten gegen die Bonner Sparpolitik demonstriert. Hier eine Aktion von Hamburger Studenten.

Verblüffend ist dabei, daß man sich sehr schnell auf eine einheitliche Deutung dieses Phänomens geeinigt hat. Der „Spiegel" faßte sie in seiner jüngsten Titelgeschichte zu den „Jugendkrawallen" so zusammen: „Doch im Grunde ging und geht es dort (Zürich — RM) wie auch andernorts **um die offenbar unüberbrückbare Kluft, die sich zwischen der Welt der Erwachsenen und der Jugend auftut.**"

Diese beiden Welten werden dann so ausgemalt: Hier die „auf Realität, Konsum und materielle Sicherheit fixierten" Erwachsenen. Sie haben es durch harte Aufbauarbeit zu etwas gebracht, wollen sich ihren Fernsehabend nicht vermiesen und ihr Auto nicht kaputtmachen lassen. Dort die „Aussteigergeneration", der ein gutes „feeling" wichtiger ist, als Wohlstand und Karriere, der überhaupt alles — einschließlich der Politik — so ziemlich scheißegal ist. Der Konflikt zwischen den Aufsteigern und den Aussteigern also soll verantwortlich sein für die gesellschaftlichen Prozesse, die sich seit einigen Monaten in der Welle militanter Aktionen von Jugendlichen niederschlagen.

Genüßlich wird dieser Konflikt ausgemalt, wenn jetzt überall Stimmen aus der Erwachsenenwelt zitiert werden, wie etwa jener Leserbrief an eine Nürnberger Zeitung, in dem es heißt: „Ich schlage vor, den Leopard 2 nicht oder nicht nur an Saudi-Arabien, sondern auch an die Nürnberger Polizei auszuliefern." Aber was bleibt denn wirklich bei genauerem Hinsehen von der „unüberbrückbaren Kluft" zwischen den zwei Welten übrig? Ein Taschenspielertrick. Denn hier wird auf der einen Seite der faschistische Bodensatz oder der von besonders reaktionären Denkmustern geprägte Teil der älteren Generation mit **den** Erwachsenen gleichgesetzt. Auf der anderen Seite identifiziert man die ganze Jugend mit bestimmten Erscheinungsformen wie der Aussteiger-Mentalität.

Auf diese Art lassen sich dann sehr einfach unauflösbare Widersprüche zwischen jung und alt konstruieren. Und natürlich steckt dahinter auch Methode. **Es war schon immer für die Ideologen der Herrschenden am einfachsten, gesellschaftliche Widersprüche, die sich in einer verstärkten kämpferischen Aktivität der Jugend äußern, in Generationskonflikte umzulügen.** Dadurch lassen sich nicht nur diese Widersprüche verschleiern. Man kann auf diese Art auch tatsächlich Krawall zwischen jung und alt stiften, das Klima zwischen der Jugend und den Erwachsenen vergiften.

„Haben es schwer, Arbeit zu finden"

Daß die „Neue Jugendbewegung" materielle Ursachen haben könnte, gerade das wird von den meisten Experten am heftigsten bestritten, die jetzt ihre Deutungen dieses Phänomens abgeben. Der Schweizer Schriftsteller Peter Bichsel etwa nannte die Zürcher Jugendrevolte einen „Aufstand im goldenen Käfig". Die reaktionären Politiker haben das gleiche nicht so literarisch ausgedrückt, sondern auf die Stammtisch-Formel gebracht: „Denen geht es einfach zu gut." Aber was meinen die Jugendlichen selbst dazu?

Der „Stern" hat kürzlich eine Umfrage veranstaltet, bei der unter anderem angekreuzt werden sollte, was nach Meinung der Befragten für die Situation der Jugend am meisten zutrifft. Und die größte Zahl der befragten Jugendlichen, nämlich 88 Prozent, hat sich dabei für diesen Satz entschieden: „Haben es schwer, Arbeit zu finden." Der gleiche Fragebogen wurde auch Erwachsenen vorgelegt, und bemerkenswerter Weise waren auch hier die meisten Befragten (77 Prozent) der Meinung, daß die Lage der heutigen Jugend am ehesten durch die Aussage gekennzeichnet werden kann, daß sie nur schwer Arbeit findet. So verständnislos, wie man es der Jugend weismachen will, steht die ältere Generation ihren Problemen also keineswegs gegenüber.


Polizeiaktion gegen Jugendliche: Massenfestnahme in Nürnberg

Schließlich sind es ja auch nicht *die* Erwachsenen, die der Jugend das Recht auf Arbeit streitig machen. Es ist nicht die Erwachsenenwelt, sondern das System des Kapitalismus, das ihr feindlich gegenübersteht. Gerade jetzt wird das deutlich, wo sich die kapitalistische Krise rapide verschärft und die Jugend besonders stark unter den Folgen der Krise zu leiden hat. Die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen zum Beispiel hat sich im März gegenüber dem Vorjahr um über 50 Prozent erhöht.

Folgen der Krise

Aber es ist natürlich nicht nur die Sorge um den Arbeitsplatz, von der die Jugend bedrückt wird. Auch hinter den Hausbesetzungen steckt wahrlich mehr als die pure Lust am Krawall, wie das immer wieder behauptet wird. Sicher spielt dabei der Spaß an der Aktion, das Verlangen nach starken und außergewöhnlichen Erlebnissen eine Rolle. Entscheidend aber ist auch hier der materielle Hintergrund. Wenn man beispielsweise bedenkt, daß in Rheinland-Pfalz nur 7,4 Prozent der Studenten einen Wohnheimplatz haben und die Bafög-Sätze mit den Großstadtmieten vergleicht, dann kann man wohl nur noch mit vor der Realität geschlossenen Augen leugnen, daß die Wohnungsfrage für die Jugendlichen ein überaus ernstes Problem ist (Was für die Studenten gilt, trifft natürlich auch auf Lehrlinge und andere Jugendliche zu, die nicht zuhause leben.)

Gegenwärtig machen sich die Folgen der kapitalistischen Krise besonders stark im Ausbildungsbereich bemerkbar, wo allerorten die Rotstifte der Finanzminister wüten, während der Bonner Rüstungshaushalt um immer neue Milliarden aufgestockt wird. Und es ließen sich noch viele andere Bereiche aufzählen, in denen sich insgesamt die Lebenslage der Jugend rapide verschlechtert. Aber davon ist in den Medien nicht die Rede, wenn über die „Neue Jugendbewegung" schwadroniert wird. **Und es ist auch nicht oder nur ganz am Rande von den großen Massenaktionen die Rede, mit denen in den letzten Monaten mindestens ebensoviele Jugendliche gegen die Rotstiftpolitik demonstriert haben wie im Zusammenhang mit Hausbesetzungen aktiv waren.**

Paßt nicht ins Bild

Diese Massenaktionen passen eben nicht ins Bild. Genauso wenig wie die zahlreichen Kämpfe der letzten Zeit, in denen Menschen aus den verschiedenen Generationen Seite an Seite standen oder stehen. Da ist etwa die große Warnstreikbewegung in der Metallindustrie, an der sich trotz Verbots überall auch die Lehrlinge beteiligen. Da ist der Friedenskampf oder der antifaschistische Kampf, in den — wie es exemplarisch beim Augsburger NPD-Parteitag der Fall war — auch zunehmend ältere gewerkschaftlich organisierte Kollegen einbezogen werden.

Warum paßt das alles nicht ins Bild? Weil all diese vielfältigen Aktivitäten erstens deutlich machen, daß die Bewegung unter der Jugend ihre Ursache in den Widersprüchen des kapitalistischen Systems, in den Angriffen des Kapitals und seines Staates auf die Lebensbedingungen der Jugend hat. Weil sich zweitens zeigt, daß die Jugendlichen keine Interessen haben, die denen der erwachsenen Werktätigen entgegengesetzt wären, sondern daß es vielmehr eine objektive Grundlage und auch die Notwendigkeit für einen gemeinsamen Kampf gegen die Bourgeoisie und den kapitalistischen Staat gibt.

Das paßt nicht ins Bild, denn man will ja spalten und nicht einen. So konzentrieren sich dann die Medien ausschließlich auf einen kleinen Teil der Jugendbewegung: die Hausbesetzungen (möglichst noch mit Scheibenklirren) und auf einen bestimmten Ausschnitt aus den ideologischen Strömungen, die unter der Jugend wirken: die Aussteiger-Mentalität.

Die Aussteiger

Was letzteres betrifft, so schrieb der „Spiegel" in der erwähnten Titelgeschichte über die „Jugendkrawalle" mit dankenswerter Offenheit, die alternative Szene, die Subkultur der Aussteiger wirke „als dämpfender Puffer zwischen der repressiven Großstadtwelt und der gefährdeten Jugend". Hier haben wir auch die Erklärung dafür, warum die liberalen Medien und sozialliberalen Politiker wie der jetzige SPD-Generalsekretär Glotz der alternativen Szene so überaus verständnisvoll begegnen. (Im Gegensatz zu Strauß-Partei oder Springer-Presse, für die der Polizeiknüppel immer noch die geeignete Antwort auf abweichendes Verhalten jeder Art darstellt.)

In dem angeführten „Spiegel"-Zitat wird die richtige Erkenntnis ausgedrückt, daß die alternative Szene die „Gefährdung" von Teilen der Jugend verhindern kann. Und dabei geht es nicht in erster Linie um ein mögliches Abrutschen in den Terrorismus oder in die Drogenszene, wie in diesem Zusammenhang oft behauptet wird. Die „Gefährdung" liegt in Wirklichkeit in einer politischen Radikalisierung der Jugend. Das ist der eigentliche Punkt. Eine Gefährdung also nicht der Jugend, sondern des herrschenden Systems. Vor dieser Entwicklung fürchtet sich die Bourgeoisie insgesamt. Und um ihr entgegenzuwirken, haben bürgerliche Politiker wie Glotz die Pufferfunktion der Aussteigerkultur entdeckt und versuchen sie, diese Szene für ihre auf Eindämmung der jugendlichen Protestbewegung gerichtete Politik auszunutzen.

Es liegt schließlich auch auf der Hand, daß — mit den Augen der herrschenden Klasse gesehen — ein junger Metallarbeiter, der sich nicht anpassen will, besser in einer autonomen Kfz-Werkstatt aufgehoben ist als auf einem Kampfposten im Betrieb.

„Wir brauchen keine Politik"

Die hier skizzierte Propagandalinie der Bourgeoisie gegenüber der Jugendbewegung kann sich natürlich auch auf bestimmte Tendenzen in dieser Bewegung selbst stützen. Bezeichnend dafür ist etwa die auf dem jüngsten Hausbesetzerkongreß in Münster vorgetragene Parole: „Wir brauchen keine bessere Wohnungspolitik, wir brauchen überhaupt keine Politik". Das mag sich auf den ersten Blick als besonders radikale Kampflosung ausnehmen. Tatsächlich aber ist es gerade das Gegenteil davon. Es gibt kein Aussteigen aus den gesellschaftlichen Bedingungen, aus der Politik. Wer freiwillig auf den Kampf um bessere Bedingungen für die werktätigen Massen verzichtet, der überläßt damit nur der Bourgeoisie das Feld. Er stellt auch gar nicht mehr den Anspruch, möglichst viele Menschen um eine konkrete Forderung zusammenzuschließen, um dadurch politisch etwas zu bewegen.

Daß ein solcher Zusammenschluß nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist, hat gerade die Hausbesetzerbewegung selbst gezeigt. Nicht von ungefähr haben Umfragen ergeben, daß sich 63 Prozent der Jugendlichen mit den Hausbesetzern solidarisch fühlen, daß nach einer ZDF-Erhebung aber auch 39 Prozent der Bevölkerung insgesamt Hausbesetzungen begrüßen. Und viele Besetzer haben ja auch ganz praktisch die Solidarität und Unterstützung aus der Nachbarschaft erfahren. Das ist ja auch nicht überraschend, wenn man etwa berücksichtigt, daß in Westberlin 67000 Wohnungen fehlen oder 60000 Haushalte mehr als ein Drittel ihres Einkommens für die Miete ausgeben müssen.



Auch das sind Hausbesetzer: So wurde in Gelsenkirchen der Abriß eines Zechenhauses verhindert. Mit dabei: Deutschlands älteste Hausbesetzerin Wilhelmine Kilimann (3. v.l.)

Und tatsächlich hat ja die sich verschärfende Wohnungsnot auch schon vor der jetzigen Welle von Hausbesetzungen zur Bildung von Mieterinitiativen und Bewegungen geführt, die sich für eine „bessere Wohnungspolitik" einsetzen und die ganz natürlich in den Hausbesetzern Verbündete im gemeinsamen Kampf sehen. Wer aber, wie auf dem Kongreß in Münster geschehen, Vertreter dieser „traditionellen" Mieterbewegungen auspfeift, wer sich hinter Autonomieparolen von solchen Bewegungen und von den werktätigen Massen überhaupt absondert; wer den Wohnungskampf nicht als politischen Kampf um konkrete Ziele begreift, sondern ihn sektiererisch ausschließlich als Besetzerkampf führen will (und die Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen Staat nur in der Randale mit den Bullen sieht) — der schadet der Bewegung insgesamt, leistet den oben beschriebenen Spaltungsmanövern Vorschub und macht es den Staatsorganen leicht, die Bewegung auseinanderzudividieren und zu zerschlagen.

„Legal, illegal — scheißegal"

Ähnlich verhält es sich auch mit der jetzt in einem Teil der Jugendbewegung so beliebten Parole: „Legal, illegal — scheißegal". Auch dahinter steckt neben der maßlosen Überschätzung der eigenen Möglichkeiten die Preisgabe von wichtigen Positionen des politischen Kampfes. Der Arbeiterbewegung, den werktätigen Massen und der Jugend insgesamt ist es überhaupt nicht egal, ob diese oder jene Demonstration verboten, dieses oder jenes Recht eingeschränkt oder gar aufgehoben wird. Der Kampf um die Legalität unserer Aktionsformen und unserer Organisationen muß immer geführt werden, um unsere Kampfpositionen zu verteidigen und auszubauen. Sonst könnte es uns beispielsweise letzlich auch „scheißegal" sein, ob es ein Streikrecht, ob es die Möglichkeit gewerkschaftlicher Organisierung gibt oder nicht.

Das heißt nun natürlich nicht, daß sich unser Kampf ausschließlich in legalen For-

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

men bewegen muß. Schließlich handelt es sich um die Legalität des kapitalistischen Systems, und wir haben nicht den geringsten Grund dazu, diese Legalität als für uns verbindlich anzuerkennen. Und ein Fortschreiten der Massenkämpfe ist auch nicht denkbar, ohne daß dabei zunehmend der Rahmen der bürgerlichen Legalität durchbrochen würde.

Und es ist ja auch tatsächlich nicht so, daß die erwachsenen Werktätigen allesamt „Law and Order"-Typen wären. Das möchte uns die bürgerliche Propaganda einreden. Und mancher Sponti mag das auch glauben. In Wirklichkeit hat sich die Arbeiterklasse in unserem Land schon mehrere Male mit machtvollen Aktionen über die Grenzen der Legalität hinweggesetzt. Und die oben angeführte Meinungsumfrage zeigt ja auch, daß ein großer Teil der Bevölkerung die illegalen Hausbesetzungen gutheißt. In den Augen dieser Menschen sind eben diejenigen kriminell, die Häuser aus Profitgründen leerstehen lassen. Daß man solche Häuser unter Bruch der bestehenden Gesetze besetzt, finden sie dagegen richtig und vernünftig.

Diese „Sympathisanten" würden sicher selbst keine Häuser besetzen. Aber natürlich muß man sie in die Kämpfe gegen die Wohnungsnot, die ja auch sie betrifft, mit einbeziehen. Wenn aber illegale Kampfformen verabsolutiert werden, wie das in der Hausbesetzerbewegung vielfach geschieht, wird man das nicht erreichen und sich selbst isolieren. Dem Ziel, einen möglichst breiten Zusammenschluß im Kampf um das Wohnungselend zu erreichen, um konkrete Verbesserungen durchzusetzen, nützt insgesamt auch der Aufruf des Münsteraner Hausbesetzerkongresses nur wenig. Er enthält ausschließlich Forderungen, die sich auf den Häuserkampf beziehen (außer der unverbindlich-allgemeinen Losung „Kein Profit aus unserer Wohnung und für Spekulanten keine Schonung!") und orientiert auf neue Aktionen nach der Art des „schwarzen Freitags" (13. März), wo überall in der Bundesrepublik die Scheiben geklirrt haben.

Schädliche Tendenzen isolieren!

Was oben über die Deutung der „Neuen Jugendbewegung" durch die bürgerlichen Ideologen gesagt wurde, findet eine Entsprechung auch in solchen Tiraden, wie sie kürzlich in einem Bochumer Demo-Aufruf zu lesen waren: „Die Erhaltung und Neubeschaffung von Arbeitsplätzen scheint neben der Mitbestimmung das einzige Problem dieser Gewerkschaftsführung zu sein... Hauptsache, die Leute haben Arbeit, sind beschäftigt, das heißt weg von der Straße und können wieder konsumieren... Eigentlich sehen viele von uns längst nicht mehr ein, wofür wir hier noch arbeiten sollen. Etwa für die Profite der Bonzen, für den Konsum von Sachen, die wir gar nicht brauchen, für eine Lebensqualität, die sich nur noch in Beton und Verwaltung von Gefühllosigkeit ausdrückt."

Hier wird die bürgerliche Propagandalüge vom Kampf der Jugend gegen Konsum und Karriere, vom Ausbruch aus dem „goldenen Käfig" in reinster Form nachgeplappert. Wer solchen Schwachsinn verbreitet, kann sicher sein, daß er Krawall bekommt. Nicht mit dem kapitalistischen Staat allerdings, sondern mit den Werktätigen. Und das zu Recht. Wer solcher art den Kampf um Arbeitsplätze anpinkelt, der hat den Boden einer irgendwie noch linken Politik längst verlassen. Und die „Politikerärsche", wie sie in besagtem Flugblatt tituliert werden, können sich über solche Propagandamunition nur die Hände reiben.

Solche schädlichen Tendenzen müssen in der Jugendbewegung kompromißlos isoliert werden. Denn gerade auf sie kann sich die Bourgeoisie in ihrem Bestreben stützen, jung und alt auseinanderzudividieren, die Aktionen der Jugend gegen die Kämpfe der Werktätigen auszuspielen. Und die Einheit mit dem Kampf der erwachsenen Werktätigen ist und bleibt eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, daß die Jugend ihre Forderungen durchsetzen kann.

Detlef Schneider

Roter Rebell Nr. 5/81 erschienen



Bestellungen an Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30

Warum wurden Polizeigewalt und Panzer gegen die Albaner im Kosovo gerichtet?

Kommentar von „Zeri i Popullit"

Am 8. April erschien in „Zeri i Popullit", dem Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, ein Kommentar zu den Ereignissen im Kosovo, den wir nachstehend in einer eigenen Übersetzung veröffentlichen. Die Zwischenüberschriften sind von uns eingefügt worden.

Die jugoslawischen Medien haben eine Kampagne extremer Irreführung über die Ursachen begonnen, die dazu führten, daß Studenten und Werktätige im Kosovo demonstrierten. Besonders stark fällt bei all den Reden der jugoslawischen Führer und den endlosen Artikeln, die die Seiten der jugoslawischen Zeitungen füllen, der hochgradig chauvinistische Ton und der völlige Mangel an realistischen Analysen der tragischen Ereignisse im Kosovo ins Auge. Nicht nur der Geist von Rankovic, auch die verstorbenen Seelen der Karadjordje (das frühere serbische Königshaus — RM) sind wiederbelebt worden. knüppel und Panzer, um die Stimmer der albanischen Bevölkerung in Jugoslawien zum Schweigen zu bringen, um diese Bevölkerung zu unterdrücken und zu unterwerfen.

Jedoch unabhängig davon, was in Jugoslawien gesagt und geschrieben wird, die wirklichen Ursachen der Demonstrationen im Kosovo, ihr Inhalt, die in ihrem Verlauf erhobenen Forderungen können nicht durch falsche und lautstarke Phrasen der Leute in Belgrad verschleiert werden. Jeder objektive Mensch, jeder unvoreingenommene Beobachter bemerkt sofort, daß die jüngsten Ereignisse in der großen Rückständigkeit des Kosovo, in der Armut und dem Elend seiner Bewohner, im Fehlen der demokratischen Freiheiten und politischen Rechte wurzelt. Die Demonstrationen sind der explosive Ausdruck einer unhaltbaren Situation, die jetzt schon seit Dutzenden von Jahren anhält; sie sind der Ausdruck dafür, daß sie die Aussichten, aus dieser Lage herauszukommen, nur noch weiter verschlechtert haben.

Das Armenhaus Jugoslawiens

Nach Informationen der jugoslawischen Presse ist das Prokopfeinkommen im Kosovo sechsmal niedriger als in Slowenien, ungefähr fünfmal niedriger als in Kroatien und dreieinhalbmal niedriger als in Serbien. In den vergangenen Jahren ist das industrielle Wachstum im Kosovo vier bis fünfmal langsamer gewachsen als in Serbien.

Die Arbeitslosigkeit ist im Kosovo 20mal größer als in Slowenien und zweieinhalbmal größer als in Serbien. Mehr als 110000 Arbeiter sind emigriert, um Arbeit außerhalb Kosovos und Jugoslawiens zu finden. Dazu kommen 70000 andere, zumeist qualifizierte Arbeiter, die im Kosovo ohne Arbeit sind.

Die Führer Jugoslawiens und des Kosovo kennen diese Tatsachen auch. In einer Rede in Prishtina hat V. Djuranović, der Vorsitzende des Bundesvollzugsrats von Jugoslawien, gesagt: „Die Entwicklung im Kosovo tritt auf der Stelle (...) Es ist offensichtlich, daß die Politik der schnellen Entwicklung dieser Region nicht in den vom Plan vorgesehenen Stufen verwirklicht wurde. Im Gegenteil, die Kluft zwischen dem Kosovo und den anderen Teilen des Landes wird immer breiter (...) Die wirtschaftlichen Investitionen sind im Kosovo um 43 Prozent niedriger als durchschnittlich im übrigen Jugoslawien."

M. Bakalli, Vorsitzender des Präsidiums des Bundes der Kommunisten in Kosovo, sagte in einer Rede auf der 15. Tagung des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens: „... Das Ziel, die Kluft zwischen der Entwicklung des Kosovo und der durchschnittlichen Entwicklung im übrigen Jugoslawien zu schließen, wurde nicht erreicht. Diese Kluft ist im Gegenteil breiter geworden (...) So sollte nach dem Plan beispielsweise eine Entwicklungsrate in dieser Region erzielt werden, die um 60 Prozent über der des gesamten Landes liegen sollte. Stattdessen lag die wirkliche Entwicklungsrate im Kosovo um 46,9 Prozent unter dem Landesdurchschnitt. Die Tendenz der ständigen Erweiterung dieser Kluft hält seit 1947 bis heute an. Dieser Prozeß hat eine kritische Grenze erreicht."

Angesichts dieser Situation kann man deutlich sehen, warum die Menschen im Kosovo unzufrieden sind und warum sie auf die Straße gehen, um ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen, in einer Form, die ihnen angemessen erscheint.



Markt im Kosovo: Die Versorgungslage ist sehr schlecht

„Sie bekamen Kugeln als Antwort"

Was haben die Kosovo-Studenten getan und was haben sie gefordert, daß Belgrad einen solchen Sturm gegen sie entfesselt? Die jugoslawischen Führer selbst und die Pressekommuniqués haben öffentlich anerkannt, daß die Studenten von Prishtina in ihrer Demonstration vom 11. März ihre Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage, mit den schlechten Lebensbedingungen und mit der Diskriminierung zum Ausdruck gebracht haben, der sie verglichen mit den Studenten anderer jugoslawischer Universitäten ausgesetzt sind. Wie wiederholt in der jugoslawischen Presse selbst berichtet wurde, haben sie mehrere Male ihre Unzufriedenheit sowohl gegenüber den lokalen wie auch gegenüber den zentralen Behörden bekundet. Auch die Werktätigen aus dem Kosovo haben immer wieder Beschwerden über die Rückständigkeit der Region vorgebracht und darauf hingewiesen, daß dringend Maßnahmen zur Entwicklung notwendig sind.

Aber niemand hat diesen gerechten und grundlegenden Forderungen Aufmerksamkeit geschenkt. Es gibt eine allgemeine Unempfindlichkeit gegenüber den Bedürfnissen des Volkes, deren Erfüllung man der Gnade des Schicksals überläßt. Hätte es irgendein Bemühen um den Kosovo mit seinen unerschöpflichen Rohstoffen, seinem fruchtbaren Land und seinem tapferen und fleißigen Volk gegeben, dann wäre diese Region nicht in der Situation, in der sie jetzt ist. Sicher, diese Aktivposten werden ausgebeutet. Millionen Tonnen Kohle werden aus der Erde geholt. Kraftwerke erzeugen Milliarden Kilowatt. Unmengen von Blei werden geschmolzen; das zutage geförderte Chrom, Nickel und Magnesium häuft sich zu Bergen. Der Weizen des Kosovo füllt ganze Staffeln von Eisenbahnwaggons und das gutschmeckende Fleisch aus Kosovo kommt auf alle Märkte Europas. Also, warum bleibt dann die Entwicklung im Kosovo auf der Stelle? Das sind die Fragen, die die Studenten und Werktätigen des Kosovo an die jugoslawischen Führer gerichtet haben — und sie bekamen Kugeln als Antwort.

Die jugoslawischen Führer sagen, daß sich in Jugoslawien die Nationen und Nationalitäten, die Werktätigen und die Kollektive selbst verwalten, daß sie selbst über die wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen, der Dörfer, Städte und Teilrepubliken entscheiden. Wir wollen hier nicht in eine ideologische Polemik mit ihrer Theorie und Praxis eintreten, aber wir würden ihnen gerne eine einfache Frage stellen: In diesem sogenannten sozialistischen und selbstverwalteten Land, in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, hat dort auf der Grundlage der in der jugoslawischen Verfassung garantierten Rechte das Volk und die Jugend von Kosovo das Recht, genießen sie die Freiheit zu fragen, warum sich die anderen Regionen Jugoslawiens entwickeln und der Kosovo nicht? Es scheint doch, daß jemand die Entwicklung des Kosovo verhindert, und die Führung des Bundes muß doch wissen, wer das ist, so wie sie auch gemerkt hat, daß der Kosovo von seinen Möglichkeiten her reich, tatsächlich aber arm ist.

„Autonome Provinz" oder Republik?

In den Reden einiger Kosovo-Führer und auch in Presseorganen ist gesagt worden, daß die Studenten von Prishtina neben dem Protest gegen ihre schwierige wirtschaftliche Lage auch mehr Freiheit und demokratische Rechte sowie den Status einer föderativen Republik für Kosovo gefordert haben. Auch hier erhebt sich die Frage: Haben die Völker Jugoslawiens auf der Grundlage der sogenannten selbstverwalteten Demokratie das Recht, solche Dinge zu fordern?

Dushan Dragosavac, der Generalsekretär des Zentralkomitees des BKJ, hat in einer Rede vom 3. April über die Geschehnisse im Kosovo gesagt: „Die Erfahrung hat bewiesen, daß wir stets dann einen Schaden erlitten haben, wenn wir die Augenblicke nicht registrierten, die von historischer Bedeutung für uns waren." Dieser „wertvolle" Ratschlag ist nicht nur eine Angelegenheit für die jugoslawische Führung, er ist auch eine Mahnung an die Sozialistische Volksrepublik Albanien. Es ist ein Hinweis nicht nur für das serbische Volk, sondern auch für das albanische Volk, das auf seinem Boden in Jugoslawien lebt.

An dieser Stelle möchten wir betonen, daß die jugoslawische Führung nichts vergessen hat und daß sie niemals die Geschichte so betrachten wollte, wie es notwendig gewesen wäre, um zu verhindern, daß sich die bittere Vergangenheit wiederholt.

In derselben Rede sagte Dusan Dragosavac: „Wir haben die Frage der Nationalitäten, der nationalen Republiken und — im Rahmen der Sozialistischen Republik Serbien — auch die Frage der autonomen Provinzen auf den bestmöglichen Weg gelöst." Das gleiche wurde auch von Dobrivoje Vidic, dem Vorsitzenden der Sozialistischen Republik Serbien betont, der seinem Ärger und seinem Haß gegen den Kosovo Luft machte.

Fortsetzung auf Seite 11

Warum wurden Polizeigewalt und Panzer gegen die Albaner im Kosovo gerichtet?

Fortsetzung von Seite 10

Er sagte: „Die sozialistischen autonomen Provinzen genießen volle Unabhängigkeit und Gleichheit im Rahmen der Sozialistischen Republik Serbien." Kurz: „Volle Unabhängigkeit und Gleichheit" — aber unter den Fittichen Serbiens.

Diese Erklärungen der jugoslawischen Führer zeigen, daß sogar nach dem Nationalen Befreiungskrieg der Völker Jugoslawiens die alte Geschichte nicht vergessen wurde: Kosovo blieb eine „autonome Provinz" der Republik Serbien und die albanische Bevölkerung, einheitlich sowohl in ihrer Nationalität wie auch in ihrem Territorium wurde unter drei Republiken der jugoslawischen Föderation aufgeteilt. Warum ist das geschehen? Es ist an den Dragosavac, Vidic und ihresgleichen, diese Tatsache ideologisch, politisch und geographisch zu erklären. Sollten sie eine solche Analyse machen, dann wird deutlich werden, wie wertlos solche Erklärungen wie die von Dragosavac sind, wenn er sagt: „Wir haben die Frage der Nationalitäten und der nationalen Republiken auf dem bestmöglichen Weg gelöst."

Nachdem er behauptet hatte, die Probleme der Nationalitäten wären in Jugoslawien korrekt gelöst worden, sagte der Generalsekretär des BKJ an einer anderen Stelle seiner Rede: „Nichtsdestoweniger wäre es eine Illusion zu glauben, daß wir sie auf Dauer und perfekt gelöst hätten und daß es keine Probleme zwischen den Nationalitäten mehr geben würde." Offen gesteht er ein, daß die komplizierten Probleme der Nationalitäten „nicht auf Dauer und perfekt gelöst" sind. Dann muß daraus doch die Schlußfolgerung gezogen werden, daß die Völker, aus denen sich Jugoslawien zusammensetzt, versuchen sollten, die Lösung dieser Probleme perfekt zu gewährleisten. Es ist die Sache der jugoslawischen Völker, sie demokratisch im Rahmen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien zu lösen.

Heute verlangen die Albaner, die im Kosovo leben und den überwältigenden Teil seiner Bevölkerung ausmachen, indem sie auf den Normen der Verfassung beharren aber auch auf die Straße gehen, daß die Provinz Kosovo von der serbischen Vormundschaft befreit wird. Sie verlangen die Anerkennung des Status einer Republik im Rahmen der Föderativen Sozialistischen Republik Jugoslawien für Kosovo.

Welches Verbrechen — so wurde es von der jugoslawischen Führung und von einigen Führern der Provinz Kosovo genannt — haben die Menschen aus dem Kosovo mit der Aufstellung dieser Forderung begangen? Sie haben überhaupt kein Verbrechen begangen. Im Gegenteil, diese berechtigten Forderungen sind unterschätzt worden, sie wurden als feindselig angesehen und als Ergebnis davon entwickelten sich die Dinge zu den Demonstrationen, die jetzt stattgefunden haben.

Es ist dem albanischen Menschen im Kosovo und in den anderen jugoslawischen Regionen nie gestattet worden, sich frei und demokratisch darüber auszusprechen, welchen Status die Regionen haben sollten, in denen sie leben. Andere Menschen haben die Angelegenheit stattdessen entschieden. Und als die Albaner nach vielen friedlichen Forderungen von den brüderlichen Völkern Jugoslawiens laut verlangten, zu hören, daß der Kosovo nach dem Status einer Föderativen Sozialistischen Republik im Rahmen der Föderativen Sozialistischen Republik Jugoslawien ruft, da haben diejenigen, die immer nur taube Ohren hatten, nicht gezögert, sie mit Panzern und Feuerwaffen anzugreifen. Und nicht nur das. Die tapferen Studenten aus dem Kosovo wurden auch beschuldigt, wie die Gangster von Chikago gehandelt und Kinder als Feuerschutz vor sich hergetrieben zu haben. Solcher gemeinen Methoden mögen sich andere bedienen, aber niemals die Albaner, die stets mit offenem Visier kämpfen. Diese Anschuldigungen der jugoslawischen Presse beweisen nur das Gegenteil, nämlich daß die Demonstrationen friedlich waren und einen Volkscharakter hatten. Diese Anschuldigungen lassen auch deutlich werden, daß die serbische Polizei die Demonstranten mit Maschinengewehren niedergemäht hätte, wenn nicht die Massen von jungen Schülern dort gewesen wären. Solche Dinge können nicht leicht vergessen werden. Sie zeigen keine Stärke, sondern Schwäche, keine Reife, sondern Verwirrung.

Warum unternimmt die Führung des Bundes keine korrekte Untersuchung der Forderung nach der Errichtung einer Republik im Rahmen des Bundes? Warum betrachtet sie sie nicht als Forderung, die sich aus der Verfassung der FSR Jugoslawien selbst ableitet, sondern beeilt sich stattdessen, diese Forderung „feindselig, konterrevolutionär, die Stabilität und Integrität Jugoslawiens untergrabend" zu nennen? Haben die Albaner des Kosovo nicht alle Qualitäten und Merkmale, die eine Nation ausmachen; leben sie nicht auf einem einheitlichen Territorium; haben sie nicht eine gemeinsame Sprache und Kultur; sind sie zahlenmäßig so wenige, daß sie nicht in den Status einer Republik gehoben werden könnten; gibt es etwa keine anderen solcher Republiken in Jugoslawien, so daß die Republik, die die Albaner fordern, eine Ausnahme wäre?

„Das hätte nicht geschehen dürfen"

Diese Fragen müssen mit aller Objektivität und Gerechtigkeit untersucht werden. Die Dinge dürfen nicht bis zu einem Punkt treiben, wo die Führungen auf allen Ebenen in Bewegung gesetzt werden, um unter den Völkern Jugoslawiens Gefühle des Hasses und der Feindschaft gegenüber den Albanern zu erzeugen. Sie dürfen nicht an einen Punkt kommen, wo alle Kräfte mobilisiert werden, um die Blüte der albanischen Jugend anzugreifen, zu beleidigen, zu schlagen, zu töten, zu verstümmeln und hinter Gitter zu bringen.

Es ist weder eine Ehre für Jugoslawien noch entspricht es seinem Interesse, daß die Hälfte der serbischen Polizeikräfte und der Belgrader Miliz bis an die Zähne bewaffnet nach Kosovo geschickt wurde, daß die Städte Kosovos von Panzern eingekreist, die Flughäfen voll von Fallschirmspringern sind und daß der Himmel über Kosovo voll von Flugzeugen ist.

Nein, dies hätte nicht geschehen dürfen. Wir verurteilen entschieden die beispiellose Gewalt in Kosovo. Die wirklich Verantwortlichen für die dort entstandene Lage müssen herausgefunden werden. Aber sie sind weder in Kosovo, noch in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, wie aus Anspielungen und Andeutungen geschlußfolgert werden könnte. Sie müssen gesucht und gefunden werden in den subjektiven und objektiven Faktoren der Politik, die von der jugoslawischen Führung verfolgt wird.

Die Demonstrationen und gerechten Forderungen der albanischen Studenten und Werktätigen aus dem Kosovo sind von einem falschen Blickwinkel aus gesehen und interpretiert worden. Sie sind in einer feindseligen Weise mit extremer Brutalität behandelt worden. Wir denken, daß diese Dinge mit kühlem Kopf und mit Weisheit hätten behandelt werden müssen, wobei die Tatsache in Rechnung gestellt werden muß, daß die albanische Bevölkerung in Jugoslawien immer ungerecht behandelt worden ist und daß chauvinistische Kräfte sowohl in der früheren wie auch in der jüngsten Geschichte versucht haben, eine wilde Rache auszuüben.

Wenn man ein Volk mit Beschimpfungen und mit Panzern einschüchtern will, wie das mit den Albanern in Jugoslawien gemacht wird, dann führt das zu nichts. Mit den Albanern im Kosovo, in Mazedonien und Montenegro und mit denen, die wegen des Elends und der Arbeitslosigkeit ins Ausland gehen mußten, sollten unvoreingenommene, gleichberechtigte und vernünftige Gespräche geführt werden.



Bäuerinnen im Kosovo

Jeder Vorschlag, jede gerechte Forderung der in Jugoslawien lebenden Albaner, die den Führungen im Bund und in den Regionen nicht paßt, wird sofort als Ausdruck von „Feindseligkeit, albanischem Chauvinismus und Irredentismus" abgestempelt. (Mit Irredentismus wird eine politische Bewegung gekennzeichnet, die auf die Vereinigung eines von einer nationalen Minderheit bewohnten Gebietes mit dem benachbarten Nationalstaat gleicher Sprache abzielt — RM). Und so wird auch der Protest gegen die Ungerechtigkeit bezeichnet, die an den Albanern begangen wurden und noch begangen werden; Ungerechtigkeiten, die weder unbedeutend noch vereinzelt sind.

Demagogische Worte

Was bedeutet die Bezeichnung „nationalistisch" im Mund der Jugoslawen? Das Wort „nationalistisch" kommt von dem lateinischen Natio her, was Nation oder Nationalität bedeutet. Jedes kleine oder große Wörterbuch gibt darüber klare Auskunft. Im Mund der Jugoslawen aber steckt hinter dem Wort „nationalistisch" die Forderung nach der Unterwerfung unter die größere Nation, die Forderung an die Menschen, die Liebe zu ihrem Land, ihrer Heimat und Nation aufzugeben.

Worte wie Nation oder Nationalität, wie sie die Jugoslawen immer im Munde führen, werden als pure Demagogie kenntlich, wenn gleichzeitig versucht wird, einer Nation ihre Nationalität, ihre Souveränität und andere Attribute, die ihren Charakter ausmachen, zu bestreiten. Solche Versuche verursachen Spannungen, die dann zu unerwünschten und gefährlichen Konfrontationen führen. Der Versuch, die Traditionen und nationalen Bestrebungen eines Volkes zu unterdrücken und zu zerstören, führt unweigerlich zu einer Reaktion der Selbstverteidigung bei diesem Volk.

Nur der Marxismus-Leninismus und der wissenschaftliche Sozialismus, die Theorie von Marx, Lenin und Stalin gewährleisten eine korrekte Lösung der nationalen Probleme.

In der Föderativen Sozialistischen Republik Jugoslawien sind die Dinge so weit gediehen, daß eine „Moslem-Nationalität" in der Republik Bosnien-Herzegovina, im Kosovo und wo immer Albaner leben, erfunden wurde. Es wird gesagt, daß diese „Moslem-Nationalität" angeblich eine Besonderheit Jugoslawiens sei. Aber es ist doch erstaunlich, daß es weder eine „Christlich-orthodoxe Nationalität" noch eine „Römisch katholische Nationalität" in Jugoslawien gibt. Wer dafür eine Erklärung sucht, sollte das Memorandum von V. Chubrilovic lesen, dem früheren politischen Berater des monarchistischen Regimes, dem späteren Minister der FSR Jugoslawien und heutigen Mitglied der Akademie von Jugoslawien. Dieses Memorandum wurde 1937 an die damalige königliche Regierung von Stoyadinovic gerichtet. Wenn man es liest, begreift man besser, warum jede Aktion, die von den Kosovo-Albanern auf dem Boden der Verfassung und der Bundesgesetze durchgeführt wird, sofort die Bezeichnung „albanischer Chauvinismus" bekommt; warum diese Menschen als „Irredentisten" abgestempelt werden, damit man sie in Gefängnisse und Konzentrationslager einsperren kann. Wenn man ein ganzes Volk und eine Nation von mehr als zwei Millionen Einwohnern — wie es bei den Albanern der Fall ist, die auf ihrem eigenen Territorium in Jugoslawien leben — als „Irredentisten" anklagt, dann darf man nicht selbst ein Chauvinist sein, dann muß man all die Ursachen und Quellen der nationalen Ungerechtigkeit beseitigt haben, die vom Imperialismus und der alten Feudalbourgeoisie auf dem Balkan geschaffen wurde. Wenn das Prinzip der Selbstverwaltung wirklich angewandt wird, wie es ja angeblich seit dem Nationalen Befreiungskrieg der Fall ist, wie könnte es dann überhaupt irgendeinen Irredentismus geben?

Bevor man über diesen sogenannten Irredentismus spricht, ist es notwendig, in die Vergangenheit zurückzugehen, die wirtschaftliche und kulturelle Rückständigkeit zu erklären, die Massenarbeitslosigkeit und die erzwungene Emigration der Albaner, die unter den Emigranten aus Jugoslawien den größten Teil ausmachen. Die Situation im Kosovo kann nicht mit der „Weltkrise" erklärt werden, wie das manche jugoslawische Führer, selbsternannte Theoretiker des Bundes und Kosovos tun.

Wer sind die wahren Chauvinisten?

Was den sogenannten albanischen Chauvinismus betrifft, so muß gesagt werden, daß der Charakter der Albaner und ihre Geschichte in den vergangenen Jahrhunderten solche Anschuldigungen, wie sie gegen die Albaner Jugoslawiens vorgebracht werden, widerlegt. Die Albaner haben niemals irgend ein anderes Volk unterdrückt oder ausgebeutet. Genauso wenig haben sie jemals andere Völker angegriffen und ihr Land geraubt. Im Gegenteil, solche Dinge haben andere mit den Albanern gemacht. Darum sollte der Chauvinismus überall anders als unter den Albanern im Kosovo oder in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien gesucht werden, die ein Volk und eine Nation darstellen. Der Chauvinismus sollte genau genommen bei jenen jugoslawischen Führern gesucht werden, die den Angriff mit Panzern und serbischer Polizei befohlen haben, die die albanischen Studenten, Arbeiter und Bauern getötet, verwundet, gefoltert und ins Gefängnis geworfen haben. Diese Studenten, Arbeiter und Bauern sind die Enkel der Helden unseres Volkes wie Isa Boletini, Bajram Curri, Abdyl und Naim Frasheri, Sulejman Vokshi, Ymer Prizreni, Azem und Shote Galica, Cerciz Topulli und Selam Salaria. Sie sind die Brüder und Waffengefährten von Hajdar Dushi, Hysni Kapo, Miladin Popovich, Emin Duraku und Tausenden anderen heldenhaften albanischen, montenegrinischen und mazedonischen Partisanen, die gemeinsam wie Brüder gekämpft und ihr Blut in Jugoslawien für die Freiheit, die Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht der Völker Jugoslawiens vergossen haben.

Will man in Belgrad, daß die Albaner nicht patriotisch wären? Nein, das wird niemals geschehen. Der Albaner hat sich immer heldenhaft selbst verteidigt und er hat Siege über seine Feinde davongetragen, weil er immer im Recht gewesen ist. Überall wo er lebt, arbeitet und kämpft, hat er immer Reife und Geduld gezeigt. Jedoch, wie Genosse Enver Hoxha gesagt hat: „Reizt die albanischen Menschen nicht. Sie sind geduldig, aber wenn die Albaner gereizt werden, brechen selbst aus einem Stein Feuer und Flammen hervor."

Die Jahrhunderte alte Geschichte der Albaner und die Geschichte des Nationalen Befreiungskrieges haben bewiesen, daß die Söhne und Töchter unseres Volkes ihr Blut vergossen, um den brüderlichen Nachbarvölkern zu helfen. Kennzeichnend für sie sind die Bereitschaft, Opfer zu bringen und tiefe internationalistische Gefühle. Wir haben stets gewünscht und wünschen auch heute, mit Jugoslawien in guter Nachbarschaft zu leben. Unser Standpunkt in dieser Frage ist unveränderlich. Wenn irgend jemand, der Imperialismus oder der Sozialimperialismus Jugoslawien angreift, wird unser Volk, wird das sozialistische Albanien Schulter an Schulter mit den Völkern Jugoslawiens kämpfen. Das ist unser Wort, und wir werden es nicht brechen.

„Wir sind bereit zu helfen"

Unsere Meinung und die internationale öffentliche Meinung können nicht die barbarischen Handlungen gegen die Albaner in Jugoslawien akzeptieren. Die jugoslawische Führung sollte klug sein; sie muß ihre inneren Probleme untersuchen und sie korrekt lösen, statt anderen Belehrungen über „Mäßigung, friedliche Lösung von Konflikten, Menschenrechte" usw. zu geben.

Wir meinen, daß Mäßigung in erster Linie von den jugoslawischen Führern geübt werden sollte. Die Fragen der Albaner, die in Jugoslawien leben, sollten mit kühlem Kopf, mit Weisheit und Gleichmut untersucht werden. Wenn sie anders an diese Fragen herangehen, werden die Wunden nie heilen, im Gegenteil, sie werden sich noch weiter verschlimmern. Wir wünschen nicht, daß so etwas geschieht und wir sind bereit, mit den reinen Gefühlen und Gedanken unserer Herzen und Köpfe Hilfe zu leisten, um unsere Freundschaft mit den jugoslawischen Brudervölkern aufrechtzuerhalten, die zwischen uns aufgebaut worden sind, um unsere albanischen Brüder, so wie wir es bis jetzt getan haben, in jeder Hinsicht zu unterstützen, um die Handelsbeziehungen und den Kulturaustausch mit ihnen zu entwickeln, so wie wir es auch auf der Grundlage der zwischen der Sozialistischen Volksrepublik Albanien und der Föderativen Sozialistischen Republik Jugoslawien geschlossenen Verträge mit den anderen Völkern Jugoslawiens tun.

Dies alles liegt im Interesse unserer beiden Staaten, im Interesse der Freundschaft und der guten Nachbarschaft, die zu keiner Zeit eine Einmischung in die Angelegenheiten des anderen bedeutet.

Albanien hat sich weder früher noch jetzt in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens eingemischt. Das ist ein grundlegendes Prinzip unserer Politik. Auch wenn wir unseren Standpunkt zu den jüngsten Ereignissen im Kosovo äußern, mischen wir uns damit nicht in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens ein. Wir erheben jedoch unsere Stimme, und wir haben das Recht dazu, wenn unseren Brüdern Ungerechtigkeit widerfährt, wenn sie der Gewalt und Unterdrückung ausgesetzt sind, wenn verschiedene Parolen wie die vom albanischen Chauvinismus und Irredentismus gebraucht werden, um die albanische Jugend und die Menschen im Kosovo zu diskreditieren. So wie Jugoslawien und jeder andere Staat das Recht hat, seine nationalen Minderheiten zu verteidigen und nach ihren Rechten zu fragen, so haben auch wir dieses Recht. Der Londoner Vertrag, der Vertrag von Versailles und irgendwelche anderen imperialistischen Verträge können nicht wieder auf dem Rücken des albanischen Volkes durchgesetzt werden. Das muß jedermann klar sein, Freund und Feind, großen und kleinen Staaten, Imperialisten und Sozialimperialisten, Antikommunisten und Pseudokommunisten genauso wie den kommunistischen Genossen und Brüdern und den fortschrittlichen Menschen.

„Nürnberg = Santiago"

Das war eine der vielen Losungen auf einer der vielen Demonstrationen, die in Nürnberg auf die Massenverhaftungen folgten. Um die Frage, was Bayern mit Chile gemein oder nicht gemein hat, ging es am 11.3. auch im Landtag. Die folgenden Auszüge aus dem Sitzungsprotokoll verdeutlichen besonders die Denkweise und die Ziele von Innenminister Tandler und seiner Partei.

Staatsminister Tandler: Wenn hier die Zwischenfrage an mich gerichtet wird: Sind Sie für Gewalt? dann muß ich sagen: Ist es richtig, eine Kundgebung zu diesem Thema in bezug auf Polizeimaßnahmen vom 5. Und 6. März durchzuführen, wenn die Polizei in Nürnberg nichts anderes getan hat als das, was ihre Aufgabe und ihre gesetzliche Pflicht ist, nämlich gegen Randalierer vorzugehen.

(Starker Beifall bei der CSU)

Ich zitiere aus dem mir vorliegenden Bericht weiter: Mitgeführte Transparente haben Aufschriften wie: Einstellung aller Verfahren — ist dies noch rechtstaatlich, frage ich?! — Schluß mit den Gestapo-Methoden!

(Unerhört! bei der CSU und lebhafte Zurufe von der CSU)

Nürnberg ist gleich Santiago — lieber Herr Strauß, Bayern ist nicht Chile.

(Abg. H[illegible]mann: So ist es! — Beifall bei de[illegible])

— Herr Kollege Hiersemann, Bayern ist nicht Chile. Bayern ist nicht das Chile des Herrn Allende und auch nicht das seines Nachfolgers. Bayern ist Bayern.

(Zuruf von der CSU: Und bleibt Bayern! — Beifall bei der CSU)

Mehr Wohnungen, weniger Polizei.

(Abg. Hiersemann: Sehr gut! — Beifall bei der SPD —

Heftiger Widersruch bei der CSU — Glocke des Präsidenten — Abg. Möslein: Er ist für weniger Polizei! — Lebhafte Zurufe und Unruhe)

Präsident Dr. Heubl: Meine Damen und Herren, ich bitte, sich wieder zu beruhigen. Das Wort hat der Herr Staatsminister des Innern.

Staatsminister Tandler: Ich zitiere aus dem Bericht weiter: Freiheit für alle,

(Beifall bei der SPD)

Kampf dem Polizeistaat und der Justiz — Laßt die Leute frei — Stoppt den Polizeistaat — Freiheit für Inhaftierte — Dieser Freistaat kotzt uns an —

(Hört, Hört! bei der CSU — Abg. Möslein: Die können doch auswandern! — Unruhe bei der CSU)

„Kraus raus" — Kraus ist der Name des Nürnberger Polizeipräsidenten.

(Abg. Hiersemann: Das wäre nicht schlecht!)

— Herr Hiersemann, ich muß Ihnen sagen, daß nach all den bisherigen mit Herrn Kraus gemachten Erfahrungen er seine ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben hervorragend gelöst hat.

(Lebhafter Beifall bei der CSU — Zurufe von der SPD, u.a.: Herrn Kraus durch Herrn Cremer ersetzen! — Abg. Hiersemann: Kennen Sie die Verfassung überhaupt?! Sie tun mir leid!)

Ferner wurde ein Sarg mitgetragen mit der Aufschrift: Strauß Tandler, Kraus: schließen Demokraten aus.

Der an die Kundgebung sich anschließende Aufzug führte durch die Innenstadt von Nürnberg zum Polizeipräsidium und von dort aus zur Justizvollzugsanstalt Nürnberg. Während der Kundgebung verteilten Angehörige der marxistischen Gruppe Erlangen-Nürnberg, der DKP, der SDAJ, der Volksfront, der KPD, der Jungsozialisten,

(Hört, hört! bei der CSU)

und des Evangelischen Jugendwerkes Flugblätter, die sich in polemischer Form mit den Ereignissen vom 6. März 1981 befaßten.

(Zaghafter Zuruf der Frau Abg. Pausch-Gruber — Heiterkeit bei der CSU)

Für die Veranstaltung wurde unter anderem in der Gesamtschule Nürnberg-Langwasser aufgefordert.

(Zuruf von der SPD: Schrecklich!)

Lehrkräfte des Gymnasiums Oberasbach sollen nach Angaben von Eltern die Schüler zum Besuch der Protestveranstaltungen ermuntert haben.

(Abg. Hiersemann: Alle entlassen, ganz schnell entlassen! — Weitere Zurufe von der SPD, wie Einsperren — Sofort raus!)

Meine Damen und Herren, ich wiederhole: Bevor ich diesen Bericht zitiert habe, habe ich gesagt: Wir dürfen der Gewalt und dem Terror auf unseren Straßen nicht hilflos zusehen. Dazu gehört, daß alle demokratischen Kräfte deutlich machen, daß das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit nur friedliche Demonstrationen schützt.

(Starker Beifall bei der CSU)

Manchmal ist es auch ganz gut, sich der Kommentare zu enthalten. Ich glaube, das Protokoll dieses Bayrischen Landtages ist eines Tages eine Fundgrube zu dem Thema „Beifall — an welcher Stelle".

(Beifall bei der CSU — Abg. Hiersemann: Ich hoffe, daß sie nicht nachlesen müssen, was Sie sich hier leisten! — Lebhafter Widerspruch von der CSU)

—Herr Kollege Hiersemann, im Gegensatz zu Ihnen.

(Abg. Hiersemann: Das ist billige Stimmungsmache, was Sie hier tun! — Starker Beifall bei der SPD — Zuruf von der CSU: Sie sollten sich was schämen! — Zuruf von der SPD: Wer schmeißt denn hier mit Lehm?!)

Meine Damen und Herren, wenn ich sage, wir dürfen der Gewalt und dem Terror auf unseren Straßen nicht hilflos zusehen, dann sage ich gleichzeitig auch: Die von manchen politischen Gruppierungen geradezu freudige Übernahme verharmlosender und verschleiernder Wortschöpfungen wie „Instandbesetzung" muß aufhören.

(Starker Beifall bei der CSU).



Ostern im Fernsehen

An Feiertagen steigert sich das Fernsehprogramm mit schöner Regelmäßigkeit zu besonders erlesenem Schwachsinn. So bleibt uns denn auch an Ostern der unvermeidliche Harald Juhnke ebenso wenig erspart wie das Ohnsorgtheater, das sich mit einem Schwank so richtig aus dem Leben gegriffen präsentiert: Ein Arbeiter wird Werftbesitzer und bleibt dennoch „Mensch". Dazwischen dann Hollywood-Klamotten wie „Verdammt in alle Ewigkeit", eine jener Militärschnulzen, die zynisch als Antikriegsfilme verkauft werden.

An Feiertagen fühlen sich die Fernsehanstalten aber auch verpflichtet, auf „Kultur" zu machen. Was dann konkret bedeutet, daß einige Opern aus den Archiven geholt werden. Und dabei ist durchaus Sehenswertes. Zum Beispiel:

* * *

Sonntag, 19. April
22.10 Uhr ARD

Die Krönung der Poppea. Von Claudio Monteverdi. Gezeigt wird die berühmte Züricher Inszenierung von Jean-Pierre Ponnelle, der das Werk des italienischen Barock-Komponisten in überzeugender Form für unsere Zeit neu entdeckt hat. Eine weitere Ponnelle-Inszenierung gibt's — allerdings nur für Teilnehmer von WDR III am

* * *

Samstag, 18. April
20.15 Uhr WDR III

La Clemenza di Tito. Mozarts letzte Oper stellt — übertragen auf die Zeit des römischen Kaisers Titus — den Kampf zwischen Adel und Zentralgewalt in der ausgehenden Feudalgesellschaft dar.

Mozart für alle gibt es dann am

* * *

Sonntag, 19. April
10.20 Uhr ZDF

Die Entführung aus dem Serail. Das Singspiel wird im Rahmen der ZDF-Matinée in einer Inszenierung von Günther Rennert an der Deutschen Oper Westberlin gezeigt.

Unter Spielfilmen im Osterprogramm ist immerhin einer, den man sich ansehen kann.

* * *

Montag, 20. April
19.30 Uhr ZDF

El Dorado. Dieser Western von Howard Hawks ist eine Variation der Themen aus seinem Film „Rio Bravo", der vor einigen Wochen im ZDF lief. Hawks demontiert hier nicht ohne Humor den Helden-Mythos des Western. Seine Helden sind zwei angejahrte, ziemlich abgewrackte Figuren (John Wayne, Robert Michum), die am Schluß des Films auf Krücken gehen.

* * *

Donnerstag, 23. April
20.15 Uhr ARD

Jetzt — nach so vielen Jahren. Aus Erinnerungen wird die Geschichte des hessischen Dorfes Rhina rekonstruiert, in dem vor der faschistischen Machtergreifung die Mehrheit der Einwohner Juden waren.

* * *

Donnerstag, 23. April
22.05 Uhr ZDF

Die Einwanderer. Chronik der Zeche Prosper/Ebel in Botrop und ihrer — zumeist aus Polen eingewanderten — Arbeiter.

Einzeldrucke von RM-Artikeln



Um die Arbeit mit dem „Roten Morgen" zu erleichtern und Material für die Agitation an der Hand zu haben werden Artikel des „Roten Morgens" zu aktuellen Fragen als Einzeldrucke herausgegeben. Folgende Drucke sind erschienen: Preis 0,50 DM für zehn Stück!

„Wie Faschismus entsteht — und verhindert wird";
„Die neuen Männer in Washington";
„Aus der Geschichte der KPD" (in türkischer Sprache).

Bestellungen an Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30.

Betrag bitte in Briefmarken beilegen!

Liebe „Roter-Morgen"-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen" keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen" mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN"!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46)
Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtsparkasse Dortmund
(BLZ 440 501 99) Kto.Nr. 321 004 547

Spenden für den „Roten Morgen" als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

„Keine Etatkürzungen an unseren Schulen!"

Volkskorrespondenz aus Bielefeld

Am Donnerstag, dem 2. April, fand in Bielefeld eine Demonstration gegen die **Rotstiftpolitik** an Schulen statt. Hierzu hatte die Bezirksschülervertretung (BSV) aufgerufen. Zu dieser Demo kamen ca. 3000 Schüler aus Bielefeld. Am stärksten waren Schüler von der Gesamtschule, von der Laborschule und vom Oberstufenkolleg vertreten. Die Schülergruppe der Roten Garde durfte natürlich auch nicht fehlen. Einen Tag vorher hatten wir ein Transparent mit der Aufschrift: „Keine Etatkürzungen an unseren Schulen!" gemacht.

Auch waren mal wieder einige Schüler von der Jungen Union da. Es waren etwa 15 mit einigen Transparenten, die Aufschriften trugen wie z.B.: „Aktionstag? — ja, so? — nein" oder „Wir stehen zu Schule und Staat" und „Die BSV vertritt nicht die Interessen aller Schüler".

Wir stellten uns dann mit unserem Transparent vor sie, so daß man ihre Transparente nicht mehr so gut lesen konnte. Aber auch andere Transparentträger stellten sich dann noch vor die JU-Leute.

Dann setzte sich der Demonstrationszug durch die Innenstadt in Gang. Auf der Abschlußkundgebung traten eine Vertreterin der DFV, ein alter SPDler, der früher im Bundestag war, Musiker und ein Vertreter der Landesschülervertretung auf. Am Abend fand eine Fete in der Gesamtschule in Schildesche statt.

Man muß aber abschließend sagen, daß die Schülervertretungen nicht sehr stark auf diesen Aktionstag hingewiesen haben; so war es zumindestens an meiner Schule, sonst wären wohl noch einige Schüler mehr zur Demo gekommen.

Seit Anfang Februar sind folgende Spenden für den „Roten Morgen" bei uns eingegangen:

Buchladen RM, Hamburg	90,—
D.M., Moers	12,—
D.O., Braunschweig	40,—
H.F., Lauterbach	100,—
P.K., München	119,65
T.R., Hamburg	50,—
A.K., Mönchengladbach	300,—
W.K., Essen	40,—
G.K., Bremen	400,—
Zelle Mümmelmannsberg, Hamburg	500,—
H.B., Bonn	50,—
P.K., München	1000,—
M.D., Hamburg	80,—
Zelle TAG, Duisburg	200,—
OG Aachen	125,—
OG Kiel	1000,—
Zelle Charlottenburg, Westberlin	500,—
M.K., Hamburg	1000,—
H.K., Westberlin	200,—
Zelle Kreuzberg, Westberlin	595,—
Zelle Neumühl, Duisburg	500,—
R.K., Kiel	83,—
Zelle Bramfeld, Hamburg	500,—
P.K., München	1000,—
Zelle Still, Hamburg	500,—
J.J., Neuberend	100,—
R.H., Bochum	300,—
Zelle Linden, Hannover	50,—
insgesamt	**DM 9434,65**

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Wichtiger Hinweis an alle Genossen:

Verwendet bitte für Eure Spendenüberweisungen *nur* die beiden oben angegebenen Konten der KPD. Als Empfänger der Überweisungen setzt bitte immer ein: KPD, 4600 Dortmund 30.

Wenn Ihr als Empfänger „Roter Morgen" eintragt, erreichen die Überweisungen uns nicht und gehen zurück.

Verwendet bitte auch nicht die im Impressum angegebenen Konten des Verlages Roter Morgen.

Der Weg der „Solidarität“

Klassenkampf oder Klassenversöhnung?

Zur Lage in Polen (2)

Bereits im Jahre 1978 war es zur Gründung gewerkschaftlicher Gruppen gekommen. So erschien am 29.4.1978 die Deklaration des Gründungskomitees Freier Gewerkschaften des Küstengebietes in der es unter anderem hieß: „In Erinnerung an die tragischen Erfahrungen vom Dezember 1970 und gestützt auf die Erwartung zahlreicher Gruppen und Kreise an der Küste, nehmen wir die schlesische Initiative auf, freie Gewerkschaften zu schaffen... Das Ziel der Freien Gewerkschaften ist die Organisierung der Verteidigung der ökonomischen, rechtlichen und humanitären Interessen der Arbeitnehmer... Alle Gesellschaftsschichten müssen die Möglichkeit erhalten, sich selbst zu organisieren und gesellschaftliche Institutionen zu schaffen, die ihre Rechte verwirklichen. Nur authentische Gewerkschaften und gesellschaftliche Assoziationen können den Staat retten, denn über eine Demokratisierung führt der Weg einer Vereinigung der Interessen und des guten Willens der Bürger mit den Interessen und der Stärke des Staates. Diese Aufgabe verwirklichen schon heute solche Institutionen wie das Komitee für Gesellschaftliche Selbstverteidigung, KOR...“

Wer und was ist nun das KOR, das offensichtlich maßgeblich an der Gründungsdeklaration der sogenannten „Freien Gewerkschaften“ mitgearbeitet hatte. Das KOR, „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter“, entstand anläßlich der Arbeiterunruhen im Sommer 1976 als ein Zusammenschluß polnischer Intellektueller verschiedenster revisionistischer, trotzkistischer, eurokommunistischer, sozialdemokratischer, antikommunistischer Couleur. Sein führender Kopf, Jacek Kuron, war bereits Ende der 50er Jahre zu langjähriger Haft verurteilt worden. Offensichtlich gehörte er zu jenen intellektuellen Kreisen, die wie in Ungarn der Petöfi-Club, in der DDR die Harich-Gruppe und andere anläßlich des Verrats der Chruschtschow-Revisionisten auf dem XX. Parteitag der KPdSU, der sogenannten Abrechnung mit Stalin, diese rechts zu überholen versuchte.

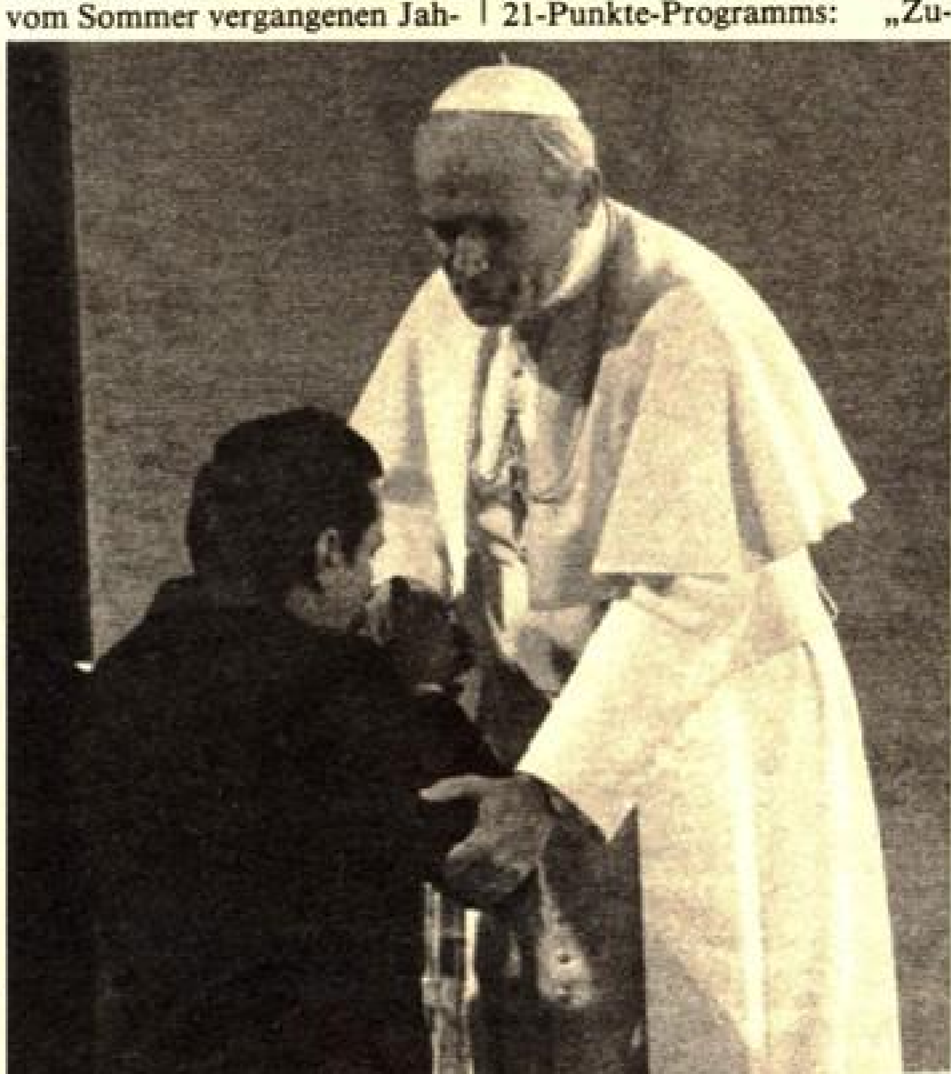
Die polnische Intelligenz

Schon immer hatte ein Großteil der bürgerlichen bzw. kleinbürgerlichen Intelligenz in den ehemals sozialistischen, später revisionistischen Staaten, der Sowjetunion wie auch Polen, Ungarn, der DDR usw. dem Marxismus-Leninismus, vor allem der Diktatur des Proletariats — in der sie eine Einschränkung ihrer Privilegien sahen — feindlich gegenüberstanden. Ihnen kam der XX. Parteitag der KPdSU wie ein Geschenk des Himmels, erlaubte er ihnen doch offener als bis dahin ihre antikommunistischen, konterrevolutionären, teils faschistischen Auffassungen und Thesen zu verbreiten. Zu ihnen gehören Dissidenten vom Schlage eines Solschenizyns, Griyorenkos etc.

Aber es gab auch andere, subjektiv ehrliche Intellektuelle, die der Arbeiterklasse zu helfen, zu dienen versuchten. Sie sahen offensichtlich Mängel, Abweichungen von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, die bereits vor dem XX. Parteitag der KPdSU in völlige Verwirrung und lenkte ihre berechtigte Kritik in die falsche, gegen Stalin, gerichtete Richtung. Das gilt genauso für jene, später Herangewachsenen, die im sogenannten „realen Sozialismus“ keine Widerspiegelung ihrer eigenen, wenn auch verschwommenen, Auffassungen vom Sozialismus sehen.

Diese Unterscheidung zu treffen, ist für die Taktik der Marxisten-Leninisten, für ihre Einheitsfrontpolitik unbedingt wichtig. Ein Havemann, ein ehrlicher Antifaschist, ist eben kein Solschenizyn. Doch in der Praxis sind die Forderungen auch jener zweiten Kategorie von Intellektuellen genauso gegen den Sozialismus gerichtet, wie die der ersten, wenn auch aus anderen Gründen. Das ist auch in Polen der Fall. Wenn zum Beispiel der von dem KOR inspirierte und unterstützte „Brief der 59“ ein gesellschaftlich-politisches System für Polen vorschlägt, das dem bürgerlich-parlamentarischen System der westlichen kapitalistischen Staaten entspricht und eine Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative vorschlägt, so hat das mit Diktatur des Kapitals alles, mit Diktatur des Proletariats überhaupt nichts zu tun.

In diesem Zusammenhang stand der Arbeiteraufstand vom Dezember 1970 an der polnischen Ostseeküste auf einem anderen, politisch höherem Niveau. Damals demonstrierte ein Großteil der Arbeiter mit der Internationale auf den Lippen und forderte im Kugelhagel der Polizei eine Rückkehr zum Sozialismus. Eine Forderung, die auch jetzt noch, anläßlich der Streiks vom Sommer vergangenen Jahres, von einem, wenn auch kleineren Teil der Arbeiter, erhoben wurde und sich in Worten ausdrückte wie: „Der Sozialismus ist gut, er wurde in Polen jedoch nicht verwirklicht.“ Wobei hier unter Sozialismus offenbar die Herrschaft der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats gemeint ist, auch wenn dies nicht immer klar zum Ausdruck kommt.



Lech Walesa — Kniefall vor dem Papst.

Anders die polnischen Intellektuellen. Während ein Teil von ihnen voll auf westlich-kapitalistischem Kurs segelte — in keinem Land des Ostens ist der Einfluß der bürgerlich-westlichen Kulturdekadenz so stark wie in Polen — und sich einen Dreck um die Interessen der polnischen Arbeiterklasse kümmerte, sah ein anderer, nämlich der im KOR organisierte, aus seinen trotzkistischen, eurorevisionistischen unter anderen Auffassungen heraus im polnischen Proletariat den natürlichen Bündnispartner, den es im eigenen Sinne zu beeinflussen galt. Es entstand die Zeitschrift „Robotnik“ (Arbeiter), deren Redaktionskollegium sowohl aus Vertretern des KOR als auch aus Arbeitern besteht. Das KOR, das sich laut Beschluß vom 29.9.1977 in „Komitee für gesellschaftliche Selbstverteidigung“ KSS-KOR umbenannte, beeinflußte nicht unwesentlich die Streiks vom Sommer vergangenen Jahres (wenn auch deren Organisierung in den Händen der Arbeiter lag) und das Entstehen der Gewerkschaft Solidarität.

Walesa — Sprachrohr des Papstes

Dennoch kann man nicht wie beispielsweise das revisionistische tschechische Zentralorgan „Rude Pravo“ sagen: KOR allein habe „seit vier Jahren“ die polnischen Streiks und die Zerschlagung der polnischen Einheitsgewerkschaft systematisch vorbereitet. Auch andere, vor allem die in Polen überaus mächtige katholische Kirche, mischten kräftig mit, wie zum Beispiel in der Forderung des 21-Punkte-Programms: „Zugang der Vertreter aller Glaubensgemeinschaften zu den Massenmedien“, zum Ausdruck kommt. Ihr Mann, ihr folgsames Sprachrohr ist der Gewerkschafts-„Ochse“ Lech Walesa: „Ich war immer schon ein Anführer, wie ein Bock, der seine Schafe leitet, wie ein Ochse, der seine Herde anführt. Die Leute brauchen so einen Ochsen, so einen Bock, sonst verzettelt sich die Herde und niemand folgt mehr dem richtigen Weg.“

Dieser Mann, der anläßlich seines Papst-Besuchs im Januar dieses Jahres erklärte: Seine Gewerkschaft werde die Richtlinien des Papstes und der katholischen Kirche befolgen, „wir wollen Deinen Rat und werden Dir immer treu bleiben“, ist einer der ärgsten Reaktionäre. Sein „richtiger Weg“ ist der der Umwandlung Polens in einen kapitalistischen Staat westlicher Prägung, des Wechsels der neuen mit den alten Ausbeutern und Unterdrückern der polnischen Arbeiterklasse.



Streik auf der Lenin-Werft — Beginn der neuen Gewerkschaftsbewegung.

Man braucht nur seine diversen Interviews zu lesen, um sich ein Bild von diesem Lakaien des katholischen Klerus machen zu können, der bezüglich des üblen Antikommunisten Solschenizyn sagte: „Ich bin mit ihm völlig einverstanden“, der über den Scharfmacher und Kriegstreiber Reagan sagte: „Ich mag Reagan. Jawohl. Ich mag ihn sehr.“ Walesa beschreibt „seine Freunde“ in der Zeitschrift „Stern“ vom 13.11.80 folgendermaßen:

„Wir haben sehr viele Freunde, darunter sehr reiche, und die müssen selbst wissen, wie sie uns helfen können. Auch wenn ich noch nicht in diesen Ländern war, so weiß ich doch, daß diese Freunde ziemlich reich sind. Ihr Reichtum läßt sie übrigens manchmal vergessen, daß sie auf der Hut sein müssen, was die internationale Politik angeht. Wenn sie nicht aufpassen, verlieren sie ihren Reichtum und alles andere auch.“

Sicher, den verlieren sie, doch nicht so sehr, was die internationale, sonder vielmehr was die nationale Politik angeht. Dann nämlich, wenn die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten sich in der sozialistischen Revolution gegen sie erheben. Uns aber zeigen solche offenherzigen Äußerungen, daß Solidarität und seine Bestrebungen nicht nur durch die kapitalistischen Massenmedien des Westens, sondern ganz direkt von den dortigen „Reichen“, eben den Kapitalisten, unterstützt werden. Darin unterscheidet sich Walesa in nichts von unseren Gewerkschaftfunktionären à la Vetter, Loderer etc., nur daß diese ihre Abhängigkeit vom Kapital nicht so offen äußern wie Walesa.

Es kann keinen Zweifel daran geben: Unsere Sympathie, unsere Unterstützung gilt voll dem um seine Rechte kämpfenden polnischen Proletariat. Deshalb unterstützten wir auch uneingeschränkt den Warnstreik von Solidarität gegen den Polizeiterror von Bydgoszcz, bei dem drei Gewerkschafter krankenhausreif geschlagen und insgesamt 27 verletzt wurden, nur weil sie das Gebäude des Verwaltungsrats in dem sie mit den zuständigen Behördenvertretern diskutierten, auf Aufforderung der Polizei nicht rechtzeitig verließen. Genauso hätten wir den diesbezüglich in letzter Minute abgewendeten Generalstreik unterstützt.

An diesem Beispiel zeigt sich die hohe Kampfbereitschaft des revolutionären polnischen Proletariats. Man braucht sich nur einmal vorzustellen, so etwas wäre bei uns passiert, in einem Gesellschaftssystem, das den Walesa, einigen Leuten vom KOR und dem katholischen Klerus offensichtlich als Ideal vorschwebt. Hier, wo derartige Übergriffe der Polizei gegen Demonstranten und Protestierende gang und gäbe sind. Ein Generalstreik, weil drei Arbeiter, Gewerkschafter, die sich weigerten ein Verwaltungsgebäude auf Polizeianordnung zu räumen, von Polizisten zusammengeschlagen wurden? Unvorstellbar. Einige lendenlame Proteste der Gewerkschaftsführung — wenn überhaupt — wären das höchste. Näher läge jedoch, man würde sie als Terroristen beschimpfen, weil sie die Spielregeln des parlamentarisch-demokratischen, des kapitalistischen Staates mißachtet hätten.

„Ruhe und Ordnung“

Das scheint auch den Walesa und seinen Hintermännern aufgestoßen zu sein, weswegen sie sich bemühen, die Sache nicht noch weiter zuzuspitzen, sondern für „Ruhe und Ordnung“ zu sorgen. Diese Politik liegt auch im Interesse der derzeit in Polen herrschenden Clique sowie der imperialistischen Mächte des Westens, vor allem der Bundesrepublik und Frankreich wie auch der Sowjetunion. Sie liegt nicht im Interesse des USA-Imperialismus.

Warum sie im Interesse der in Polen derzeit herrschenden revisionistischen Clique, der Kania, der Jaruzelski, aber auch der Olszowski und Grabski liegt, liegt auf der Hand. Sie sehen ihre, die Herrschaft der neuen polnischen Bourgeoisie durch die polnischen Arbeitermassen bedroht. Solange es noch um wirtschaftliche und demokratische Forderungen ging, wie sie im 21-Punkte-Programm formuliert waren, meinte man die Dinge noch hinnehmen zu können. Hoffte man doch durch eine hinhaltende Taktik den Forderungen die Spitze nehmen zu können, hoffte man doch die innerhalb von Solidarität bestehenden Widersprüche würden in der Perspektive zu einem Zerfallen der Organisation führen.

So lobte denn auch Polens stellvertretender Ministerpräsident Rakowski, daß der Gewerkschaftsbewegung Solidarität nicht nur Millionen junger Arbeiter angehören, die „bewundernswert“ seien, sondern auch Hunderttausende von Parteimitgliedern. Auch Ministerpräsident Jaruzelski sagte in seiner Rede vor dem polnischen Parlament: Er achte die Kräfte im unabhängigen Gewerkschaftsverband Solidarität, denen es um Ruhe gehe. Ins gleiche Horn stieß der Primas von Polen, Kardinal Wyszynski, der an das Verantwortungsbewußtsein von Solidarität appelierte und sagte: „Man kann nicht unablässig die Verantwortung auf die Nation, den Staat, das soziale und wirtschaftliche System schieben, ohne sie für sich zu erkennen.“

Ruhe im Land, ein Stillhalten der Arbeiterklasse, das ist es, was die Regierenden fordern. Deshalb die Rücktrittsdrohung Jaruzelskis für den Fall, daß seine Forderungen nach zweimonatiger Aussetzung jeglichen Streiks und ein Lohnstopp für dieses Jahr nicht angenommen würden. An Ruhe und Ordnung, daran, daß die herrschenden Kreise Polens mit der schwierigen Situation selbst fertig würden, ist auch die Sowjetunion interessiert. Sie scheut das Risiko einer bewaffneten Intervention, sie scheut davor zurück, von den Olszowski, Grabski oder anderen „brüderlich“ zur Hilfe gerufen zu werden.

Die sowjetischen Sozialimperialisten wissen um die Folgen solch eines Schrittes. Sie wissen, daß ihre sogenannte Politik der „Entspannung“, des Handels und Schachers mit dem Westen und hier vor allem mit der Bundesrepublik und Frankreich zu Ende wäre. Immerhin liegen sie, was die Inanspruchnahme von Krediten aus dem Westen betrifft, hinter Polen mit 14 Milliarden Dollar an zweiter Stelle. Zahlreich sind die Fabriken und Anlagen, die westliche Firmen in der Sowjetunion bauen. Doch nicht nur das Einfrieren der Wirtschaftsbeziehungen wäre die Folge. Ein Einmarsch von Sowjettruppen in Polen, ein militärisches Eingreifen zur Niederschlagung von Streiks und Aufständen, würde zwangsläufig zu einer weiteren Anlehnung der westeuropäischen Mächte an die USA, zu einer uneingeschränkten Anerkennung der Führungsrolle Reagans führen. Damit erhielten auch in diesen Ländern wie der Bundesrepublik, die Scharfmacher und Revanchisten weiteren Auftrieb. Desweiteren würde das nach dem Überfall auf Afghanistan bereits gesunkene Ansehen der Sowjetunion in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas dem Nullpunkt zustreben.

(Schluß folgt.)

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

ROTER MORGEN

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayi: 16 17 Nisan 1981 Yıl: 15 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar

1981 işçi temsilciliği seçimlerinde

Muhalefet listeleri büyük başarı kazandı!

RGO güçleniyor ve gelişiyor!

DORTMUND. — Bu yılın Mart ayı başlarında başlayan işçi temsilciliği seçimleri, Mayıs ayı sonunda büyük çoğunlukla sona ermiş olacak. Ara bir bilanço yaptığımızda, asıl eğilim olarak işçi sınıfı hareketi içinde sınıf mücadeleci akımın dikkate değer biçimde güçlendiğini görürüz. Sınıf mücadeleci pek çok listenin işçi temsilciliği seçimlerinde aldığı başarılı sonuçlar, bu gerçeği ispatlamaktadır. Özellikle Devrimci Sendika Muhalefeti'nin (RGO) kazandığı başarılar bunu daha da açıkça kanıtlamaktadır.

Aşağıda bu yılki işçi temsilciliği seçimlerinde önemli sonuçlar elde eden sınıf mücadeleci, sol muhalefet listelerinden bir dizi örnekler vereceğiz. Ama, saydığımız bu örneklerin en önemlileri olduklarını iddia etmiyoruz.

★Farbwerke Hochst, Frankfurt: İşçi temsilciliğinin başına çöreklenmiş olan IG Chemie sendika ağalarına karşı "İşçiler açık bir işçi temsilciliğinden yana" isimli bir muhalefet listesi oluşturuldu. Bu liste işçi kesiminden oyların yüzde 16'sını aldı ve bununla işçi temsilciliğine yedi aday gönderdi.

★Kraftwerk-Union AG, Batı Berlin: RGO işçi temsilcisi Uwe Jessen'in başında bulunduğu "Solcu Sendikacılar Listesi", dört aday listesinin katıldığı seçimlerde işçi oylarının yüzde 20,3'nü aldı ve iki işçi temsilcisi kazandı.

★Freudenberg, Weinheim: Deri sanayiinin en büyük işletmelerinden olan bu fabrikada yaklaşık 10 000 kişi çalışmaktadır. "Frischer Wind" adlı sınıf mücadeleci liste, işçi kesiminden oyların yüzde 34,6'sını alarak, yedi işçi temsilcisi kazandı.

★Gillette, Batı Berlin: IGM listesine muhalefet eden sınıf mücadeleci "işyeri sendika temsilcileri listesi", oyların yüzde 40'ni aldı ve işçi temsilciliğine altı aday gönderdi.

★BMW, Batı Berlin: BMW motosiklet fabrikasındaki işçi temsilciliği seçimlerini işçi kesiminde dört ayrı liste katıldı. Sınıf mücadeleci bir muhalefet listesi, oyların yüzde 23'nü alarak, üç işçi temsilciliği kazandı. IGM resmi listesinde de, özellikle sınıf mücadeleci işçi arkadaşlar adaylığını koymuştu. Bu liste, oyların en büyük bölümünü (yüzde 38) aldı ve işçi temsilciliğinde beş sandelye işgal etti.

★Hoesch-Union, Dortmund: RGO listesi, Hoesch demir-çelik fabrikasının Union işletmesinde sadece iki adayla oyların yüzde 31,7'sini aldı. Listede yeterli aday olmuş olsaydı en azından yedi işçi temsilcisi seçilmiş olurdu.

★Siemens-Bosch Hausgeräte-Werk, Batı Berlin: RGO listesi işçi kesiminde oyların çoğunluğunu (yüzde 51,5) alarak, IGM listesini geride bıraktı. Liste yeterli adaya sahip olmuş olsaydı, sekiz işçi temsilciliği kazanırdı. Ama, listede sadece yedi aday vardı.

Bu saydıklarımız eksik olmakla beraber, kısa süre önce, IGM'in olduğu alanlarda muhalefet listelerinin gerilediğini söyleyen IGM'in başkanı Loderer'ın iddialarını yalanlamaktadırlar. Ayrıca dikkate alınması gereken bir diğer nokta da, çoğu büyük işletmelerde muhalefet güçlerinin büyük etkisi sonucu kişilik seçimlerinin yapılmış veya yapılmakta olduğudur. Bu durumda, muhalefetteki pek çok arkadaş, sendika listelerinde adaylığını koymuştu.

(„Grosse Erfolge für oppositionelle Listen" RM/Nr. 16, S. 1)

Geçen Cumartesi günü Frankfurt'ta KPD'li yoldaşların da içinde yer aldığı 300'ün üzerinde Türkiyeli ve Alman anti-faşist, "Bozkurtların" düzenlediği bir toplantıyı protesto etmek amacıyla yürümüşlerdi. Vahşi bir teröre başvuran polis, yürüyüşçüleri joplayarak, onlardan bir grubunu tutukladı. Saldırısı esnasında Türkçe çağrı yapan polis, "durun, yoksa ateş açarız" demişti. Gerçekten de, bir kaç el havaya ateş açtı.

POLİS YÜRÜYÜŞÇÜLERİN ÜZERİNE ATEŞ AÇTI !

Geçen Cumartesi günü Frankfurt'ta KPD'li yoldaşların da içinde yer aldığı 300'ün üzerinde Türkiyeli ve Alman anti-faşist, "Bozkurtların" düzenlediği bir toplantıyı protesto etmek amacıyla yürümüşlerdi. Vahşi bir teröre başvuran polis, yürüyüşçüleri joplayarak, onlardan bir grubunu tutukladı. Saldırısı esnasında Türkçe çağrı yapan polis, "durun, yoksa ateş açarız" demişti. Gerçekten de, bir kaç el havaya ateş açtı.

1981 toplu sözleşme turları

IGM-Yönetimi kulisler arkasında dolap çeviriyor

Yüzde 4,9'luk „düşünme modeli" güçlü protestolarla karşılaştı

FRANKFURT. — Metal sanayiinde çalışan işçiler arasında grev genel oylaması ve geniş çaplı bir greve gitme talepleri yükseldiği bir sırada, metal işçileri sendikası IGM merkez yönetim kurulu, kapalı kapılar arkasında işverenlerle uzlaşmaya çalışıyor. Sendika ağalarının, gerçek ücretlerin düşürülmesini tabana kabul ettirmek için giriştikleri ilk çabalar, tabanın güçlü protestolarıyla boşa çıkarıldı.

IGM görüşme komisyonu, "düşünme modeli" denilen ve yüzde 4,9'luk bir ücret zammı ile anlaşmayı içeren uzlaşma önerisini Nordrhein-Westfalen Eyaletindeki toplu sözleşme görüşmelerinde masa başına getirdi. Sendika ağaları, görünüşte böyle bir "düşünme modeli" ile patronların görüşlerini yoklamak istediklerini söylemektedirler. Ama, özünde ise işçilerin yüzde 4,9 ücret zammıyla yetinip, yetinmediklerine dair nabzını yoklamak istemektedirler. Gerçi işveren tarafı, bu öneriye sırt çevirdi.

Ama, bu onların bu öneriyi kabul etmedikleri anlamına gelmez. Sendika ağalarının, gerçek ücretleri düşürmek için giriştikleri çabalar ve çevirdikleri dolaplar sendika tabanı tarafından kin ve nefretle, protestolarla karşılanmaktadır. Hatta, işletmelerdeki pek çok IGM görevlileri, toplu sözleşme komisyonunun geri çekilmesini talep etmektedirler. Sendika tabanının bu baskısı sonucu, büyük toplu sözleşme komisyonu bu öneriyi (yüzde 4,9 önerisini) geri almak zorunda kaldı.

IGM-Yönetimi, ücretlerin kapitalistlerce yağmalanmasını getiren bir toplu sözleşme anlaşmasını hazırlamış bulunmakta ve bunu yakında kapitalistlere sunmak üzeredir. Bu şartlar karşısında önümüzde duran görev, tabanın baskısını daha da güçlendirmektir. Gerçek ücretlerin hissedilir bir şekilde düşürülmesine tek alternatif; grev genel oylaması ve bütün metal işçilerinin katılacağı geniş çaplı bir grevdir!

(„IGM-Führung mauschelt hinter den Kulissen" RM/Nr. 16, S. 1)

Polonya

Grev yasağı parlamentoda kabul edildi

Jaruzelski geri çekilmekle tehdit ediyor

VARŞOVA. — Polonya Hükümet Başkanı Jaruzelski, geçen hafta Cuma günü general uniforması içinde parlamento kürsüsüne çıkarak, grevlerle ilgili hükümet programını açıkladı. O, grev hareketlerine sed çekilmesi için parlamento tarafından kendisine geniş ölçüde yetki verilmediği taktirde geri çekileceğini belirtiyordu.

Jaruzelski, bundan üç ay önce göreve başladığı sırada; hükümet ile "Dayanışma" sendikası arasındaki çatışmalara üç aylık "dinlenme molası" önerdiğini hatırlatıyordu. Revizyonist Hükümet, geçmiş dönemde olduğu gibi, bugün de en önemli görev olarak "grev hareketlerinin önlenmesini" görmektedir. Ama, grev hareketlerinin önlenmesi artık ricalarla değil, devlet tarafından alınan sert önlenlerle gerçekleştirilmek istenmektedir.

Polonya Parlamentosu, Hükümet şefinin geri çekilme tehditi etkisi altında iki ay greve "ara verme" kararı aldı. Bu karar, grevlerin süreli (geçici) olarak yasaklanmasından başka bir şey değildir. Polonya Hükümeti ve Parlamentosu, "Dayanışma" sendikasıyla imzalanan anlaşmanın kendilerine bu yetkiyi verdiğini iddia etselerde bile, bu Polonya işçi sınıfının geçen yaz zorlu mücadeleler sonucu kazanmış olduğu grev hakkına yapılmış ağır bir saldırıdır. Jaruzelski, ayrıca işçileri yeni ücret zamları önermemeye çağırıyordu ve bunun yerine hükümet ile işbirliğine gitmek için çaba göstermelerini istiyordu.

(„Parlament beschliesst Streikverbot" RM/Nr. 16, S. 1)



300'den fazla ölü ve yaralı

Belgrad askeri birlikleri Kosova'da katliam yaptı

Arnavutluk SHC, „örneği görülmemiş zorbalığı" protesto etti

BELGRAD. — Yugosavya'nın güneyinde Arnavutların yaşadığı Kosova "otonom Eyaletinde" İlân edilen sıkıyönetim, hafta sonunda henüz kaldırılmamıştı. Kosova'ya giriş ve çıkışların bütünüyle yasaklanmasına karşın bölgeye girebilen batılı gazeteciler "tahrip edilmiş bir manzaradan" bahsetmektedirler.

Yugoslav yöneticileri, güvenlik güçlerinin Kosova'nın bir çok şehrinde yürüyüşçü öğrencilerin ve işçilerin üzerine ateş açtıklarını geçen günlerde kabul ettiler. Yugoslav resmi açıklamalarına göre, gerçekleştirilen katliamda 11 kişinin öldürüldüğü söylenmektedir. Gerçekten ise, katledilenlerin ve yaralananların sayısı 300'ü geçmektedir.

Belgrad yönetimi, tanklar, askeri ve polis birlikleri vasıtasıyla yürüyüşlerin cani ve vahşi bir biçimde bastırılmasını meşru göstermeye ve Kosova'da gerçekleştirdiği katliamı haklı göstermeye çalışmaktadır. Ve hatta, yeni katliamlarla Kosova halkını tehdit etmekte ve şöyle açıklamaktadır: Düzene yönelen her türlü eylem "en sert biçimde" cezalandırılacaktır.

Arnavutluk Emek Partisi merkez yayın organı "Zeri-i-Popullit", yayınladığı uzun bir makalede Kosova'daki "örneği görülmemiş zorbalığı" sert bir şekilde protesto etti ve aynı zamanda Arnavutluk'un Yugoslavya'nın içişlerine karıştığı ile ilgili sahte iddiaları reddetti.

(„Massaker der Belgrader Truppen im Kosovo" RM/Nr. 16, S. 1)



Yugoslav tankları bir manevra sırasında

Protesto eylemi yasadışı gösterilmek isteniyor

Brokdorf yürüyüşçüleri "cinayete teşebbüs" suçundan tutuklandı!

28 Şubat günü yapılan büyük yürüyüşe 100 000 kişi katılmıştı

Brokdorf'ta 28 Şubat günü yapılan büyük kitle yürüyüşüne yaklaşık 100 000 kişi katılmıştı. Gericilik, ilkin yürüyüşü yasaklamıştı, fakat bunda başarılı olamamıştı. Yasaklama kararının sökmediğini gören egemen sınıflar, 20 000 polisi Brokdorf'a göndererek, yürüyüşü engellemeye çalışmışlardı. Bu arada, yürüyüşe katılanlardan iki kişi polisle çatışmaya katıldıklarından ötürü tutuklandılar. Yürüyüşçüler, yaralama veya benzeri şeylerle değil, "cinayete teşebbüs" ile suçlanmaktadırlar.

Brokdorf'ta atom enerjisini protesto eden emekçileri cani ve katil olarak göstermek için, polis terörünü ve yürüyüşün var olan yasalara aykırı olarak yasaklanmasını haklı göstermek için bu gibi suçlamalara başvurulmakta ve emekçilerin haklı eylemleri, kriminal olaylar olarak gösterilip, cezalandırılmak istenmektedirler. Ama, gericiler bununla yetinmemekte ve tutuklanan iki yürüyüşçüye örnek bir ceza vererek, adaletin terörünü şiddetlendirmek için yeni gerekçeler kazanmak çabasındadırlar. Eğer, iki yürüyüşçü "cinayete teşebbüsle" yargılanıp, cezalandırılacak olursa, bundan böyle polisle çatışmaya giren her kişi—polis saldırıyı başlatsa bile—"cinayete teşebbüsten" ve hatta cinayet suçundan yargılanıp, cezaevine atılabilirler.

İki yürüyüşçünün tutuklanmasına sebep gösterilen olayda, meselenin gerçek yüzü bilinçli olarak açıklanmamakta ve asıl saldıranın polis olduğu inkar edilmektedir. Öldürmeye sözde teşebbüs edildiği söylenen yaralı polis, bir yürüyüşçüyü yakalamak istediği sırada kayarak, su çukuruna düşmüştü. Bu polis, saldırdığı arkadaşı en vahşi bir biçimde joplamıştı ve sürükleyerek, bozlu suyun içine atmıştı. Bu arada kendiside kaçmış ve çukura düşmüştü.

Bundan sonraki gelişmeyi olayın geçtiği yerin çok yakınında bulunan yürüyüşçülerden biri, "Stern" dergisine gönderdiği bir mektubunda şöyle anlatmaktadır: "Bunun üzerine, yürüyüşçüler polisin üzerine acele yürüyerek, tahta sopalar ve bir belle onu dövmeye başladılar. Yakındaki yürüyüşçülerin diğer büyük çoğunluğu; bırakın, bırakın diye çağırdılar ve polisi kıyıya çektiler. Biz, büyük bir grup halinde polisin etrafında çevreyi önce oluşturduk ve onu koruduk. Daha sonra, dört veya beş arkadaş, onu yürüyüşçülerin oluşturduğu bir sıhhi grubuna getirdiler ve orada doktor tarafından tedavi altına alındı."

Bu durum ne televizyonda, ne de basında açıklandı.

Ama, devletin polis memurunu haklı göstermek ve polis terörünü meşrulaştırmak için başvurduğu çabaları göz önüne aldığımızda, 1976 yılındaki bir olayı hatırlıyoruz.

Brokdorf'ta yürüyen yüz bin kişiden biri, 1976 yılının 13 Kasım'ında yine Brokdorf'ta yapılan ve 30 bin kişinin katıldığı kitle yürüyüşünde yer almıştı. Bern Woitalla adı henüz çoğumuzun aklındadır.

O zaman Kiel'deki gemi tersanesi HDV'de işçi temsilcisi olan Bern Woitalla yoldaş, bir hata yaparak, başına mığfer geçirmemişti. (Bugün CDU, her şart altında yürüyüşçülerin mığfer takmasını yasaklamak istemektedir) Bir polis, bir kaç metre yakından hedef alarak, Bern yoldaşın kafasına taş atmış ve ölüm derecesinde çok ağır bir şekilde yaralamıştı. Bu yaralama sonucu O rahatlıkla ölebilirdi. Atılan taş, onun kafasını paramparça etmiş ve konuşma merkezini feci bir şekilde yaralamıştı. Ağır bir ameliyat onun hayatını kurtardı, ama o bu yaranın acısını henüz çekmektedir.

Buna karşın, ona yardımcı olmak hiç bir savcının aklından bile geçmemişti. Onu azkala katleden polisin cezalandırılması için verilen dava dilekçeleri birçok defa reddedildi. Olayı gerçekleştiren polisin ismi açıklanmadı. Polis yönetimi ise, adi bir biçimde, polisin asla taş atmadığını iddia etmekte idi. Gerçi, yoldaşlar ve diğer atom aleyhtarları, olayın meydana geldiği sırada hangi polis birliğinin saldırıda bulunduğunu ispatlamışlardı. Ama, bugüne kadar en ufak bir önlem alınmadı ve polisin ismi sadece amiri ve birliği tarafından bilinmektedir. Suçlunun tespit edilmesi bayağı basit olduğu gibi, Almanya çapında bir araştırmaya girmeye de gerek yoktu...

Ama sıradan bir işçinin hayatının onlar için hiç bir değeri yoktur. Ve bu yıl içinde yürüşçüleri bilerek ağır şekilde yaralayan ve onları adi muameleye tabi tutan polisler de—ki bunlar tespit edilmiştir—kesinlikle ceza beklememektedirler. Ve aynı şekilde Brokdorf yürüyüşünde röportajcıları joplayan hem de feci şekilde döven polisler de cezalandırılmayacak. "Stern" dergisinden aldığımız yandaki resim serisi, Koçak'ın polisler tarafından vahşi bir şekilde nasıl dövüldüğünü ispatlamaktadır. Brokdorf'ta şiddete ilk olarak başvuranın polis olduğu ispatlanmaktadır. Brokdorf'ta şiddete ilk olarak başvuranın polis olduğu inâr edilemez. Bu gerçeği gerici basın, TV ve radyo kışkırtma kampanyasıyla silip atamaz ve unutturamaz.

(„Brokdorf-Demonstranten wegen 'Mordversuch' verhaftet" RM/Nr. 15, S. 2)







Yukardaki resimler yürüyüş esnasında Brokdorf'ta atom enerji reaktörünün inşaat sahası önünde çekilmiştir. Resimde de görüldüğü gibi; Polis, Münih'ten gelen röportajcı Serdar Koçak'ı joplayarak yere sermekte ve yerde vahşi bir şekilde dövmeye devam etmektedir. Koçak, başından ve kollarından ağır şekilde yaralandı ve malzemeleri (fotoğraf makinası, teyip vs.) tahrip edildi.

Polis terörü ve konut sorunu protesto edildi



Bielefeld şehri 28 Mart günü en büyük yürüyüşlerinden birini yaşadı. Yaklaşık 5 000 kişinin katıldığı yürüyüş, şehrin merkezinde yapıldı ve konut sorunu, henüz oturulacak durumda olan evlerin yıkılması ve Bielefeld polisinin estirdiği terör protesto edildi. Daha önceden 13 Mart günü "Teutoburger Wald" yakınlarında yapılan kendiliğinden bir yürüyüş, sakin geçmesine rağmen, polis tarafından vahşi bir şiddet kullanılarak dağıtılmıştı. Bu saldırı sonucu pek çok yürüyüşçü yaralanmıştı. Bir yıldan beri boş duran bir evin 25 Mart günü yıkılmaya başlandığı sırada, polisin Özel Hareket Komandosu, (Spezialeinsatzkommando-SEK) yayalara ve gençlere kimyasal gazlar sıkarak, saldırmaya başlamıştı. Çünkü, bu insanlardan bir bölümü binanın yıkımını protesto etmek için, bir bölümüde meraklı olduklarından yıkılan binanın önünde toplanmışlardı. Bir SEK polisi, yakın mesafeden 13 yaşındaki bir öğrencinin üzerine kimyasal gaz sıkarak, ağır şekilde yaralamıştı. Bu olay Bielefeld halkı içinde sert bir tepkiye geniş bir dayanışmaya yolaçtı. Çeşitli örgütler arasında bir birliğin sağlanmasıyla 28 Mart günü yapılan bu güçlü yürüyüşe çağrı yapıldı.

Günter Routhier polis tarafından öldürüldüğü halde,

Christian Sigrist hüküm giydi!

MÜNSTER. — Günter Routhier yoldaş KPD'nin bir üyesi idi. Polisin bir saldırısında aldığı ağır darbeler sonucu 1974 yılında kan kaybından ölmüştü. Ülkemizdeki devrimciler ve demokratlar, Günter yoldaşın polis tarafından "katledildiğini" açıklamışlardı. Yoldaşımızın polis tarafından öldürüldüğü şimdi mahkeme tarafından da kabul edilmekle beraber, geçmiş dönemde olayın sorumlusunun polis olduğunu söyleyen onlarca devrimci ve demokrat tutuklandı ve haklarında dava açıldı, birçoğu hüküm giydi. Profesör Christian Sigrist te, yoldaşımızın polis tarafından "katledildiğini" ileri sürdüğünden, geçen günlerde 3600 DM para cezasına çarptırıldı.

Hanfried Brenner, 1974 yılında işyerindeki sendikal çalışmalarından ötürü Mannesmann demir-çelik fabrikası patronları tarafından işten atılmıştı ve Duisburg iş mahkemesinde Mannesmann hakkında dava açmıştı. Dava mahkemede görüşüldüğü gün, Günter ve diğer yoldaşlar da mahkemeye dinleyici olarak gitmişlerdi. Dinleyicilerin, yargıcın tavırlarını protesto etmeleri üzerine polis çağrılmış ve gelen polis mahkeme salonundaki insanlara vahşi bir biçimde saldırarak, zorla dışarı sürüklemişti. Özellikle polisin saldırı esnasında hedef aldığı Günter, önce başından ağır darbeler almış ve sonradan polis tarafından itilerek, mahkeme basamaklarından aşağı yuvarlanmıştı ve kan kaybından ölmüştü. Günter'in polis tarafından öldürüldüğünü şimdi Münster'deki Eyalet Mahkemesi de kabul etmektedir. Eyalet Mahkemesi, bu ölüm olayının sorumlusunun polis olduğunu kabul eden ilk Batı Alman Mahkemesi olmakla beraber, Pr. Christian Sigrist'e 3600 DM para cezası verdi. Sigrist'te, diğer devrimciler ve demokratlar gibi, olayı polisin bir "katliamı" olarak nitelendirmişti. Mahkeme: Günter'i öldürenin polis olduğu söylenebilir, ama polisin bir katliamı—hukuk dilinde cinayet —olduğu söylenemez, bunu söyleyenler cezalandırılır.

Böyle bir değerlendirme sadece bir amaca hizmet etmektedir: Yargıçlar, olayın üzerine gitmekten ve olayın sorumlularını cezalandırmaktan çekinmektedirler. Çünkü, olayın ciddi bir şekilde araştırılmasıyla, Christian Sigrist veya bu olayda polise hakaret etmekten yargılanan bir diğer kişi berat edecek, bu kişileri hakkında yıllarca sürdürülen kovuşturmaların, para cezalarının ve mahkumiyetlerinin haksız ve yasal olmadığı ortaya çıkacak ve bu davaları yürüten, cezaları veren mahkemeler ve yargıçlar teşhir edilmiş olacak. Bugüne kadar hiç bir mahkeme, Günter'in ölümünü araştırmadı ve sadece olayın sorumlusunun polis olduğunu söyleyenleri haksız yere yargıladı.

Duisburg "polisine hakaret" edildiği gerekçesiyle açılan bütün davalarda, Pr. Sigrist'in davası da dahil, Günter'in polis tarafından "katledildiğini" gerçeği en ufak bir rol oynamadı. Mahkemenin tek cevabı: Polis katledemez nokta. Ve şimdi, Günter yoldaşı sürükleyerek, merdiven basamaklarından aşağı yuvarlatan iki polisin de içinde bulunduğu polislerin mahkemede dinlenmesiyle savcı, verdikleri ifadeleri şöyle değerlendirmek zorunda kalıyor: "Mahkeme önüne çıkarılan polislerin bir kaçı bayağı kötü bir etki bıraktılar." Siyasi polis memurlarından Werner ve Kluten, birbirleriyle çelişen en azından dört ifade verdiler ki, bu ifadelerin bir bölümü üzerine yemin içmişlerdi. Savcı Schwer: "Onların (polislerin) açıklamaları birbiriyle çelişiyor, onlardan birisinin yalan söylemesi gerekir."



Gencene Günter Routhier

Günter Routhier yoldaş ağır yaralı olduğu halde polis arabasına sürüklenmişti.

Bu durumda, mahkeme, "polise hakaret edildiği" suçlamasını geri almak zorunda kaldı. Geride kalan tek şey; polise karşı kullanılan ağır dil idi. Çünkü, polisin öldürdüğü doğru ama, polis katledemez ve böyle bir şey asla söylenmemeli! Polisin kasten öldürdüğü ispatlanamıyormuş! Mannesmann tekelinin eski avukatı (şimdi tekelin yönetim kurulu üyesi), Günter'in olay esnasında söyledikleri sözleri açıklamıştı: Günter, "beni rahat bırakın, ben kan hastasıyım" (aralıksız kanama), polisler bunu çok iyi bildikleri halde, onu dövmeye devam etmişlerdi.

Bundan ötürü, Sigrist'in avukatı, olayı "büyük bir olasılıkla adi bir katliam"—hukuk dilinde cinayet—olarak ifade etmişti.

Avukat Schlily, hukuk dilinde kullanılmamakla beraber, böyle bir ölüm olayının halk dilinde "katledilme" olarak geçtiğini açıkladı. Ama, mahkeme bunu göz önüne almadı. Avukatın, belgelerle ve örneklerle ileri sürdürdüğü bu iddiaların bir gerçek olduğu şüphe götürmez. Ama, mahkemenin "normal" bir karar vermesi beklenemezdi. Çünkü, üstteki yöneticiler daha farklı bir karar beklemektedirler.

Pr. Christian Sigrist, mahkeme kararına itiraz etti. Bütün devrimciler ve demokratlar, Christian arkadaşın yanındadırlar. Günter yoldaşın ölümünden sorumlu olan polisler cezalandırılmalıdır! Biz, bu konudaki çalışmalarımızı devam ettireceğiz.

(„Christian Sigrist verurteilt" RM/Nr. 15, S. 7)

Hoesch-Union'da RGO büyük bir başarı sağladı

RGO Listesi Oyların yüzde 31,7'sini aldı

DORTMUND. — Dortmund'daki Hoesch demir-çelik fabrikasının üç büyük kolundan biri olan Union işletmesinde işçi temsilciliği seçimleri yapıldı ve Devrimci Sendika Muhalefeti Seçimlerde yeniden önemli bir başarı sağladı. Listede sadece RGO işçi temsilcileri Hartmut Siemon ve Nobert Bömer adaylığını gösterdiği halde, oyların yüzde 31,7'sini aldı. RGO'nun bu başarısı, sendika ağalarına ve patronlara karşı verilen mücadelenin bir ürünüdür.

İşçi temsilciliği seçimlerinde kullanılan 2981 oydan 926'sı, yaklaşık üçte biri RGO listesine gitti. Eğer listede yeterli aday olmuş olsaydı, RGO yedi işçi temsilcisi kazanmış olurdu. Bu durumda IGM listesi, seçimde 5 işçi temsilcisi fazladan kazanmış oldu. IGM listesinde yer alan adayların ön seçimde demokratik bir tarzda seçilmesiyle bir kaç ilerici arkadaşta bu listede adaylığını gösterebilmişti.

...lıyordu. RGO, Hoesch-Union işletmesinde oyların önemli bir bölümünü aldığı için, işçi temsilciliği istifa etmişti. Bu durumda işçi temsilciliği seçimleri tekrarlanmak zorundaydı. İlk seçimlerde RGO listesi oyların yüzde 34'nü almıştı. Listede sadece iki aday yer aldığından , bu yılki gibi fazla işçi temsilcisi seçilememişti.

Bu seçimlerde de RGO listesi yedi işçi temsilcisi almaya hak kazanmıştı. Yeni seçilen işçi biri, bir buçuk yıllık bir süreden sonra kişisel nedenlerden ötürü işçi temsilciliğinden geri çekildi)

RGO'nun bu seçimlerde aldığı sonuçların, 1978 yılındaki ilk seçimlerde aldığı sonuçlardan (yüzde 34 oy almıştı) daha olumlu değerlendirmek zorundayız. Gerçi, o zamanlar işyerindeki protestolar bugünden daha önemli bir rol oynuyordu. Ama, bu yılki işçi temsilciliği seçimlerinde IGM şube yönetimi, ilk defa IGM listesinde yer alan adayların demokratik olarak personal tarafından seçilmesine olanak sağlamıştı. Tabii ki, IGM şube yönetimi demokratik bir anlayışa sahip olduğundan değil, RGO listesini yenilgiye uğratmak için böyle bir taktiğe başvurmuştu.

Ama, bundan da önemlisi; RGO'nun, bundan üç yıl önce yapılan işçi temsilciliği seçimle-



Sembolik bir tabut: RGO işçi temsilcileri Hartmut Siemon ve Norbert Bömer (resimde beyaz elbiseliler), Hoesch'de patronların işyerlerini tahrip etmelerine karşı işçilerle beraber kararlı bir mücadele vermektedirler. Yukarıdaki resimde işverenlerin toplu işten atma planlarını mezara gömmeyi sembolik olarak canlandıran tabutla Hoesch idare meclisine yürümektedirler.

IGM listesi, seçimde 1898 oy aldı. Bu yılki işçi temsilciliği seçimlerinden işçi kesiminde 3610 işçi oy kullanma hakkına sahipti. 94 işçinin kullandığı oy geçersiz sayıldı. Hoesch'ün iki işletmesinde olduğu gibi, Union'da da seçime katılma oranı yüzde 80 idi. Bir işçi temsilciliği seçimi için bu katılım bayağı iyi bir orandır. Hoesch'ün diğer iki işletmesinde sınıf mücadeleci listeler yoktu.

Karşılaştırmak amacıyla, 1978 yılında Hoesch-Union işletmesinde yapılan işçi temsilciliği seçimlerinin sonuçlarını verelim: RGO, o zaman yapılan işçi temsilciliği seçimlerine katılımsilciliğinin geri çekilmesinden sonra, IGM şube yönetimi, seçimlerin yenilenmesini RGO'ya karşı sürdürdüğü kaba bir kışkırtma kampanyasıyla birleştirdi ve bunun sonucu RGO'nun ikinci seçimlerinde aldığı oy oranı yüzde 15,7'ye düştü. Tabii ki, bu durum işçi arkadaşların RGO'yu ve onun çalışmalarını pek iyi tanımadıklarından ileri geliyordu.

Buna rağmen RGO'nun ikinci seçimlerde aldığı oylar, beş işçi temsilcisinin seçilmesine yeterli geliyordu. Ama, listede sadece üç aday yer aldığından, geri kalanlar IGM listesinden seçilmişti. (Bu arkadaşlardan riyle beraber ilk olarak ortaya çıkmasıydı. O zamanlar inşa durumunda olan Hoesch işyeri grubu, işçi temsilciliği seçimleri vasıtasıyla önemli bir atılımda bulunmuştu. Geçen üç yıllık süre içinde Hoesch-Union işçileri , RGO'nun pratik çalışmalarından önemli tecrübeler edindiler ve gerçekten onu pratik içinde tanıdılar. Kısacası, 1981 işçi temsilciliği seçimlerinde işçilerin RGO için karar vermelerinden şu gerçek ortaya çıkıyor: İşçilerin artık kimi seçeceklerini ve niçin seçeceklerini kavramış durumdadırlar. RGO kurulduğundan beri üç yıllık süre içinde politikasını sağlam temeller



üzerine oturttu ve sahtekarlıklarla yıpratılma imkanlarını ortadan kaldırıldı.

Son olarak belirttiğimiz gerçeği, RGO'nun çalışmalarından rahatsız olan güçlerde tanımak zorundadırlar. Ve tanımaktadırlar da. Örneğin SPD'ye yakınlığıyla tanınan "Westdeutsche Algemeinen Zeitung" gazetesinin Dortmund yerel basımındaki bir yorumunda seçim sonuçları hakkında diğer şeylerin yanı sıra şunlar yazılmaktadır: Şu açık olarak bilinmektedir; "personel geriden bıraktığımız iki yıllık süre içinde RGO işçi temsilcilerinin yaptığı çalışmaların karşılığını verdi". Ve devam etmekte: "RGO, iki yıl önce ortaya çıktığında seçim sonuçları çoğu kişiler tarafından sadece bir ibret dersi olarak (eski işçi temsilciliğine karşı) değerlendirilmişti. Ama, bundan daha fazla olmak zorunda." Bu yorumda sadece zaman mesafesinde yanılgıya düşülmektedir: İşçi temsilciliği seçimleri iki yılda bir değil, üç yılda bir yapılmaktadır.

Doğal olarak şu soruda sorulabilir: Şayet RGO listesinde iki aday değilde, daha fazla aday yer almış olsaydı seçim sonuçları nasıl olurdu? Bu durumda RGO'nun büyük bir olasılıkla daha fazla oy alabileceğini söyleyebiliriz.

RGO listesinde sadece Hartmut Siemon ve Nobert Bömer'in adaylığını göstermesinin bir çok nedenleri vardır. Elbette, IGM sendika ağalarının, RGO üyesi olarak bilinen; daha doğrusu RGO listesinde veya sırf RGO'ya yakın listede adaylığını koyan işçi arkadaşları sendikadan atmaları burada önemli rollerden birini oynamaktadır.

Son olarak şu gerçeği belirtmekte yarar vardır: RGO'nun Hoesch-Union işletmesinde edindiği başarı, aynı zamanda Hoesch'ün Dortmund'taki üç işletmesinde çalışan personelin de önemli bir başarısıdır. Bu başarı, yeni çelik işletmesinin derhal yapılması için, işyerlerinin tahrip edilmesine karşı mücadele eden Hoesch emekçilerini güçlendirmekte, patronlara ve sendika ağalarına korku salmaktadır.

(„31,7 Prozent für die RGO-Liste!" RM/Nr. 15, S. 5)



Greve giden Opel işçileri fabrikadan ayrılarak, miting alanına doğru yürüyüşe geçtiler.

Bochum'da Opel emekçileri ikinci defa greve gitti

Bütün makinalar üçbuçuk saat durdu!

BOCHUM'DAN İŞÇİ MUHABİRİ. — Bochum'daki Opel işletmelerinde çalışan emekçiler, 2 nisan Perşembe günü ücret turları başladığından beri ikinci kez uyarı grevine gittiler. Sabah vardiyasında çalışan işçiler saat 12,30'dan itibaren işi bıraktılar. Öğle vardiyasina gelen işçiler greve devam ettiler. Opel işletmelerini saat 12,30'dan 16,00'ya kadar büyük bir sessizlik kapladı.

Opel işletmelerinde yapılan bu uyarı grevine yaklaşık 10 000 işçi ve memur katıldı. Uyarı grevi daha sonra yürüyüşe ve mitinge çevrildi: "Werk 1" bölümünden yürüyüşe geçen yaklaşık 4 000 işçi ve memur, aşağı yukarı 5 kilometre yürüyerek, IG Metall mitinginin yapıldığı Ruhrlandhalle'ye geldiler. "Werk 2" işletmesinde çalışan emekçiler ise, bir araba konvoyu halinde miting yerine doğru harekete geçtiler.

İşçiler arasında mücadeleci bir hava vardı. Yürüyüşün en önünde giden megafon arabasında Hannes Wader tarafından eski ve yeni işçi türküleri çalındı ve söylendi. Yürüyüşte taşınan bir çok plakart üzerinde yazılan yazılarla işçiler, grev genel oylaması; süresiz greve gitmeyi ve yüzde 8 ücret zammı talep ediyorlardı. Opel işçilerinin haykırdığı sloganlardan biri şöyleydi: **"Yüzde 8 ücret zammı buraya, aksi taktirde araba yapmayacağız!"**

Bochum'da küçük işletmelerin de içinde bulunduğu diğer bir çok işletmelerde uyarı grevlerine gidildi. Opel'den ve diğer işletmelerden yoğun şekilde gelen işçi arkadaşlar, Ruhrlandhalle salonuna yerleşemediler. Mitingin baş konuşmacısı IGM merkez yönetim kurulu üyesi Hans Janssen idi.

Janssen, konuşmasının büyük bölümünü "yeni hareketlilik" taktiğine (aralıklı bir şekilde uyarı grevlerine gitmeye) ayırarak, bu taktiği haklı ve doğru olarak göstermeye çalıştı. Demagojik bir biçimde konuya girdiğinden ve gerçek yüzünü redikal konuşmalar arkasında sakladığından dolayı, zaman zaman işçiler tarafından oldukça alkışlandı.

Ama, salondaki bazı işçi arkadaşların slogan atarak, IGM merkez yönetiminin "yeni hareketlilik" adını verdiği uyarı grevi taktiğini eleştirmeleri ve grev genel oylaması talep etmeleri üzerine sendika ağası Hans Janssen, adi şekilde işçilere saldırmaya başladı. Bilindiği gibi, sendika ağaları, uzun süreli bir greve gitmenin işverenlerin bir isteği olduğunu belirtmişlerdi.

Bir bütün olarak ele alındığında bu eylemle Opel işçileri, mücadeleye hazır olduklarını açıkça göstermişlerdir. Fiat artışlarının alabildiğine arttığı bu dönemde, yüzde 8 ücret zammı, en asgari bir zamdır. Bundan en ufak bir taviz verilmemelidir! İşçiler, sendika ağalarının manevralarını boşa çıkarmalıdır.

(„Dreieinhalb Stunden standen alle Räder still" RM/Nr. 15, S. 3)

İşsizlik oranı bir yılda yüzde 38 arttı

Genç işsizlerin sayısında yüzde 52 artış oldu

Geçen yıla nazaran, işsiz yabancıların sayısındaki artış yüzde 43,5

NÜRNBERG. — İş ve İşçi Bulma Kurumu (Arbeitsamt) Başkanı Stingl, bir önceki yıla karşın işsizler sayısında kaba bir yükselme olduğunu geçen hafta açıklamak zorunda kaldı. Kurumun resmi açıklamalarına göre, bu yılki işsizlik sayısı, 1955 yılının Mart ayından beri ilk defa olarak görülüyor.

Gerçi, geçen Şubat ayına karşın işsizler sayısı 1 milyon 210 bine düştü. Ama, başka zamanlar yanıltıcı açıklamalarla durumu iyi göstermeye çalışan iş ve işçi bulma kurumu başkanı Stingl, şimdi işsizlik durumunu şöyle yorumluyor: "İş pazarında alışılagelmiş ilkbahar canlılığı, genel durumun giderek kötüleştiğini inkâr edemez."

Gerçekten de, geçen yılın Mart ayından beri işsizlik sayısındaki yükselme yüzde 38,2'ye ulaştı. Geçen yılın Mart ayında yüzde 3,8 olan işsizlik oranı, bu yılın aynı ayında yüzde 5,2'ye yükseldi. Yine ülkemizde resmi rakamlara göre her 100 kişiden 5'i işsizdir.

Özellikle korkunç bir şekilde artan, genç işsizler sayısındaki artıştır: Genç işsizlerin saşısında geçen yıla karşın yüzde 51,9 artış oldu Bugün 20 yaşından küçük olan genç işsizlerin sayısı 100 binin üzerindedir.

1981 yılı sakatlar yılı olarak ilan edildi! Sakatlar yılında, sakat işsizlerin sayısında yüzde 21,7 artış kaydedildi. Yabancı işsizler sayısındaki yükselme, genel işsizlik ortalamasının üzerine çıkarak, geçen yılın Mart ayına karşın yüzde 43,5 arttı. 59 yaşında ve bu yaşın üzerinde olan emekçi işsizlerin sayısında ise, yüzde 22,5 artış kaydedildi.

İşsizlik oranının en yüksek olduğu Eyaletler: Niedersachsen ve Bremen (yüzde 6,5); Kuzey Bavyera (yüzde 6,2); Kuzey Nordrhein-Westfalen (yüzde 5,9). Nordrhein-Westfalen'de işsizlik bakımından en ön sırada gelen şehir yüzde 8 ile Dortmund'dur. Bu şehirde ESTEL patronları 10 000 işyerini daha tahrip etmek istemektedirler.

Kısa süre çalışan işsizlerin sayısında da olağanüstü bir artış oldu. Geçen yıl 311 600 olan bu sayı, bu yıl 405 binin üzerine çıktı. Kısa çalışmanın uygulandığı (Kurzarbeit) işyerleri, özellikle halkın ihtiyaç duyduğu malları üreten işletmelerdir. (Örneğin araba, elektrikli cıhazlar ve ev eşyaları üreten fabrikalar gibi). Bu gibi işyerlerinde uygulanan kısa süreli çalışma, emekçi halkın alım gücünün bir yıl içinde hissedilir derecede düştüğünü açıkça göstermektedir. İnşaat sanayiinde kısa süreli çalışma kapsamına giren işçilerin sayısında yüzde 93 artış oldu.

Bu gelişmeleri göz önüne alan Stingl, 1981 yılı iş ve işçi bulma kurumu bütçesinde tahminin kabul edilen 1 milyon 800 bin işsizin artık düşük kaldığını açıklıyordu. Bu yılın ilk üç ayındaki ortalama işsiz sayısı 1 milyon 250 bindir.

(„Jugendarbeitslosigkeit stieg um 52 Prozent" RM/Nr. 15, S. 2)

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

"Roter Morgen"ı. . . . . sayısından itibaren ısmarlamak istiyorum

O yıllık 60 DM   O 6 aylık 30 DM   O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı: ....

Cadde: ....

Şehir: ....

Tarih: .... **İmza:** ....

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız:
Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30.